

## 3.2 Verbände mit Untergliederungen

Die Geschichte der großen Verbände reicht lange zurück<sup>1</sup> und weist etliche Ähnlichkeiten auf. Der Naturschutzbund (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz, Bund für Vogelschutz, Reichsbund für Vogelschutz u.a.) hat im gesamten Bundesgebiet, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor allem in Bayern eine ca. 100jährige Geschichte. Ihnen vorweg gingen Gruppierungen, die aus der Liebhaberei (Vogelkunde und -schutz) sowie dem Heimatschutz entsprangen. Von Beginn an standen dabei proletarischer Naturschutz (Naturfreunde, Wandervogel) neben nationalistischen Gedanken des Heimatschutzes. Die Trennung zwischen ihnen wurde an anderen politischen Fragestellungen deutlich, ihre Wege trennten sich spätestens in der Zeit des Nationalsozialismus, wo z.B. einige Naturfreunde auf der Seite des (sanften) Widerstandes arbeiteten, während die eher bürgerlichen Kreise des Vogelschutzbundes und des BUND-Vorläufers in Bayern (BN) mit den Nazis kooperierten und zum Reichsbund für Vogelschutz zusammengefaßt wurden. Bis heute haben sich die großen Umweltverbände nicht mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt, noch in den 80er Jahren bezeichneten Teile der VogelschützerInnen die Zeit des Dritten Reiches als einen der Höhepunkte ihres Verbandes.<sup>2</sup> So wird auch verständlich, daß gerade BUND und Naturschutzbund nach der „BeeRDigung“ der DDR ohne Bedenken vor allem die dort vorher gleichgeschalteten Naturschutzgruppen zu ihren Untergliederungen machten und der selbständigen Umweltschutzbewegung der DDR nur wenig Aufmerksamkeit schenkten (wenn man vom gescheiterten Versuch des BUND absieht, die Grüne Liga zu schlucken, siehe Kap. 3.2.1).

Die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes ist in grober Form im Kapitel 3.1<sup>3</sup> nachzulesen. Im folgenden wird die aktuelle Situation samt neuerer Entwicklungen vorgestellt. Selbstverständlich kann dieses Buch keine umfassende Darstellung der einzelnen Organisationen ersetzen, der Schwerpunkt liegt auf dem Filz mit Staat, Markt und antiemanzipatorischen Gruppen bzw. Ideologien.

Als Verbände mit Untergliederungen werden hier die Organisationen bezeichnet, die über eine höhere Zahl von natürlichen Mitgliedern (Personen) und namensgleiche Untergliederungen verfügen. Das sind bundesweit flächendeckend nur der BUND und der Naturschutzbund, hinzu kommen einige landesweite oder regionale Verbände wie die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) in Hessen, die fast gleichlautende GNOR in Rheinland-Pfalz oder die Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems (BSH) in Westniedersachsen. Zudem werden Stiftungen und konzernähnlich strukturierte Verbände wie WWF und Greenpeace vorgestellt, die nur über wenige regionale Gruppen oder Büros sowie, wenn überhaupt, Fördermitglieder ohne Stimmrecht verfügen.

Grundsätzlich zu unterscheiden von den Mitgliederverbänden sind solche Organisationen, die keine namensgleichen Untergliederungen haben, sondern aus korporativen Mitgliedern bestehen, also Gruppen oder andere juristische Personen. Einerseits sind das die Dachverbände (Kap. 3.3), andererseits thematische Netzwerke sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Grüne Liga (Kap. 3.4). In letzteren bleiben die Mitglieder weitgehend frei in ihren Entscheidungen und behalten ihre eigenen Namen.

### 3.2.1 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Der BUND verfügte nach dem Jahresbericht 2000 über 378.647 Mitglieder. Während die Zahl regulärer Mitglieder langsam anstieg, wuchs die Zahl der Fördermitglieder deutlich.

Der BUND warb bevorzugt zahlungskräftige Menschen an, die aber keinerlei Stimmrechte haben würden (Ende 2000: 118.462 Fördermitglieder, ein Zuwachs von 10% gegenüber dem Vorjahr). Die FördererInnen brachten dem BUND mit 11 Mio. DM im Jahr 2000 auch bereits mehr Geld als alle anderen Mitglieder (9 Mio. DM)<sup>4</sup>.

Im BUND-Bundesverband waren 1997 ca. 70 Personen angestellt (davon in der Bundesgeschäftsstelle ca. 40<sup>5</sup>), das Haushaltsvolumen stieg von 1987 bis 1994 von 3,17 auf 16,7 Mio. DM. 1996 gab es einen Rückgang auf 15,0 Mio. nach 15,9 Mio. DM im Jahr 1995. Danach gab es teilweise beträchtliche Zuwächse, im Abschluß für 2000 werden 27 Mio. DM als Einnahmen ausgewiesen. Die Mitgliedsbeiträge hieran betragen 32,8%, ein deutlicher Rückgang des Anteils um über 10 Prozent in vier Jahren. Das Spendenvolumen wuchs im gleichen Zeitraum am stärksten und lag 2000 bei 41,7 Prozent (plus 14,4% Spenden zwecksbestimmt für Landesverbände). Wirtschaftskooperationen trugen 0,4 Prozent bei (122.139 DM), sie bestehen mit den Firmen Karstadt/Hertie, Deutsche Bahn, Fielmann, Milupa, Brenntag und Naturstrom. Der Rest der Gelder kam über öffentliche Zuschüsse (1,8%) und Bußgelder (1,5%). Die Anzahl von BUND-Basisgruppen liegt nach Angaben der Organisation bei 2.200, hinzu kommen ca. 700 Jugend- und 200 Kindergruppen.<sup>6</sup>

### **A. Kurze Geschichte**

Im Jahr 1913 wurde der Bund Naturschutz in Bayern (BN) gegründet. 1914 entstand in Bremen die Gesellschaft zum Schutz der heimischen Vögel. Beide sind heute BUND-Landesverbände, waren aber bis in die 70er Jahre geprägt vom klassischen Arten- und Biotopschutz in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen. Der Bremer Landesverband erhielt sich diesen Themenschwerpunkt sogar noch ein Jahrzehnt länger, auch deshalb, weil im Stadtstaat kein landesweiter Vogelschutzbund vertreten war.

Die Gründung des BUND-Bundesverbandes erfolgte im Jahr 1975. Ihr ging eine Phase voraus, in der vor allem der bayrische BN versuchte, neue Formen von Kooperationen zu finden, zum einen bundesweit über den Deutschen Naturschutzring sowie in Bayern im Kontakt mit Parteien und der Diskussion, sich selbst als Partei zu engagieren (Kontaktpartner war damals vor allem die AUD, eine rechtslastige, heute ins rechtsextreme abgerutschte Partei). Solche Kontakte gerade zu rechten politischen oder gesellschaftlichen Gruppen<sup>7</sup> war demnach schon vor der bundesweiten Gründung des BUND spürbar und setzten sich in etlichen Landesverbänden sowie im Bundesverband später fort. Am 20.7.1975 gründeten bayrische und einige weitere Personen einen zunächst unter dem Namen BNUD auftretenden Verband, weil sich der DNR als nicht schlagkräftig genug herausstellte. Erster Vorsitzender wurde Prof. Dr. Bodo Manstein, Stellvertreter wurden Prof. Gerhard Thielcke und der BN-Vorsitzende Hubert Weinzierl. Manstein aber starb nur wenige Monate später. Neuer Vorsitzender wurde am 4.11.1975 Dr. Herbert Gruhl, als Stellvertreter fungierten Prof. B. Grzimek und weiterhin Hubert Weinzierl. Auch Frederic Vester saß im Vorstand. Die Mitgliederzahl stieg allerdings kaum, im Dezember 1975 waren es nur 30 bundesweite Mitglieder. Landesverbandsgründungen mit eigenen Mitgliederwerbungen fanden in Baden-Württemberg und Hessen statt. Der BNUD dümpelte zunächst vor sich hin, während insgesamt die Naturschutzarbeit sehr stark in das Licht der Öffentlichkeit rückte. Das Buch „Rettet die Vögel“ wurde zum Bestseller, Gesetze wurden vorbereitet oder verabschiedet. Die Bundesregierung gab in Sachen Naturschutz den Ton an.

Herbert Gruhls Plan war es, den BUND zu einer konservativen Umweltpartei zu machen<sup>8</sup>. Unterstützer dabei war immer wieder Hubert Weinzierl, der selbst über vielfältige Beziehun-

gen zu konservativen und rechten Gruppen verfügte. Doch das Treiben Gruhls stieß auf Widerstand. Am 7.5.1976 kam es zu einer Kampfkandidatur von Prof. Thielcke gegen Gruhl. Thielcke gewann, obwohl Weinzierl Gruhl unterstützte. Gruhl verließ den Verband, nahm dabei die Mitgliederkartei mit und versuchte mit Hilfe dieser, die Grüne Aktion Zukunft, die erste Umweltpartei der Bundesrepublik, zu gründen.

In der Folgezeit entwickelt sich der BUND (Namensänderung BNUD in BUND im Jahr 1977) schneller. Vor allem in Baden-Württemberg entstand ein starker Landesverband, der eine aggressive Öffentlichkeitsarbeit betrieb. Dagegen blieb Bayern noch lange die Hochburg eines konservativen BUNDs. Etliche BUND-Funktionäre arbeiteten beim AUD (s.u.) oder waren Mitglied der CSU. Erst die Auseinandersetzungen um Wackersdorf brachten für den bayrischen BN einen grundlegenden Wandel. In Baden-Württemberg waren viele spätere BUNDlerInnen schon bei den Auseinandersetzungen um das AKW Whyl mit dabei. Entsprechend gründet sich der Verband hier von vorneherein in einer radikaleren, weniger mit staatlichen Einrichtungen verfilzten Form. Erst 1980 rang sich der BUND bundesweit zu einer Ablehnung der Atomkraft durch. Im gleichen Jahr begann mit dem Amtsantritt von Geschäftsführer Lorenz Graf die Professionalisierung des Verbandes. Das Waldsterben wurde zum wichtigen Thema der Öffentlichkeitsarbeit. 1983 wechselte der Bundesvorsitz an Hubert Weinzierl, der das Amt bis 1998 innehatte. Thielcke blieb zunächst Stellvertreter, übernahm später nur noch „diplomatische“ Aufträge, z.B. die Kontrolle in den BUND-Tochterorganisationen Deutsche Umwelthilfe und Stiftung Europäisches Naturerbe. In vielen Bundesländern reisten BUND-Funktionäre zu den BIs und anderen unabhängigen Gruppen, um sie als Ortsgruppen für den BUND zu gewinnen. Oftmals gelang das.

1984 wurde die BUNDjugend gegründet, der BUND zählte erstmals über 100.000 Mitglieder, verschiedene Kampagnen verdeutlichten, daß der BUND seinen Schwerpunkt in der breiten Öffentlichkeitsarbeit suchte. Ab 1987 arbeitete im BUND eine Strukturkommission<sup>9</sup> – Reaktion auf die aufkommende Debatte um Bürokratie und Hierarchie aus der Jugendumweltbewegung (siehe Kap. 3.6). Zusammen mit dem allgemeinen Trend flachte die öffentliche Präsenz des BUND dann wieder ab. Der Naturschutz verschwand aus den Schlagzeilen. Mit der „Wende“ in der DDR dehnte sich der BUND auf den Osten aus, hatte aber dabei große Schwierigkeiten. Lange Zeit fixierte sich der Verband darauf, die in der DDR gegründete Grüne Liga zu „schlucken“. Doch die blieb eigenständig. Währenddessen wurden viele weitere Gruppen von den anderen West-Organisationen Greenpeace, WWF und Naturschutzbund aufgesogen. Der BUND verhandelte dann mit den nach der Gründung des Naturschutzbundes in der DDR verbliebenen Gruppen aus der ehemals staatlichen GNU, die sich in BNU (Bund für Natur und Umwelt beim Kulturbund) umbenannt hatten. Auch dieser Versuch scheiterte, allein in Brandenburg bildeten BNUlerInnen den neuen BUND-Landesverband. Ansonsten blieben nur kleinere Kreise von Personen, teilweise aus den früher staatlichen Organisationen, die die neue Basis des BUND im Osten bildeten.<sup>10</sup>

#### **Im Original: Auszüge aus „Gesellschaftliche Tätigkeit“ im Wandel!**

Seit Anfang der 70er Jahre arbeitete Prof. Dr. S. ehrenamtlich als Abgeordneter des Kulturbundes in der Stadtverordnetenversammlung Magdeburg ... 1980 wurde er zum Vorsitzenden des Bezirksvorstandes Magdeburg der Gesellschaft für Natur und Umwelt berufen, deren ehrenamtliche Leitung er bis 1989 innehatte. ... Seit 1990 ist Herr Prof. Dr. S. Vorsitzender des Bund für Natur und Umwelt in Sachsen-Anhalt. ... (S. 23)

Der BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND (BUND) ist seit Oktober 1990 in allen neuen Bundesländern vertreten. Viele seiner bisher etwa 2000 Mitglieder kommen ebenfalls aus der GNU. In Brandenburg mutierte der ehemalige BNU-Landesverband zum BUND-Landesverband.. ...

Anfang der 90er Jahre setzte sich allmählich das Thema „Wirtschaft“ im BUND durch. Wesentlichen Anteil hatte Dr. Angelika Zahrnt (damals SPD-Mitglied) als Sprecherin des AK Finanzpolitik und seit 1989 im Bundesvorstand, bereits ein Jahr später als stellvertretende Bundesvorsitzende. Mit dem Deutschen Umwelttag und dessen Leitmotiv „Dialog“ (gemeint vor allem: mit der Wirtschaft) begann der Versuch, umfassend Bündnisse mit der Industrie zu schließen. Kämpferische Aktionen „auf der Straße“ unterblieben immer mehr, stattdessen gab es Anzeigenschaltungen mit Großkonzernen<sup>11</sup> für die Steuerreform, Kooperationen mit der Bundesregierung bei der Umweltkonferenz in Rio 1992 sowie den Auftrag für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Sie wurde zusammengestellt vom SPD-nahen Wuppertal-Institut<sup>12</sup> und blieb ohne grundsätzliche Kritik an Wirtschaft und Politik. Nach dem Erscheinen der Studie gab es lange kein anderes prägendes Thema für den BUND. Weitere Bücher, Studien, die alles nochmal für die Bundesländer wiederholen, Kongresse und andere Veranstaltungen prägten den Verband.

Die Studie gehörte zu einer Fülle von Veränderungen, die den BUND seit Anfang der 90er Jahre erfaßten. Die ursprünglichen, oft wertkonservativ-unabhängigen Positionen wurden verlassen. Der BUND wandelte sich zu einem professionellen Lobby- und Kampagnen-„Konzern“, der in spendenwirksamen Kampagnen, selbstdarstellungsorientierter Medienarbeit sowie mit Themen der politischen „Mitte“ (mainstream) versuchte, Mitgliederzahlen und Spendeneinnahmen zu erhöhen. Welche Wirkung die „Modernisierung“ des BUND z.B. bei Konzernkooperationen hatte, zeigte sich Anfang 1997 bei der Diskussion um eine Stiftungsgründung mit sieben Millionen Mark aus einem Atomkonzern. Entgegen den internen Richtlinien über Kooperationen mit der Wirtschaft wurde das Geld nicht nur angenommen, sondern im Gegenzug der Widerstand gegen ein geplantes Pumpspeicherwerk eingestellt<sup>13</sup>. Die im Verband gegen diese Entscheidung des Bundesvorstandes und des thüringischen Landesverbandes entstandene Kritik war auf der Bundesdelegiertenversammlung im Juni 1997<sup>14</sup> nicht mehrheitsfähig. Die Mehrheit setzte die meisten Anträge, die auf eine Veränderung dieser industriefreundlichen Politik und die Abwahl der verantwortlichen BundesvorständlerInnen drängten, ab. Die wenigen zugelassenen Abstimmungen gingen für die KritikerInnen verloren. Interessant war, daß vor allem die jüngeren Personen einschließlich der Jugendvertreter sowie die jüngeren Landesverbände und Bundesvorstandsmitglieder für die angepaßte, industrie- und staatsfreundliche Orientierung eintraten, während die Älteren (z.B. Hubert Weinzierl und Gerhard Kneitz im Vorstand) sowie vor allem der alte Landesverband Bayern für die alten Grundsätze eintraten. Das zeigte, daß sich der Trend weg von klaren Positionen hin zu einer professionellen Konzernstruktur mit politisch beliebigen, mehr an Imagegründen orientierten Positionen durch weiteren Personalwechsel noch fortsetzen würde, was mit der Wahl von Angelika Zahrnt zur Bundesvorsitzenden im Jahr 1998 dann auch den Endpunkt fand. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Delegiertenversammlung 1996, auf der offenbar<sup>15</sup> ganz ähnliche Diskussionen abliefen, dort jedoch um hohe Förderungen und Abhängigkeit von Geldern aus staatlichen Quellen. Vor allem die ostdeutschen Landesverbände und jüngere Delegierten hatten damit wenig Probleme, während die alten BUNDlerInnen vor solchen Entwicklungen warnten.

1998 trat der wertkonservative Hubert Weinzierl nicht mehr zur Wahl des Bundesvorsitzenden an. Für die Nachfolge kandidierten die bisherige Stellvertreterin Angelika Zahrnt mit einer programmatischen Rede für eines dreigliedertes Verbandsverständnis (Kritik, wo nötig, Korrektiv der Politik und Förderer ausgewählter PolitikerInnen und Wirtschaftsleute) und der bayrische BUND-Agrarexperte Hubert Weiger mit einer Rede, die mehr Unabhängigkeit für den BUND forderte. Zahrnt gewann mit 72 gegen 69 Stimmen<sup>16</sup> – trotz der zahlenmäßi-

gen Dominanz bayerischer Delegierter. Drei Jahre später wurden auch die StellvertreterInnen- und weitere Posten im Bundesvorstand durch wirtschaftsnahe ModernisiererInnen besetzt.

**Im Original: Auszüge aus der Rede von Angelika Zahrt bei ihrer Kandidatur zur Vorsitzenden (7. November 1998, Quelle: Bundschau, 1/99, S. 5)**

Für mich ist Offenheit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppe ein zentrales Anliegen, für das ich mich seit jeher engagiert habe. Auch die Wirtschaft kann ein Partner sein. Wir können mit unseren Konzepten umso eher Erfolg haben, wenn wir nachweisen, daß unsere ökologischen Ziele auch wirtschaftlich erfolgreich sind.

## **B. Wer ist im BUND?**

Unter fast 380.000 Mitgliedern und FördererInnen sind alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Die massiven Werbekampagnen haben die in den ersten Jahren noch deutliche Schwerpunkte der sozialen Gruppen unter den Mitgliedern stark in Richtung einer gemischten Mitgliedschaft aus der gesellschaftlichen Mitte überlagert. Viele der älteren BUND-Gruppen sind aus Bürgerinitiativen hervorgegangen.<sup>17</sup> Folglich machte das ehemalige BI-Spektrum zunächst einen großen Teil der Mitglieder, vor allem aber der Aktiven aus. Hinzu kamen StudentInnen und beruflich mit dem Thema befaßte Personen. Viele von ihnen arbeiten in der Wissenschaft (Hochschulen, Büros), andere in Behörden und Ministerien. Sie stellen das typische bildungsbürgerliche Spektrum mit überdurchschnittliches Einkommen und hohem Umweltbewußtsein dar. daß sich abgesehen von einigen symbolischen Handlungen wie dem Einkauf im Bioladen eher durch einen sehr umweltbelastenden Lebenswandel mit hoher Mobilität, teilweise mehrfachen Urlaubsreisen und hohem Konsum teurer Güter auszeichnet.

Eine zweite große Gruppe der den BUND prägenden Personen sind StudentInnen sowie die in der BUNDjugend organisierten SchülerInnen und Auszubildenden. Die Arbeitsstrukturen der Jugendlichen sind vor allem auf überregionaler Ebene dem Gesamtverband ähnlich. Ebenso wie die Erwachsenen gibt es die BUNDjugend auf allen Ebenen, es existieren Arbeitskreise, Vorstände und Geschäftsstellen. Mitte der 90er Jahre dominierte das Thema Wirtschaft viele BUNDjugend-Aktivitäten, danach flachte die inhaltliche Arbeit ganz ab. Prägend waren Naturerlebnisreisen und bunte Aktionen ohne gesellschaftspolitische Ausrichtung (z.B. die Bootaktion zur Rettung des Kyoto-Protokolls im Juli 2001 in Bonn). Der BUND-Gesamtverband verfügt über viele hochkarätig besetzte Arbeitskreise auf Bundesebene und in den Landesverbänden. Professoren- und Dr.-Titel häufen sich.<sup>18</sup> Fachlich hervorragende Broschüren erscheinen ständig neu oder werden überarbeitet. Politische Schlagkraft entwickelt sich daraus nicht. Der BUND ist nicht der Verband der KämpferInnen.

Durch die in den letzten Jahren verschärften Mitgliederwerbemethoden (Mailings, Werbung durch Haustürwerbe-Firmen/„Drückerkolonnen“ usw.) weitet sich das Mitgliederspektrum immer weiter auf. Schnelle Steigerungen in den vergangenen Jahren sind vor allem auf diese Methoden zurückzuführen. Sie waren im Verband anfangs umstritten, was sich im Zuge der Modernisierung des BUND und seines Führungsmanagements jedoch änderte. Die massiven Werbemethoden führten vor allem zu neuen FördererInnen, da für diese bevorzugt geworben wurde (mehr Beitrag, weniger Verwaltungsaufwand, kein Stimmrecht). Baden-Württemberg, wo die FördererInnenwerbung am stärksten betrieben wurde, zeigte das: 1994 begann die Werbung, im Jahr 2000 waren es schon genauso viele wie die normalen, stimmberechtigten Mitglieder (34.774 Mitglieder, 33.144 FördererInnen).<sup>19</sup>

**Im Original: Reinhild Winkler, damals im BUND-Bundesvorstand, in der BUNDschau 4/94 (S. 28)**

In einem Leitantrag „Lebensort Deutschland“, von der DV '94 einstimmig beschlossen, kritisieren wir „eine forcierte Wachstumspolitik“ als nicht lösungsfähig für eine Krise, die „strukturell bedingt“ ist. Das Anwerben von neuen Mitgliedern durch externe Auftragnehmer halte ich für eine „forcierte“ Maßnahme zur Beförderung unseres Wachstums und in bedenklicher Weise konform zu gerade dem Wirtschaftsverständnis, das wir mit gutem Grund als ursächlich für den krisenhaften Zustand verantwortlich machen. ... Die Übereinstimmung von Sprechen und Handeln ist sorgsam zu beachten.

**Auszug aus einer Pressemitteilung des BUND Mecklenburg-Vorpommern vom 4.7.1997**

OBOLUS für einen grünen GLOBUS – BUND führt Haustürwerbung durch

Wir laden sie herzlich zu einem Fototermin am ... ein. Ein Team von jungen Studenten sucht in diesen Tagen das Gespräch mit Bürgern zu Fragen des Umweltschutzes und möchte Förderer gewinnen, die mit ihren Spenden regelmäßig die Umweltprojekte und die BUND-Vereinsarbeit unterstützen wollen ... Die Studenten sind an ihren Abzeichen und T-Shirts mit dem Logo des BUND erkennbar. ... Damit Schwerins Bürger Vertrauen in die Fördererwerbung fassen können, möchten wir Sie bitten, ein Bild der werbenden Studenten in Ihrer Zeitung abzubilden.

### **C. Die interne Struktur**

Der Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland betont nach außen gerne seine demokratische Struktur. In der Tat unterscheidet er sich von den zentral verwalteten Verbänden mit konzernähnlicher Struktur (Greenpeace, WWF) dadurch, daß seine Mitglieder (nicht jedoch die zunehmende Zahl von Fördermitgliedern) zumindest theoretische Mitspracherechte haben. In der Realität aber sieht das anders aus. Bis ein einfaches Mitglied auf Bundesebene, wo das Verbandimage und die politische Position entscheidend geprägt wird, mitbestimmen kann, muß es einen langen Weg zurücklegen. In der Regel gilt nämlich das Delegiertenprinzip, nach dem die Ortsgruppen Delegierte für eine Kreisversammlung benennen. Die wählen dort die Kreisdelegierten für die Landesversammlung. Und nur wer dort gewählt wird, darf einmal im Jahr auf Bundesebene mitbestimmen. Was allerdings dort entschieden wird, ist durch die Tagesordnung festgelegt. Die wird vom Bundesvorstand zu einem Zeitpunkt beschlossen, an dem den Delegierten zur Bundesversammlung keinerlei Informationen vorliegen (Haushaltsplan, Geschäftsberichte usw.), auf deren Basis überhaupt eigene, fundierte Anträge gestellt werden können. So sind die Delegierten in der Regel reines Abstimmungsveh für die Vorschläge aus Vorständen oder Geschäftsstelle. Selbst Änderungsanträge zu den Punkten der Tagesordnung sind schwierig, weil die für eine überzeugende Argumentation fehlenden Hintergrundfakten oft fehlen. Demgegenüber bilden Vorstand und Geschäftsstelle meist einen Einheitsblock und setzen sich regelmäßig durch. Spannend wird es höchstens bei ganz globalen Fragestellungen, bei denen spezielles Wissen um Geschäftsführungsdinge nicht notwendig ist<sup>20</sup> sowie dann, wenn sich die Personen aus dem Vorstand, der Geschäftsstelle oder Landesverbände untereinander nicht einig sind und die Versammlung entscheiden lassen wollen. Nur dann können von zwei verschiedenen Seiten Anträge mit Insiderwissen untermauert werden.

Auch in anderen Fällen stellt der BUND einen stark zentralisierten Verband dar. Finanziell und personell werden die Mittel auf den Bundesverband konzentriert. Die Satzung gibt Bundes- und Landesverbänden wichtige Entscheidungskompetenzen, während z.B. viele Kreis- und Ortsgruppen nicht einmal allein rechtsfähig sind, sondern für Gründung, Satzungsänderungen oder Kontoeröffnung die Zustimmung des Gesamtverbandes (Landes- oder Bundesverband) brauchen. Auf der Bundesdelegiertenversammlung haben die Landesverbände (nicht die Basis) so viele Stimmen, wie sie Geld an den Bundesverband zahlen. Durch eine Veränderung des Berechnungsverfahrens stellte der Landesverband Bayern ab 1998 fast die Hälfte der Delegiertenstimmen, nach BUND-Aussagen mehr als doppelt so viele wie alle Ost-Landesverbände zusammen.<sup>21</sup>

Ein wichtiges Machtmittel der Bundes- und Landesebenen ist die zentrale Mitgliederverwaltung. Technisch ist es einer örtlichen oder Kreisgruppe gar nicht mehr möglich, die eigenen Mitglieder direkt zu erfassen, in gegenüber den BUND-Zentralen kritische Prozesse einzubinden oder gar aus dem BUND auszutreten. Die Adressenverwaltung, die Belieferung mit Informationen, der Beitragseinzug – alles ist zentral geregelt und entzieht sich der Beeinflussung durch die örtlichen Gruppen. Die thematischen Arbeitskreise und ihre LeiterInnen müssen von den zentralen Gremien (Vorstand, wissenschaftlicher Beirat, Delegiertenversammlung) bestätigt werden. Sie haben kein Recht, für den BUND nach außen zu treten, obwohl die SprecherInnen auf der Delegiertenversammlung gewählt wurden.<sup>22</sup> Personal- und Bündnisfragen, in der Regel die wichtigsten verbandspolitischen Fragestellungen, entscheidet allein der Vorstand.<sup>23</sup> Eine gewisse Kontrolle besteht im BUND durch den Verbandsrat, in dem VertreterInnen aus Landesverbänden und anderen BUND-Gliederungen Mitspracherechte eingestanden wird.<sup>24</sup>

Die BUNDjugend ist ein organisatorisch weitgehend selbständiger Bestandteil des BUND. Gegenüber z.B. der Naturschutzjugend oder dem Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung zog die BUNDjugend vor allem Personen mit Interesse an Verbandsmanagement und politischen Strategiefragen an. Sie sorgten dafür, daß die BUNDjugend in ihren Führungsgremien ganz ähnlich dem Gesamtverband vor allem ein Debattierclub für fachliche oder politische Positionen war. Entsprechend wuchs die Zahl von BUNDjugend-Spitzenfunktionären, die übergangslos im Gesamtverband Führungsaufgaben übernehmen.<sup>25</sup>

Der BUND hat eine Reihe von „Tochterfirmen“, zum einen die zur Finanzbeschaffung (auch aus sehr schmutzigen Quellen wie Daimler Benz oder Lufthansa) gegründeten Deutsche Umwelthilfe und Stiftung Europäisches Naturerbe (siehe Kap. 3.2.6), zum anderen die Natur&Umwelt GmbH, die die Zeitschrift herausgibt und den BUNDladen mit einer Auswahl an Büchern, Kleidung, Kleinteilen, Möbeln usw. betreibt, um zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen.<sup>26</sup> Zusammen mit Versicherungsunternehmen (RheinLandversicherung, oeco capital Lebensversicherungs AG) bietet der BUND KFZ- und Rentenversicherungen an.<sup>27</sup> BUND-Reisen heißt sein Reiseveranstalter.

#### **D. BUND, Staat und Parteien**

Im BUND sind alle Parteien vertreten. Bis zu den Kämpfen um Wackersdorf war in Bayern eher die Mitgliedschaft in der CSU üblich als in anderen Parteiverbindungen. Mitte der 90er Jahre gab es noch zahlreiche Verbindungen zur ÖDP, einer eher konservativen Partei. Bundesweit und in den meisten anderen Landesverbänden sieht dieses jedoch ganz anders aus. Hier dominiert die SPD, viele führende FunktionärInnen waren oder sind dort Mitglied:<sup>28</sup> Die heutige Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt war in ihrer Zeit als stellvertretende Bundesvorsitzende (bis 1998) in der SPD, weitere SPDlerInnen unter den BUND-Spitzenleuten waren der ehemalige Verbandsratsvorsitzende und niedersächsische BUND-Chef Alexander Gaede, die ehemalige schleswig-holsteinische BUND-Vorsitzende und Weinzierl-Stellvertreterin Ulrike Mehl (trat zurück, als sie für die SPD in den Bundestag gewählt wurde),<sup>29</sup> der Ex-Bundesgeschäftsführer Onno Poppinga<sup>30</sup> und einige der Bundes-Arbeitskreisleiter. Hinzu kommen hochrangige Staatsbedienstete z.B. aus Ministerien wie der Ex-Landesvorsitzende des BUND Hessen, Eckard Engert, der gleichzeitig im Landwirtschaftsministerium beschäftigt war. Ebenso sind Mitglieder der Grünen in Spitzengremien vertreten. Als Zahrnt 1999 aus der SPD austrat, kritisierte sie ausschließlich Kanzler Gerhard Schröder und setzte weiter Hoffnung auf die SPD, die von Schröder „verraten“ würde.

**Im Original: Leserbrief des BUND-Pressesprechers Walter Schmidt, Junge Welt am 24.1.1998 als Richtigstellung auf den Vorwurf, der BUND sei SPD-orientiert**

Der BUND-Bundesvorstand wird nicht von SPD-Mitgliedern dominiert (und selbst wenn!). Dort sitzen auch Mitglieder der Bündnisgrünen.

**Erklärung der BUND-Vorsitzenden Angelika Zahrnt zum Austritt aus der SPD (taz vom 3.7.1999, S 8)**

Ich bin aus der SPD ausgetreten. nach 27 Jahren habe ich dieser Partei den Rücken gekehrt. Dieser Schritt ist mir nicht leicht gefallen. Doch ich habe es nicht mehr ausgehalten, durch meine Mitgliedschaft einen Bundeskanzler zu unterstützen, dessen Politik ich nicht länger mittragen kann. ... Gleiches gilt beim Thema Atomenergie. Auch dort verrät Schröder Positionen seiner – und ehemals meiner – Partei ... Schröder selbst vergißt nicht nur Tschernobyl. Er verdrängt mit seinem Politikstil auch alle Programm- und Wertedebatten, für die ich die SPD als politische Gestaltungskraft für ein zukunftsfähiges Deutschland und Europa schätzen gelernt hatte.

Die Modernisierung politischer Lobby- und Kampagnenarbeit hat den direkten Einfluß der SPD und anderer Parteien auf den BUND verringert. Jüngere, erfolgsorientierte ManagerInnen, die in Vorständen und Geschäftsstellen immer mehr den Ton angeben, organisieren sich politisch seltener über Parteizugehörigkeit, sondern suchen ihre Einfluß- und Karrierechancen gerade auf der parteiunabhängigen flexiblen Ebene von vielfachen Kontakten und der Verfilzung mit sehr vielen staatlichen Stellen, Parteien usw. Modern sind eher Runde Tische, Mitarbeit in Gremien, ExpertInnen-Status – und das gleichzeitig bei verschiedenen Parteien, Regierung und Opposition usw. Das Grundkonzept einer „NGO“ stellt genau diesen flexiblen, eigene programmatische Grundsätze vernachlässigenden Organisationstypus dar, der immer auf der Suche nach der Chance zum Zugang zur Macht, zur breiten Öffentlichkeit und zu Geldtöpfen ist. „NGO“ ist ein Managementkonzept, dem eine einseitige Parteilichkeit im Wege stehen würde. Sehr wohl gibt es aber eine starke Abhängigkeit vom Staat insgesamt. „NGOs“ agieren weitgehend in einem kritisch-symbiotischen Verhältnis zur Macht – die „NGO“ erhält Bekanntheit, Zugang zu Gremien und Gelder, zudem kann sie minimal Politik mitgestalten, gleichzeitig erhält die offizielle Politik so einen demokratischen Anstrich und wirkt „demokratischer“ (was sie auch ist, wenn Demokratie verstanden wird als das, was sie ist: Eine Herrschaftsform, in der die jeweiligen ernannten oder selbsternannten VertreterInnen eines konstruierten Volkes und der ebenso konstruierten Zivilgesellschaft die Herrschaft ausüben). Der BUND hat in sich in den letzten Jahren zu einer „NGO“ entwickelt und handelt dementsprechend. Seine Staatsnähe und Orientierung auf staatliches Handeln ist unübersehbar. Höhepunkt der Abhängigkeit sind komplette Kampagnen, die Umwelt-NGOs in Absprache, im Auftrag bzw. in Bezahlung durch staatliche Stellen durchführen. Dazu gehören Wettbewerbe sowie in den Jahren 2000/2001 eine Werbekampagne für die Ökosteuer. Bundesumweltminister zahlte dem federführenden BUND und anderen Verbänden 243.000 DM. Mit dem Geld wurde die sexistische Werbeschrift „Bunt“ gedruckt und verteilt (siehe unter Punkt H.).<sup>31</sup>

**Im Original: Auszug aus dem Bericht der „Gießener Allgemeinen“ zur Landesdelegiertenversammlung des BUND Hessen (20.3.95, S.12)**

... Der BUND wird sich möglicherweise in Zukunft unabhängiger von den Parteien machen, verriet die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrnt. ...

**Bildtext in der BUND-Schrift „rückblick 96“ (S. 12), das Bild zeigt Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel und die stellv. BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt**

Nicht weit auseinander beim Europa-Kongreß des BUND: Angela Merkel und Angelika Zahrnt in Berlin.

**Reaktion auf ein ähnliches Bild (LeserInnenbrief in der „Natur&Umwelt“ 2/97, S. 4)**

Geschmacklos finden wir das Foto (S. 5), auf dem Umweltministerin Merkel und die stellvertretende BUND-Vorsitzende Zahrnt mit der Unterzeile „Eintracht in Europa“ abgebildet ist. Diese Art Anbiederung schadet dem Ansehen des BUND.



Wichtig ist noch ein Hinweis, wie Abhängigkeit sich organisiert. Meist besteht sie nicht in der direkten Beeinflussung durch Weisung oder Kungelei, sondern in der Orientierung verbandlichen Handelns an den vom Staat und ähnlich agierenden Stellen (staatliche Stiftungen, Parteistiftungen u.ä.) vorgegebenen Möglichkeiten. Sitze in Gremien, Fördergelder, Zugänge zu Informationen, Kooperationen in den Bereichen Flächenbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit oder Bildung usw. werden regelmäßig nicht erstritten, sondern von Seiten staatlicher Stellen nach deren Interessen bereitgestellt. Die Umweltverbände richten sich nach diesen Angeboten aus, um sie für sich nutzen zu können (Gelder, Posten, Informationen). Dadurch können staatliche Stellen die inhaltliche Orientierung von Umweltverbänden und anderen NGOs stark beeinflussen, gleichzeitig selbige an ihre Themenvorgaben binden und so NGOs als akzeptanzbeschaffende Unterstützung instrumentalisieren.

Rund um die Bundestagswahl 1998 zeigte sich die deutlich rot-grüne Bezogenheit des BUND sehr deutlich. In mehreren Presseinformationen vor und nach der Wahl forderte der BUND sehr offensiv zur Abwahl der alten Regierung auf und setzte sich mit roten bzw. grünen Positionen nicht kritisch auseinander. Selbst Vorschläge z.B. von SPD-Kanzlerkandidat Schröder, das Umweltministerium abzuschaffen, wurden vom BUND begrüßt. Direkt nach der Wahl formulierte der BUND nur seine Erwartung, daß die Koalitionsgespräche mit Sicherheit erfolgreich verlaufen würden. Inhaltliche Forderungen wurden dagegen selten erhoben und fielen dann anders aus, als es die BUND-Programmatik nahelegen würde. So benannte der energiepolitische Sprecher des BUND, Klaus Traube (auch SPD-Mitglied) eine Atomausstiegsfrist von 10 Jahren in einem taz-Interview. Offiziell fordert der BUND den sofortigen Ausstieg.

Bemerkenswert war eine Position des BUND-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern zur SPD-PDS-Koalition. Darin erteilte der BUND dem Widerstand gegen die A20 eine Absage (nach Kritik begründete der BUND diese Ablehnung weiteren Widerstandes damit, daß die Autobahn rechtlich korrekt und abschließend geplant worden sei) und erklärten Umgehungsstraßen in vielen Fällen als notwendig.

**Im Original: Auszug aus dem Bericht der BUND-Hauptversammlung 1999 (BUNDschau 1/99, S. 1)**

Zuvor hatte bereits Bundesumweltminister Jürgen Trittin viel Beifall für seine Rede zur Eröffnung der Delegiertenversammlung erhalten, in der er auch dem BUND und anderen Umweltverbänden dankte: „Ohne ihr Engagement hätte es den Regierungswechsel nicht gegeben.“

## **E. BUND, Markt und Wirtschaft**

Im BUND liefen Anfang der 90er Jahre umfangreiche Diskussionen und Entscheidungsprozesse zum Sponsoring. Viele Personen kämpften für das Ziel, gar keine Sponsorings anzunehmen oder Kooperationen mit der Wirtschaft nur unter dem Hauptgesichtspunkt der ökologischen Veränderung von Unternehmen zu sehen. Das paßte zum damaligen Hauptthema des Verbandes, der ökologischen Wirtschaftsreform (Debatte um Nachhaltigkeit, Ökosteuern). Die radikalen Stimmen, die eine Unvereinbarkeit zwischen umweltschädlichen Großkonzernen und dem BUND sahen, verstummten sehr schnell.

**Im Original: Auszug aus einer BUND-Selbstdarstellung (ohne Datum, ca. 1995)**

Sponsoring herkömmlicher Machart wird es mit uns aber nicht geben. Wir wollen das BUNDsignet weder auf Yoghurtbechern, noch auf Papiertaschentüchern wiederfinden, auch wenn wir damit unser Budget aufpolieren könnten. Wenn mit Öko-Werbung nur die Unternehmens-Fassaden begrünt werden sollen, damit dahinter die Betonmischer ungestört weiter laufen können, sagen wir Nein Danke!

Diese grundlegende Position hatte keine Chance. Mit dem Einzug managementorientierter Personen in die Geschäftsstellen wurden die Kontakte zu Firmen immer enger geknüpft, allerdings bemühte sich der BUND (im Gegensatz z.B. zu NABU und WWF), nicht direkte in Kontakt mit Atom-, Chemie-, Rüstungs-, Luftfahrt- oder Autounternehmen zu kommen. Im Vordergrund standen Verbindungen, die wie Kooperationen aussehen sollten. Im Jahresbericht 2000 werden als bundesweite Kooperationspartner aus der Wirtschaft aufgelistet: Brenntag AG, Deutsche Bahn AG, Fielmann AG, Hertie/Karstadt, Milupa GmbH & Co. KG, Naturstrom AG.

- Schon früh in den 90er Jahren begann eine enge Kooperation mit der Kaufhauskette Hertie, in dessen Verlauf neben dem Sponsoring auch Versuche liefen, das Warenangebot des Konzerns zu beeinflussen. Ohne Schuld des BUND scheiterten etliche der Vorschläge daran, daß Hertie 1994 von der Karstadt AG, dem größten Warenhauskonzern Europas, aufgekauft wurde und sich die Unternehmenslogik änderte. Zunächst wurde klar, daß der BUND sehr blauäugig in die Kooperation ging und glaubte, der Konzern könne ein echtes Interesse an einer Ökologisierung seines Betriebes haben, und nicht um einen Imagegewinn bemüht sein. Inzwischen hat die Karstadt AG die Kooperation mit dem BUND wieder aufgenommen, z.B. 1998 mit einem Malwettbewerb für Baumwollbeutelaufricke oder im Sommer 2001 mit einer inhaltlich sehr flachen Klimaschutzaktion (Klima schützen im eigenen Haus, energiesparende u.ä. Geräte kaufen – die gibts dann bei Karstadt ...). Ohne Beachtung blieb auch die Geschichte des Hertie-Konzerns: Die Nazis raubten das Warenhaus den jüdischen VorbesitzerInnen.

**Im Original: Auszug aus Jutta Ditfurth, 1997, „Feuer in die Herzen“, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 456)**

Ich erinnere mich an eine gemeinsame Ausstellung von Hertie, BUND und Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Frankfurt im Sommer 1991. Unter einem großen Farbfoto einer Afrikanerin mit zwei oder drei Kindern, die auf dem Boden ihrer Hütte kauerten, stand sinngemäß: Immer mehr Menschen zerstören die Erde.

**Auszüge aus den Unterlagen zur Klimaschutzaktion „Sparwochen bei kWh (Karstadt, Wertheim, Hertie)“**

... verkaufs- und imagefördernde Kampagne ... Herausstellung energieeffizienter Elektro-/Elektronikartikel ... für den Aktionszeitraum attraktive Verkaufspreise festlegen ... den Kunden der Karstadt Warenhaus AG beim Kauf eines Klasse-A- bzw. GEA-registrierten Gerätes die Kosten für die Altgeräteentsorgung entlassen. ... Ratschläge für den Einkauf ... von ... Trocknern, Kühl- und Gefriergeräten ...

- Zusammen mit Neckermann führte der BUND einen Wettbewerb durch.<sup>32</sup>
- In der BUND-Geschäftsstellen arbeitete zeitweise Michael van Allen, der dort u.a. die BUNDmappe „Kommunaler Umweltschutz“ zusammenstellte. Van Allen war aber auch Umweltberater von Coca Cola Deutschland und damit tätig für einen der Hauptdosenproduzenten, den „Erfinder“ der Plastikflasche usw. Unter falschem Namen ließ sich van Allen in den Verteiler der Aktion „Total Tote Dose“ setzen, um über Anti-Dosen-Aktionen informiert zu sein. Zudem gab er Daten von Personen weiter, die mit „Dosenkillern“ (kleine, gefaltete Pappschnipsel) Automaten lahmlegten oder dazu aufriefen.<sup>33</sup>
- Umfangreich ist die Kooperation des BUND mit Versicherungsunternehmen. Für Mitglieder, getarnt als Serviceangebote, werden sehr viele Versicherungen angeboten, z.B. zusammen mit der RheinLandversicherung Autoversicherungen für Mitglieder, bei denen InhaberInnen einer BahnCard einen Teil der Kosten erlassen werden – und schon heißt es „ÖkoPlus“. Mit derselben Versicherung wird auch der „BUNDum Sorglos“-Schutzbrief angeboten. Mit der securvita entstand ein Krankenversicherungsange-

bot, mit OecoCapital eine Lebensversicherung. Der Großfinanzier von Flächenversiedlung, BHW, ist Partner für eine Bausparversicherung.<sup>34</sup> Im Februar 1999 schickte der BUND einen Rundbrief an FirmeninhaberInnen, in dem er eine Risikoabsicherung für Gewerbe („Europa-Police“) anbot. Partner war auch hier die RheinLand-Versicherung, ein Abschluß des „marktgerechten Versicherungskonzepts“ sollte zu einer Totalabsicherung für Schadensfälle im Betrieb führen.

- Am 14. März 1997 meldete die „taz“, daß der BUND Thüringen eine Klage gegen den Energieversorger VEAG und das von diesem geplante, das Goldisthal zerstörende Pumpspeicherwerk zurückgezogen hatte und selbiger dafür sieben Millionen Mark an den BUND für eine vom ihm zu gründende Stiftung zahlen würde. Auch der „Spiegel“ und andere berichteten. Der Landes- und gleichzeitig stellvertretende Bundesvorsitzende, Ralf-Uwe Beck, versuchte in der Öffentlichkeit, eine Notsituation zu konstruieren, weil dem BUND angeblich die Gelder für die Fortführung der Klage fehlten. Abgesehen davon, daß das immer noch keine Begründung für die Annahme der sieben Millionen Mark gewesen wäre, stimmte diese Aussage nicht.<sup>35</sup> Die Bestechlichkeit des BUND schlug innerhalb und außerhalb des Verbandes hohe Wellen<sup>www</sup>. Den grundsätzlichen Beschluß zur Annahme des Geldes und Rücknahme der Klage hatte der Bundesvorstand gefällt – mit 5 Ja-Stimmen gegen den Widerstand der zwei ältesten Vorstandsmitglieder, von denen eines Ende 1997 auch ausschied.<sup>36</sup>
- Der Landesvorstand des BUND Baden-Württemberg beschloß Anfang 2002 eine Kooperation mit der NaturEnergie AG, die zwar Ökostrom liefert, aber gleichzeitig intensiv mit der Atomindustrie verbunden ist. Nur durch einen Gegenantrag der BUND-Landesjugend konnte diese Entwicklung auf der Delegiertenversammlung am 14.4.2002 mit 32:28 Stimmen gestoppt werden.<sup>37</sup>

Im Original: Ralf-Uwe Beck in der BUND-Broschüre „rückblick“ zum 20-jährigen Jubiläum des BUND 1995, d.h. ca. 1 Jahr vor dem 7-Millionen-Mark-Rückzieher

Wir haben zu DDR-Zeiten gelernt, konsequent zu sein und durchzuhalten.

- Der BUND ist Mitträger des Europäischen Umweltpreises, der von der Ford AG (Automobil- und Rüstungskonzern) durchgeführt wird. Sprecherin der Jury war lange Zeit die stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt.<sup>38</sup>
- In Anzeigenkampagnen warb der BUND zusammen z.B. mit dem Otto-Versand und der Daimler-Tochter AEG für die ökologische Steuerreform. Damit machte er nicht nur für diese Firmen Werbung, sondern der Vorgang zeigte auch, daß die Steuerreform offenbar noch nicht einmal einen Konzern wie Daimler stören würde.<sup>39</sup>
- 1990 schloß der BUND eine Sponsoringvereinbarung mit der Firma Nikon (Optik). Nikon ist Tochterunternehmen der Mitsubishi, einem Automobil- und Rüstungskonzern, der zudem an der Zerstörung der Tropenwälder beteiligt ist.<sup>#-2</sup>
- Seit 1996 führt der BUND verstärkt Kampagnen durch, die weniger politischen Zielen als der Imagewerbung und Spendengewinnung dienen. Für die Aktion „Zukunftswald“ sind das Kaufhaus Hertie (Tochter von Karstadt), der Arzneimittelkonzern Kanoldt (100%ige Tochter der BASF) sowie die Ford-Automobilwerke gewonnen und in BUND-Veröffentlichungen dafür auch angepriesen worden.<sup>40</sup>

Bemerkenswert ist, daß BUND-FunktionärInnen, z.B. der Leiter der BUNDabfallkampagne, Olaf Bandt, schon früh das Duale System Deutschland (DSD) für reformfähig und dessen Auflösung für falsch hielten. Inzwischen hat sich diese Auffassung sogar verbreitet, das

Duale System und seine energieaufwendige und skandalbehaftete Form des Recyclings wurden vom BUND gegen aufkommende Konkurrenten auch von Umweltverbänden verteidigt.<sup>41</sup>

**Im Original: Auszüge aus dem Beitrag von Olaf Bandt (Leiter der BUNDabfallkampagne) zur Reform des DSD (BUNDschau 2/95, S. 35)**

Am Anfang des Dualen Systems stand die Idee der Produktverantwortung. ... Den riesigen Erfolg, den die Umweltbewegung mit der Festschreibung dieser Produktverantwortung im Verpackungssektor errungen hat, sollten wir uns nicht angesichts der unzulänglichen Umsetzung aus der Hand schlagen lassen. Denn die Grenzen für Abfallvermeidung sind enger als ... und die BUNDjugend es meinen.

**Zum Vergleich aus dem Beitrag der BUNDjugend in derselben Debatte (S. 38)**

Die für eine Restaurierung dieses Wracks aufzubringenden Mittel sind an anderer Stelle sicherlich besser aufgehoben. Durch einen konsequenten Ausbau des Mehrwegsystems (Transportwege, höhere Umlaufzeiten, Einheitsflaschen etc.) würden sich langfristig gesehen die Einwegverpackungen von selbst verabschieden und Institutionen wie dem DSD wäre die Grundlagen entzogen.

Die Firmenkooperationen des BUND sind unauffällig und tauchen in den eigenen Medien nur selten und dann als Kooperationen oder Service auf. Umso wichtiger war dem Verband der Aufbau von Vereinen, die anrühige Gelder annehmen und unbemerkt an den BUND weiterleiten (siehe unten). Teilweise enge Beziehungen unterhält der BUND zudem zu Firmenvereinigungen, die, verglichen mit den großen Verbänden wie BDI oder DIHT, relativ progressive Ideen unterstützen (z.B. die Einführung von Ökosteuern). So verfaßten BUND und der Bundesverband Junger Unternehmer 1993 das „Plädoyer für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft“. Wieweit solche Kooperation auch mit Geldflüssen verbunden sind, ist nicht bekannt.

Anfang 1998 bewies eine Einzelperson, wie nah sich Umweltverbände und Industrie sein können: Jens Katzek, unter anderem Leiter des BUND-Fachreferates für Gentechnik, wechselte die Seiten – fortan arbeitet er für die Kleinwanzlebener Saatzeit AG, eines der führenden deutschen Gentechnikunternehmen.<sup>42</sup>

Hinter der angeblichen Vorsichtigkeit bei Firmenkooperationen des BUND steckt aber noch etwas anderes – nämlich verdeckte Spendenannahme. Ein Beispiel ist war schon die Geldannahme im Streit um das Pumpspeicherwerk Goldisthal – es ging an eine neugründete Stiftung unter Kontrolle des BUND. Zudem ist der BUND zweimal Initiator von Vereinen gewesen, die die Aufgabe haben, Spendengelder anzunehmen und gezielt weiterzuleiten – zum einen in konkrete Projekte, die teilweise vorher vom BUND finanziert werden mußten (z.B. Schutzprojekte in der französischen Crau), zum anderen aber auch den BUND selbst. Die Namen der „Spendenwaschanlagen“: Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) und Deutsche Umwelthilfe (DUH) (siehe gesondertes Kapitel).

## **F. BUND, esoterische bzw. rechte Ideologie und Gruppen<sup>43</sup>**

Häufiger kritisiert als die SPD-Lastigkeit bzw. aktuelle Orientierung an den Modernisierungskonzepten der „Mitte“ wird die Rechtslastigkeit einiger FunktionsträgerInnen. Dahinter steckt eine stark verharmlosende Sichtweise der „Neuen Mitte“ in vielen politischen Diskussionen – viele aktuelle politische Prozesse wie innere Sicherheit, starker Staat, Weltpolizeiauftritte in neuen Kriegen oder sozialassistisches Aussieben mit Nützlichkeitsstigmatisierung von Menschen sind Projekte der politischen Mitte, sie stammen nicht aus rechten Kreisen! Dennoch lohnt ein Blick darauf, daß im BUND auch rechte Positionen und die sie tragenden Personen Einfluß haben und hatten. Die meisten von ihnen stammen aus den südlichen Bundesländern (Bayern und, deutlich weniger, Baden-Württemberg) sowie aus Nie-

dersachsen, was wohl vor allem daran liegt, daß hier der bekannteste deutsche rechte Ökotreiter, Herbert Gruhl, beheimatet war. Herbert Gruhl war Bundesvorsitzender des BUND kurz nach dessen Gründung als Bundesverband. Er unterhielt zudem einen guten Kontakt zum langjährigen (1983-91) BUND-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Prof. Konrad Buchwald. Der bekannte Nordseeexperte war Spitzenkandidat der Weißen, einer niedersächsischen ÖDP-Vertretung, bei der Landtagswahl, sowie Bundesvorstandsmitglied und zeitweise stellvertretender Vorsitzender in der ÖDP (und zwar zur Anfangszeit der ÖDP, als diese deutlich rechte Positionen vertrat!). Zusammen mit Gruhl tat sich Buchwald in der ÖDP mit rechtem Gedankengut z.B. in der Ausländerpolitik hervor. Beide traten nach einigen, rechtsextremen Positionen entgegenstehenden Beschlüssen der ÖDP-Hauptversammlung aus der Partei aus. Im BUND ist mittlerweile weitgehend unumstritten, daß Konrad Buchwald als Rechter anzusehen ist, zumal er über die benannten und im BUND bekannten Tätigkeiten hinaus auch noch im VDA (Verein für Deutschtum im Ausland) aktiv ist und in verschiedenen Veröffentlichungen offen rechte Ansichten vertritt. Selbst in seiner bedeutendsten Veröffentlichung, dem mit Wolfgang Engelhardt (DNR-Präsident und CSU-Mitglied) herausgegebenen „Handbuch für Planung, Gestaltung und Schutz der Umwelt“,<sup>44</sup> bringt er es fertig, eine Tabelle der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands auf der Basis der Grenzen von 1937 zu veröffentlichen. Dem BUND aber scheint all das gleichgültig zu sein. Statt aus der offensichtlichen Rechtslastigkeit Buchwalds die Konsequenzen zu ziehen, ist er immer noch Ehrenvorsitzender in Niedersachsen, zudem wurde eine Auszeichnung nach ihm benannt, die nun regelmäßig verliehen wird.

**Im Original: Konrad Buchwald in „Neue Zeit“ 1/82 (S. 20-22) und 2/82 (S. 12-13) unter der Überschrift „Auslandsdeutschtum – Teil der Nation“**

Was ist das für ein Staat, der für Wirtschaftsasylanten das Vielfache dessen ausgeben (sic!), das er für die ethnische Erhaltung und kulturelle Förderung der im Ausland beheimateten deutschen Volksgruppen bereitstellt.

**Konrad Buchwald in seinem Text „Ökosystemlehre“ (in Callies u.a., 1989, „Mensch und Umwelt in der Geschichte“, Pfaffenweiler, S. 9-34)**

Krisen und Notzeiten verlangen Einschränkungen der Freiheit. ... Wenn Ökologie die Lehre von den Bindungen in einer Lebensgemeinschaft und von deren Abhängigkeit von ihrer Umwelt ist, so muß Freiheit in einer ökologisch orientierten Gesellschaft etwas konträr anderes sein als in der liberalen Phase.

Umstritten sind auch weitere Bundesvorsitzende, unter anderem der erste BUND-Bundesvorsitzende Bodo Manstein, der zusammen mit Werner Georg Haverbeck vom rechtsextremen Weltbund zum Schutze des Lebens und Herbert Gruhl ein Buch schrieb.<sup>45</sup> Vor der Gründung des Bundesverbandes gab es im Bund Naturschutz in Bayern von 1958 bis 1963 einen bemerkenswerten Vorsitzenden: Alwin Seifert, unter den Nazis Reichslandtschaftsanwalt.<sup>46</sup> Später gab es viele Diskussionen um das Ehepaar Weinzierl. Während Beate Saitz-Weinzierl den AK Umweltethik und Frieden des BUND-Bundesverbandes leitet und von hier immer wieder Positionen aus dem New-Age-Gedankengut vertritt, war Hubert Weinzierl seit 1983 Bundesvorsitzender des BUND, deutlich länger schon war er Vorsitzender in Bayern und ist es bis heute. Sein bekanntester Fehltritt war sein in der Zeitschrift „natur“ aufgezeichnetes Gespräch mit Bernd Löttsch und Konrad Lorenz, bei dem weder Löttsch noch Weinzierl Anstoß nahmen an den Lorenz'schen Behauptungen, daß angesichts der Bevölkerungsexplosion der Krankheit AIDS eine positive Wirkung zukomme und daß es bedrückend sei, daß sich die Menschen in den edleren Kulturen z.B. Europas weniger vermehrten als die Gangster in der Dritten Welt.<sup>47</sup> Bei genauerem Hinsehen aber paßt dieser Fehltritt zu einer Reihe weiterer Aussagen von Weinzierl selbst sowie zu etlichen Kon-

takten zu rechten Organisationen, u.a. den Deutschen Unitariern.<sup>48</sup> Auf der am 6.12.1997 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings, in dessen Präsidium Weinzierl schon viele Jahre saß und dessen Präsident er heute ist, forderte er einen „spirituellen Neuaufbruch“. Auch andere BUND-FunktionärInnen und -Untergliederungen haben Kontakte zu rechten Kreisen. Beate Saitz-Weinzierl schrieb das Vorwort in einem Buch der Unitarier, in dem dann auch Werner Georg Haverbeck, Ex-Präsident des faschistischen Weltbund zum Schutze des Lebens, Rechtsextremist und Leugner der Naziverbrechen, ein Kapitel schreibt.<sup>49</sup>

**Im Original: Hubert Weinzierl in „Das grüne Gewissen“ (1993, Stuttgart, S. 159)**

Wir stehen angesichts des dramatischen Bevölkerungszuwachses vor dem Dilemma, daß jeder Naturschutz zwangsläufig dort enden muß, wo die Menschenlawine alles überrollt.

Die rechten Kontakte haben im BUND Tradition – immerhin ein Verband, in dem Personen wie Herbert Gruhl Bundesvorsitzender und Konrad Buchwald Landesvorsitzender werden konnten. Als Herbert Gruhl gestürzt wurde, war Hubert Weinzierl einer seiner verbliebenen Unterstützer. Später wurde letztere Bundesvorsitzender (bis 1998).

**Im Original: Reiner Bischoff, bis 1995 im BUND-Landesvorstand Baden-Württemberg und Leiter des AK Wirtschaft und Finanzen, in seinem Beitrag „Geld und Asyl“ (Remscheid, 1994)**

Somit gilt heute: Eine nationale Denkweise zu haben, z.B. über Volk und Vaterland tiefere Betrachtungen anzustellen, über Gebietsabtretungen im völkerrechtlichen Sinne nachzudenken, eine kritische Haltung gegenüber der Zeitgeschichtsforschung einzunehmen, auf die Einseitigkeit der „Vergangenheitsbewältigung“ hinzuweisen, sich gegen die multikulturelle Vermischung auszusprechen, die marxistisch-kapitalistische Gleichheitsideologie abzulehnen usw. – dies alles ist hierzulande ... das politisch Böse an sich. ... Naturschutz müßte ... logischerweise den Völkerschutz mit einschließen. Und nicht nur den Schutz bedrohter Naturvölker, sondern auch den des eigenen, z.B. des deutschen Volkes. ...

Das Volk als biologisch-gesellschaftliches System hat sich meist im Laufe von Jahrtausenden entwickelt und ist hochempfindlich. Wenn an in dasselbe einfach fremde Volksteile hineinverpflanzt, löst man tiefgreifende Störungen aus.<sup>50</sup>

Braune Gesinnungen haben auch manche Provinzfunktionäre des BUND. So schrieb der BUND Naturschutz Starnberg einen Brief an den Stadtrat, wo er zu einer geplanten Säuberungsaktion (genannt „rama dama“) Stellung nimmt: „Nach unserer Meinung ist der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daß arbeitende Bürger dieser Stadt als Freiwillige am Ramadama teilnehmen, während von Sozialhilfe bzw. Arbeitslosenhilfe lebende Asylbewerber spazierengehend zuschauen, wie andere ohne Honorar den 'Wohlstandsmüll' wegräumen“.<sup>51</sup> Zwei immer wieder als BUNDler auftretende Personen sind zudem schon seit längerem (also auch schon zu Zeiten, wo die rechte politische Gesinnung dieser Partei noch deutlich war) im Kuratorium der ÖDP-Stiftung: Horst Haitzinger und Hermann Benjes. Letzterer gehört zu den wichtigsten FreiwirtschaftlerInnen in Deutschland, u.a. als Vorsitzender der Partei FSU, in deren Reihen ständig rechte Gedanken und Personen zu finden sind (s. Kap. 3.7).<sup>52</sup> Einige von ihnen wurden auch als ReferentInnen geladen, so unter anderem der Cheftheoretiker der FreiwirtschaftlerInnen, Helmut Creutz zu einem Seminar der BUNDjugend im Jahr 1993 in Braunschweig. Creutz war auch in der rechtsextremen Kaderschmiede „Collegium humanum“ aktiv. Noch drastischer gebärdete sich die BUNDjugend 1992, als sie den rechtsradikalen Ex-Präsidenten des Weltbund zum Schutze des Lebens, Max-Otto Bruker, einlud. Allerdings sind auch andere Umweltorganisationen auf FreiwirtschaftlerInnen gut zu sprechen. 1997 lud das Unabhängige Institut für Umweltfragen Helmut Creutz als Referent ein.<sup>53</sup>

Eine bemerkenswerte Tatsache war die Vorliebe vieler deutscher Umweltzeitungen für die gleiche Druckerei, nämlich Brühl in Gießen. Dort werden gedruckt: Öko-Test, World-Watch-Magazin, die VCD-Zeitschrift fairkehr, das BUND-Blatt Natur&Umwelt<sup>54</sup> und das NABU-Organ Naturschutz heute.<sup>55</sup> Ob Zufall oder nicht: Mitte der 90er Jahre kam Brühl in Verruf, weil es rechte Zeitschriften druckte, u.a. die Junge Freiheit, wie dort noch im Impressum von 1994 angegeben. Selbst wenn es keine bewußte Verbindung geben sollte, fehlt den UmweltschützerInnen auch hier wieder die notwendige Distanz zum braunen Rand der Republik.

## **G. Themen und politische Positionen**

In der Masse wissenschaftlich versierter Personen wird der BUND von keiner anderen Umweltorganisation des Landes übertroffen. 19 Arbeitskreise sind mit hochkarätigen Personen besetzt. In ihnen sind viele fundierte Veröffentlichungen entstanden, sowohl im Eigenverlag als BUNDargumente, BUNDFakten oder BUNDpositionen als auch auf dem offenen Buchmarkt. Eine ähnliche Bedeutung hat hier nur noch das Öko-Institut sowie in einzelnen Themenbereichen Greenpeace. Zwischen den Positionspapieren und der realen, politischen (Lobby)Arbeit klafft aber eine große Lücke. Die Arbeitskreise des BUND sind überfüllt mit TheoretikerInnen, die sich im politischen Alltag zurückhalten oder wenig durchsetzungsfähig verhalten. Viele sind Staatsbedienstete.

Die vielen, titelgeschmückten Personen im BUND geben dem Verband seinen Ruf eines fachlich hochkarätigen, „edlen“ Verbandes. Daß im Verbandsalltag eher die platte Mitgliederwerbung durch HaustürvertreterInnen oder bunte Werbeprospekte und der politische Kungel im Hinterzimmer galt, wird dabei unterschlagen.

**Im Original: Dirk Cornelsen in seinem (eher verbandsfreundlichen) Buch „Anwälte der Natur“ (1991, Beck, München, S. 57)**

Anstatt mit allen legalen Mitteln Druck auf Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen auszuüben im Interesse des Natur- und Umweltschutzes, läßt sich der BUND noch immer zu sehr auf die Rolle des weitgehend wirkungslosen Beraters des Staates ein.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Pumpspeicherwerk Goldisthal<sup>www</sup> äußerten mehrere BUND-FunktionärInnen ihre Enttäuschung über die Aufgabe politisch-inhaltlicher Positionen.

**Im Original: Wolfgang Baumann, ehemaliger AK-Recht-Sprecher des BUND, auf der BUND-Delegiertenversammlung 1997 mit Bezug auf die Aufgabe inhaltlicher Positionen**

Ich bin zurückgetreten als Sprecher des AKs Rechtsfragen, weil sich derartige Fragen in letzter Zeit gehäuft haben. Es stellt sich die Frage, ob man im richtigen Verband ist oder man nicht einen neuen Verband aufmachen müßte.

Insgesamt steht außer Frage, daß der BUND ein großes fachliches Know-How eingebunden hat. Allerdings tragen auch die Fachleute dazu bei, daß fundamentale Positionen aufgegeben werden. Aus einzelnen Texten ist sogar herauszulesen, daß fundamentale Positionen als unwissenschaftlich bewertet werden. Der Drang zur Befassung mit den Details entfremdet den BUND in immer mehr Themen von einem grundsätzlichen Widerstand.

**Im Original: Auszüge aus der Dokumentation zur Gentechnologie-Tagung des BUND (20. April 1997)<sup>56</sup>**

Auf der letzten DV war auch die Rede von Glaubwürdigkeit gegenüber der Politik und den Medien, die wir stärken würden, wenn wir differenzierter argumentieren, wenn wir neue Sachverhalte in unsere Positi-

onsfindung auch mit einbeziehen würden – wenn wir auf den Punkt gebracht weniger fundamentalistisch wären. ... Aber wir müssen auch darauf achten, in einer solchen „schleichenden Anpassung“ unsere Identität und unsere Ziele nicht zu verlieren – eine Befürchtung, die meines Erachtens viele von uns hatten, als um „Kriterien“ und „Ausnahmeregelungen“ diskutiert wurde. (Hubert Weinzierl, S. 4)  
Bereits 1988 hatte die BUND-Bundesdelegiertenversammlung in Lüneburg zunächst eine strikte Ablehnung der Gentechnik in allen Bereichen und Facetten beschlossen und dann – nach einer gründlicheren Diskussion – 1990 in Hagen differenzierter Stellung bezogen und im medizinischen Bereich Ausnahmen im Einzelfall beschlossen. (Manuel Kiper, S. 49)

In der Realität der politischen Arbeit werden fachlich-politische Positionen in der Regel durch verbandsstrategische Überlegungen ersetzt. Verantwortlich dafür sind vor allem der Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle des BUND. Oft sind die Personen früher bei der BUNDjugend gewesen, d.h. aus deren Reihen kommen eher anpassungsfähige, managementorientierte Nachwuchskräfte in den Verband.

**Im Original: Auszüge aus einem Protokoll der Sitzung des Trägerkreis (TK) zur Aktion „Mobil ohne Auto“ mit Kritik an der Aktionsdurchführung (anwesend waren Peter Westenberger vom BUND – ehemals BUNDjugend-Sprecher, Hinrich Kählert vom VCD und Ulrike Janssen vom Klimabündnis), das Treffen war auch MOA-Mitwirkenden nicht bekanntgegeben worden.<sup>57</sup>**

... Kooperationspartner von Trägerkreisverbänden (z.B. DB AG) werden in Presseerklärungen verunglimpft. ... Abgerundet wurde das Bild durch die Pressekonferenz am 13.6.97 (schlampiges Auftreten, keine Vorstellung der Redner, Transparent „Wer stolz auf sein Auto ist, ist schuld am Tod von Millionen von Bäumen“ ... Zum Glück war nur sehr wenig Presse anwesend! ...

Zukünftige Struktur ... MOA „sterben lassen“: Diese Lösung wurde von den anwesenden TK-Mitgliedern verworfen, da die weiterwuschtelnde Bundeskoordination großen Flurschaden für die TK-Verbände anrichten kann (s.o. Kooperationspartner, aber auch beim UBA). ...

**Auszüge aus einer Mail aus dem BUND Neubrandenburg, Absender auch hier ein Ex-BUNDjugend-Funktionär (Mail vom 7.11.1998 auf dem CL-Brett „gruppen/bund“):**

In kleineren Ortschaften in McPomm sind Ortsumgehungen dringend notwendig ... Dort sollen Ortsumgehungen gebaut werden ...

Die Atomausstiegsfrage zeigt Unterschiede im Detail zwischen den großen Umweltverbänden. Der als Atomausstieg titulierte sogenannte „Atomkonsens“ der rot-grünen Bundesregierung mit der Atomindustrie im Jahr 2001 wurde vom BUND deutlich abgelehnt. Er bewegte sich damit eher in der Nähe der unabhängigen Anti-Atom-Gruppen, während z.B. der NABU keine klare ablehnende Haltung fand. Der gleiche Unterschied zeigte sich bei einem Versuch von Atomminister Trittin, vor dem Castortransport im März 2001 mit Umweltverbänden ein Kontaktgespräch zu führen. BUND, Greenpeace und Robin Wood lehnten das Gespräch als verlogen ab, während NABU, DNR und Grüne-Liga-Mann Leif Miller teilnahmen. Vereint waren die Verbände wiederum bei ihrer Forderung nach vorübergehender Abschaltung von Atomanlagen nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 (New York). Unabhängige Gruppen sprachen sich gegen eine solche Argumentation aus, weil sie nicht Terrorangriffe als Gefahr der Atomkraft ansahen, sondern den Normalbetrieb der Atomanlagen.

## **H. Thematischer Schwerpunkt:**

### **Der BUND als Führungsverband moderner Ökologiekonzepte<sup>58</sup>**

Anfang der 90er Jahre wurde eine Neuorientierung breiter Teile der UmweltschützerInnen, vor allem der großen Verbände sowie von Instituten, Stiftungen, Umweltzentren, Bildungseinrichtungen usw. sichtbar, die sich dann innerhalb einer Phase von ca. 5 Jahren komplett durchsetzte und heute die dominierende Strömung im Umweltschutz ist. Umweltschutz



wurde aus seinen Wurzeln gerissen, die vor allem in einer recht einseitigen Ausrichtung auf Protest oder Mahnen vor den Folgen der Umweltzerstörung sowie auf Widerstand oder Appelle an den Staat bestanden. Fachliche Fragen standen im Vordergrund, in politischen Debatten wurde mit Argumenten gerungen – die benannten Rote-Liste-Arten sollten Biotop retten, tote Fische die Flüsse usw. Bereits ein Jahrzehnt vorher hatten Ansätze einer Politisierung von Umweltbildung gegenüber der staatsorientierten, autoritären Von-oben-Pädagogik verloren. Nun aber sollte es eine deutliche Abkehr geben – hin zu modernen Verbänden und Einrichtungen, die selbst im Markt agierten, Produkte und Dienstleistungen anboten, sowie auf Kampagnen als neuen Hauptstil umsattelten, weil hier mit geringerem Aufwand sowie meist oberflächlichen Analysen und Argumentationen maximale Aufmerksamkeit erreicht werden konnte. Ziel war nicht mehr der politische Erfolg, sondern der Mitgliederzuwachs, der Spendeneingang und das öffentliche Renomee. Für diese Aufgabe waren managementerfahrene Personen interessanter als solche mit Fachausbildung und Erfahrung in der Basisarbeit. Dieses neue Personal für Geschäftsstellen und Vorstände kam zu großen Teilen aus den eigenen Jugendverbänden, die Ende der 80er und Anfang der 90er gerade aufgrund erheblicher Streitereien mit den alten VerbandsfunktionärInnen viel Know-How in Organisationsdingen sammelten und nach dem Wegfall ideeller Orientierung und Radikalität als personelle Ressource für die Modernisierung der Verbände bereitstanden. Insofern muß die Wirkung der starken Phase der Jugendumweltbewegung 1987 bis 1993 kritisch betrachtet werden – denn Radikalisierung und Verbesserung von Organisationsformen damals steht eine Entradikalisierung breiter politischer Zusammenhänge durch die gleichen Personen heute gegenüber. Nicht nur der BUND ist davon beeinflusst, sondern z.B. sehr stark der NABU oder neugegründete Gruppen, die von Beginn an eher wie Lobby- und Kampagnenkonzerne organisiert sind (Beispiel: attac<sup>59</sup>).

Offen sichtbar wurde der neue Stil und die dahinterstehenden Kreise (jüngere, managementorientierte gegen ältere, konservative Kreise) 1992 rund um den Deutschen Umwelttag. Dieser DUT wurde unter dem Motto „Dialog“ zu einem wichtigen Baustein der Umarmung von Wirtschaft und Umweltverbänden. Schon damals kam es zur Konfrontationsstellung. Wenige Tage vor dem DUT votierte das Fachgremium des BUND, der Beirat, für einen Ausstieg aus dem Umwelttag. Im Vorstand war die Mehrheit der jüngeren Mitglieder anderer Meinung, der Ex-Jugendsprecher und heutige Hauptamtliche des BUND, Peter Westenberger, bezeichnete das Verhalten des Beirates öffentlich als „peinlich“. Hubert Weinzierl unterlag mit seiner DUT-kritischen Position im Vorstand gegen die Jüngeren und Wirtschaftsorientierten um Angelika Zahrnt.<sup>60</sup> Er zog immerhin die persönliche Konsequenz und boykottierte den DUT.<sup>www</sup>

#### **Im Original: Auszug aus der Mittelbayrischen Zeitung vom 16.9.1992**

Krach um Öko-Gipfel/Bund Naturschutz mit „Bauchschmerzen“ dabei/Doch Vorsitzender Weinzierl wird fehlen

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) will den zweiten Deutschen Umwelttag in Frankfurt nicht mehr mittragen. Das beschloß der Wissenschaftliche Beirat am Montag in Bonn. Diesen Knüller verbreitete am Montag nachmittag – fünf Tage vor Beginn der Mammutveranstaltung – die Deutsche Presseagentur. Es sei an der Zeit, „ein Zeichen zu setzen gegen die Versuche von Industrie und Handel, den Umweltschutz als Werbegag zu vermarkten“, zitierte die dpa aus dem Schreiben, in dem das rund 20köpfige BUND-Expertengremium seinen Entschluß begründete. Am frühen Abend ließ die Nachrichtenagentur den wohl doch reichlich verdatterten Geschäftsführer des Umwelttages, Wolfgang Weinz, mit einem „unerklärlich“ zu Wort kommen, doch eine Stunde später dürfte auch für Herrn Weinz die (Um)Welt wieder in Ordnung gewesen sein, zumindest halbwegs: „Trotz Bauchschmerzen – BUND bleibt Mitträger

des Deutschen Umwelttages“, faxte die Bonner Geschäftsstelle der Umweltorganisation gegen 20 Uhr das Dementi ...

**Auszug aus der Berliner Zeitung vom 17.9.1992**

Als „peinlich“ und „subjektive Meinung“ bezeichnete hingegen Peter Westenberger vom Bundesvorstand die Auffassung des Beirates. Wie er gestern der Berliner Zeitung mitteilte, werde der BUND nicht aus der Trägerschaft des Umwelttages 1992 aussteigen.

**Auszug aus den Kieler Nachrichten vom 17.9.1992**

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weinzierl, will nicht zu der Veranstaltung nach Frankfurt/Main kommen. Begründung: „Das paßt nicht in meine Philosophie, das ist mir zu wirtschaftslastig“. Weinzierl stellte sich gestern damit hinter die Kritik des BUND-Beirates, der Umwelttag entwickle sich zu einer Industriemesse.

Der Deutsche Umwelttag war der erste sichtbare Schritt zu einer Umorientierung des BUND hin zu einem modernen Politik- und PR-Konzern, dessen wesentliche Bausteine heute sind:

- Kampagnen: Statt konkreter Projekte, Programme oder Protestaktionen werden Kampagnen organisiert. Kampagnen sind umfassende Ansätze, Medien, Prominente, eigene Basisgruppen und oft auch viele Einzelpersonen für ein Thema zugewinnen und dieses so in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Dabei werden die Einstiegshürden für ein Mitmachen möglichst niedrig gestaltet, wobei inhaltliche Aussage und Handlungsmöglichkeiten weitgehend vorgegeben sind. Mitglieder, UnterstützerInnen und Basisgruppen sollen nicht eigene Aktionen starten, sondern im vorgegebenen Rahmen die zentral entwickelten Ideen umsetzen. Durch die Bereitstellung von Materialien wird die Mitarbeit so vereinfacht, daß viele auch ohne Zwang die Kampagnenidee mittragen. Beispiele für solche zentral vorgegebenen Aktionen sind: Protestpostkarten, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen mit zentral angebotenen ReferentInnen organisieren usw. Diese Basisaktivitäten werden begleitet von überregionaler PR-Arbeit, Pressetexten, Auftritte von Prominenten, mediengerechten Einzelaktionen usw. Bei allen Veröffentlichungen werden Möglichkeiten der Unterstützung per Spende oder Mitgliedschaft in den Vordergrund gestellt, verbunden je nach Thema mit öffentlichem Druck für die Lobbyarbeit des Verbandes. Der BUND hat in den 90er Jahren u.a. öffentliche Kampagnen für seine Lobbyarbeit zu Ökosteuern, Einwegdosen und die Frage nachhaltiger Wirtschaft durchgeführt.
- Werbemethoden: Der Verlust politischer Ziele und die Steigerung der Orientierung auf neue Zuschüsse und Mitglieder hat die Werbemethoden deutlich modernisiert. Heute werden neue Mitglieder regelmäßig über Geschenke und dauerhafte Vergünstigungen bei Versicherungen, Strombezug usw. zum Eintritt geködert, zur Mitgliederwerbung werden professionelle WerberInnen beauftragt, die in Fußgängerzonen, per Telefon oder Hausbesuch agieren. Neu ist bei BUND und NABU die Möglichkeit, Fördermitglied zu werden – Geld zahlen ohne Aktivität und demokratische Mitsprache. Sowohl die Verbände (die vor allem am Geld und an Mitgliedszahlen, weniger an Aktiven interessiert sind) als auch die geworbenen Mitglieder, die so mehr Distanz wahren und keine Verpflichtungen außer dem Mitgliedsbeitrag eingehen, scheinen dieses zu bevorzugen – die Fördermitgliedszahlen wuchsen deutlich schneller als die normaler Mitglieder.
- Management und Personalpolitik: Neue Personen in den Geschäftsstellen wurden vor allem nach ihrer Qualifizierung und Erfahrung in Management und moderner Öffentlichkeits- bzw. Lobbyarbeit ausgewählt. Zudem haben die jeweiligen Vorsitzenden und

ihr Umfeld versucht, gezielt Personen einzustellen, die ihre Positionen und Strategien unterstützen. Dieses ist im NABU deutlicher ausgeprägt, wo der hauptamtliche Präsident auch die Geschäftsstelle dominiert und überall Personen seines Vertrauens unterbringen konnte. Im BUND ist dagegen die Ausrichtung auf Personal mit Managementausbildung und -erfahrung stärker.

- Lobbyarbeit: Politische Forderungen erfolgen nur noch über politische Lobbyarbeit, in ausgewählten Fällen begleitet von Kampagnen oder Öffentlichkeitsarbeit eingebracht. FunktionärInnen der großen Umweltverbände sind überall in den inzwischen kaum noch zählbaren Gremien in Staat und Wirtschaft vertreten. Hier verbindet sich der Wandel von breit angelegten Umweltschutzaktionen zu spezialisierter Lobbyarbeit mit der Modernisierung des Staates hin zu einer maximalen Integration politischer und sozialer Bewegung, um diese einzubringen, zu befrieden, ihr Know-How abzuschöpfen und ihre kostengünstige Arbeitskraft für eigene Vorhaben einzusetzen. Umweltgruppen und NGOs gerieten in den letzten Jahren immer häufiger in einen Gegensatz zu Basisgruppen, z.B. auch desselben Verbandes, wenn „von unten“ Protest organisiert wurden, während die FunktionärInnen an den Tischen der Mächtigen in Staat und Wirtschaft mitmischten (Beispiele: Koalitionsverhandlungen 1998, Expo 2000, Kongreß „Neue Umweltallianzen 2001“, Bonner Klimagipfel 2001).

Mit der Orientierung auf öffentliches Renomee sowie Spenden- und Zuschußquellen erfolgte nicht nur die Veränderung von Organisationsstrukturen, sondern auch eine starke Hinwendung zu Konzepten der politischen Mitte. Dort sind Geldtöpfe, Medien und prominente FürsprecherInnen angesiedelt. Insofern ist die Orientierung auf maximale gesellschaftliche Anerkennung bereits ein entscheidender Grund für den Themenwechsel von der staatsorientierten Protest- und Forderungspolitik der 80er Jahre hin zu den integrativen, marktorientierten Konzepten der 90er. Hinzu kommt der Generationswechsel und die allmähliche Dominanz von Personen, die eine Modernisierung der Marktwirtschaft als wichtigste Aufgabe der Zukunft sahen.

Von den großen Umweltverbänden ist der BUND derjenige, der am intensivsten das Themenfeld „Ökologie & Ökonomie“ besetzt. Dabei ging es nicht um Sponsorings, die vorher der wesentliche Grund für Kontakte zur Wirtschaft waren, sondern eine Diskussion der Vereinigung von ökonomischen und ökologischen Zielen. Die Wirtschaft, bisher meist Hauptangriffspunkt von Umweltschutzaktionen, sollte zur treibenden Kraft werden. Dahinter stand die Überlegung, daß Konzerne über große Gestaltungsmöglichkeiten verfügten und daher dann, wenn von ihnen Umweltschutz betrieben würde, am meisten für die Umwelt herauspringen würde. Diese Einschätzung verzichtet völlig auf eine Analyse marktwirtschaftlicher Prinzipien und dem Zwangscharakter von Verwertung und Profit in einer auf Konkurrenz aufgebauten Gesellschaft. Dennoch setzte sie sich Anfang der 90er Jahre durch – Vergleiche von Aussagen zeigen, daß etliche UmweltschützerInnen ihre Auffassungen in dieser Phase komplett veränderten.

- Nachhaltigkeit: In der Debatte um Nachhaltigkeit und Agenda 21 wird die Hoffnung auf die Rettung der Umwelt durch Konzerne und eine zum Guten gewandelte Marktwirtschaft ergänzt um eine Diskussion von Lebensstilen. VerbraucherInnen wird eine gesellschaftliche Macht zugeschrieben – allerdings nicht durch politische Aktionen und Organisation bzw. demokratische oder weitergehende Mitbestimmung, sondern durch eine Veränderung des eigenen Verhaltens. Diese und andere Grundzüge der Nachhaltigkeitsdebatte waren kompatibel mit den Politikansätzen der politischen Mitte. Sie griffen Staat und Wirtschaft nicht weiter an, sondern machten sie sogar wichtiger. Ebenso

wurden den Menschen der gesellschaftlichen Mitte mit ihrem oftmals überdurchschnittlich hohen Konsum vor allem an Luxus- und technischen Gütern sowie den größeren Häusern und höherer Mobilität nicht länger ein schlechtes Gewissen beschert, sondern ihnen Vorschläge unterbreitet, damit Konsum und Umweltschutz verbindbar würden. In allen Fällen unterblieben gesellschaftliche Analysen, z.B. sozialer Verhältnisse, internationaler Wirkungen sowie auch ökologischer Folgen von Mobilität, Ressourcen- und Flächenverbrauch, die nur bedingt abnehmen, wenn moderne Technik zur Anwendung kommt.

Der BUND setzte früh auf diese Orientierung. Sie wurde vom Arbeitskreis „Wirtschaft“ unter Leitung Angelika Zahrnts schon zum Deutschen Umwelttag 1992 eingebracht und ist heute, wo Zahrnt Bundesvorsitzende ist, zentrales Thema des Verbands. Das Buch „Zukunftsfähiges Deutschland“, das die Ideologie der Nachhaltigkeit in Deutschland populär machte, ist vom BUND zusammen mit dem staatlichen Wuppertal-Institut und dem katholischen Hilfswerk Misereor herausgegeben worden. Begleitet von einer breiten Kampagne wurde das Thema zu einem der wichtigsten in der Umweltdiskussion. Nachhaltigkeit als Ziel von Wirtschaft bis zum individuellen Lebensalltag hat den Umweltschutz abgelöst. Klare ökologische Vorgaben sind im Nebel der Nachhaltigkeitsdebatte untergegangen.<sup>www</sup>

- Agenda 21: Umweltschutz-Basisgruppen wirkte die Nachhaltigkeitsdebatte allerdings kaum. Sowohl der Begriff wie auch die abgehobenen Leitbilder trafen nicht auf das Interesse von AktivistInnen und kommunalpolitisch Engagierten. Das schaffte die ab ca. 1995 in Deutschland mit Millionenaufwand gepuschte Agenda 21. Obwohl sie nach ihrer Verabschiedung 1992 noch als Fehlschlag galt, konnten Regierungen und Umweltverbände mit einigen Jahren Verzögerung die Agenda als zentrale Handlungsplattform öffentlich durchsetzen. Dabei hatte der BUND mit etlichen Veröffentlichungen deutlichen Anteil.

**Im Original: Auszug aus der BUND-Broschüre „Agenda 21“ (S. 8)**

Man hätte es der internationalen Bürokratie kaum zugetraut, aber sie hat es entworfen: ein Konzept, das einer revolutionären Umwälzung gleichkommt, ...

**Auszug aus dem Leitantrag „Naturschutz 2000“ zur VV 1999 (Quelle: BUNDschau 1/99, S. 9):**

Zur innerverbandlichen Förderung der formulierten Ziele muß der BUND als historisch gewachsener Umwelt- und Naturschutzverband ... seine umfassende Naturschutzarbeit in lokale Agenda 21-Prozesse integrieren ...

**Auszug aus „Rio minus zehn?“ vom BUND-Fachreferenten für internationale Umweltpolitik, Daniel Mittler (Junge Welt, 16.2.2002, S. 7)**

Zehn Jahre nach Rio kümmern die Staats- und Regierungschefs erneut zu einem Erdgipfel zusammen, diesmal im südafrikanischen Johannesburg. Dort werden sie – so alles gut geht – einen Fahrplan zur überfälligen Umsetzung der in Rio verabschiedeten „Agenda 21“ beschließen.

Kritik an der Agenda 21 wurde von den Umweltverbänden (und weiteren Beteiligten wie staatlichen Stellen und entwicklungspolitischen NGOs meist verschwiegen. Sie ist in den Pro-Agenda-Schriften ebensowenig erwähnt wie die tatsächlichen Inhalte der Agenda 21, die sich unter anderem für die Gentechnik als zentrale Zukunftstechnologie, den Ausbau der Atomenergie und die Endlagerung von atomaren Abfällen in den Ländern des Uranabbaus ausspricht. Die Agenda-21-Prozesse in vielen hundert Kommunen haben Umweltgruppen, NGOs und EinzelakteurInnen in modern organisieren Dialoge ohne tatsächliche Mitbestimmungsrechte eingebunden und dort über eine Vielzahl von integrativen Methoden entradikalisiert und eigenständige Aktionsformen stark einge-

- schränkt. Die BUND-Spitzengremien haben diese Agenda-Orientierung umfangreich unterstützt und sich an überregionalen Koordinationsstrukturen beteiligt.<sup>www</sup>
- Ökosteuer: Die Ökosteuer gilt als zentrales Element des ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Ihre Einführung war in der Mitte der 90er Jahre ein wichtiges Thema für etliche Umweltverbände, u.a. für den BUND. In verschiedenen Kommissionen saßen NGO-VertreterInnen ebenso wie FunktionärInnen von Parteien und Wirtschaft. Wesentliche Impulse kamen von ehemaligen Jugendumwelt-Aktiven. Nach der Einführung der Ökosteuer durch die rot-grüne Bundesregierung blieben die Umweltverbände wichtige Akzeptanzbeschaffer – die Übervorteilung der Industrie durch die Steuer hatten die Verbände bereits vor der Bundestagswahl selbst gefordert! Kritische Stimmen wurden vollständig ausgegrenzt.
  - Rot-grüne Regierung: Der BUND sowie andere Umweltverbände unterstützten Grüne und SPD vor der Bundestagswahl 1998 massiv. Im Mittelpunkt sollte dabei eine Ökosteuerkampagne stehen, die Parteistiftungen finanzierten. Sie wurde aber nach der für die Grünen negativen Debatte um einen Benzinpreis von 5 DM zurückgefahren. Nach der Wahl verzichteten die Verbände, u.a. der BUND, auf eine kritische Einmischung in die Koalitionsverhandlungen, obwohl sehr schnell sichtbar wurde, daß wesentliche Punkte aus den Wahlprogrammen wegfallen würden. Sehr zögerlich kehrte eine kritische Distanz zurück, u.a. weil nur sehr wenige FunktionärInnen der Umwelt-NGOs den Karrieresprung in Regierungsapparate und Parteiämter schafften. Ausnahmen sind u.a. Michael Schroeren, bis 1998 Pressesprecher des NABU, jetzt Pressesprecher von Umweltminister Trittin, und Barbara Unmüßig, bis 2001 Geschäftsführerin von WEED, jetzt Chefin der grünen Heinrich-Böll-Stiftung.<sup>61</sup>
  - Für Marktwirtschaft: In der politischen Analyse des BUND findet sich keine Kritik an Markt und Staat. Umweltschutz wird nicht als Folge von Profit- und Verwertungslogik, sondern von Detailfehlern, vor allem der zu geringen Kosten von Umweltnutzung sowie des VerbraucherInnenverhaltens gesehen. Neoliberale Politik, z.B. die Privatisierung der Rente, wird sogar als Fortschritt für die Umwelt gesehen.

**Im Original: Auszug aus „Was bringt die „Riester-Rente?“ in BUNDmagazin 4/2001, S. 38**

Die Pflicht zur privaten Altersvorsorge könnte zu einem Aufschwung des ökologischen und ethischen Investments in Deutschland führen. ... Die „Riester-Rente“ könnte Produkten zum Durchbruch verhelfen, die bei marktgerechter Rendite auch ethische, soziale und ökologische Belange berücksichtigen. Ein wichtiger Hebel für mehr „Nachhaltigkeit“ auf den den Finanzmärkten.<sup>62</sup>

Wie Modernisierung, Entpolitisierung, Kampagnenorientierung und Ausrichtung der eigenen Aktivitäten auf die Geldvergabe des Staates wirken, zeigte die Öko-Steuer-Kampagne und speziell die Massenzeitung „Bunt“, die im Rahmen der Kampagne erschien. Die Gesamtaktion wurde vom BUND koordiniert, Mitträger waren zudem NABU, VCD, Verbraucher-Initiative, Grüne Liga, der Bundesverband CarSharing und die Katholische Landjugendbewegung. Die „Bunt“ wurde durch eine zwecksgerichtete Förderung des Bundesumweltministers Trittin möglich, dessen Politik mit dieser Zeitung unterstützt werden sollte. Die Zeitung sollte von Aussehen und Inhalt her der BILD-Zeitung angelehnt sein, da selbige zu der Zeit massiv gegen die Ökosteuer polemisierte. Tatsächlich griff die „Bunt“ zu gleichen Mitteln und agierte mit niveaulosen Argumenten bis sexistischen Details.

Die moderne ökokapitalistische, also marktorientierte Linie des BUND steht in einem Konflikt nicht nur zu emanzipatorischen Umweltschutzkonzepten, sondern auch zu solchen Ansätzen, die eine stärkere Regulierung durch den Staat einfordern. Während z.B. der 2001

groß gewordene NGO Attac mit seinem naiven Staatsverständnis die Privatisierung der Rente (sog. „Riester-Rente“) bekämpfte, feierte der BUND mit seiner ebenso naiven Markt-orientierung selbige als große Chance für ethische Geldanlagen ab. Dennoch ist der BUND Unterzeichner des Attac-Aufrufs, der BUND-Bundesvorständler und BUNDjugend-Bundes- sprecher Sören Janssen ist zudem hauptamtlicher Fundraiser von Attac. Solche Wider- sprüche sind jedoch nicht relevant, weil die politischen Aussagen von BUND und Attac nicht politischen Zielen, sondern der Profilierung des Verbandsnamens sowie dem politi- schen Einfluß, der Spenden- und Mitgliederwerbung dient. Und hier besetzen BUND und Attac mit ihren entgegengesetzten Positionen einfach nur unterschiedliche Nischen.

**Im Original: Auszüge aus der „Bunt“**

Öko-Männer besser beim Sex

... Ihr Neuer tritt mit Gefühl aufs Gaspedal, schaltet und kuppelt elegant? Bleiben Sie am Ball: Dieser Typ ist teamfähig - auch im Bett.<sup>63</sup>

**Zusammenfassend: Leserbrief von Rudolf Blais, Anti-Tunnel GmbH, in „Der Rabe Ralf“, 1/98<sup>64</sup>**

Auch in Berlin sehe ich die BUND-Führungsebene von solchen Anpassern durchgesetzt, die Verbandsrefor- men ... blockieren. ... Seit Ende der 80er Jahre sehe ich die BUND-Entwicklung weg von einer Umweltbe- wegung hin zu einer Beschäftigungsgesellschaft oder einer Umweltbehörde.

## **I. Selbstdarstellung und fehlende Bündnisorientierung**

Typisch für den BUND ist eine alles überprägende Selbstdarstellung. BUND-Schriftzug und -Emblem sowie das ständige Erwähnen des eigenen Verbandes überdecken zum einen oft die inhaltlichen Positionen, zum anderen erschweren sie die Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden. Bei den Veröffentlichungen des BUND dominiert der Verband die Titelgestal- tung. Werbeblätter beinhalten geradezu peinliche Selbstbeweihräucherungen. Selbstkritik gibt es kaum. Die Zeitschrift Natur&Umwelt, seid Ende 1997 in konsequenter Verbands- meierei in „BUNDmagazin“ umbenannt,<sup>65</sup> ist kein umweltpolitisches Organ, sondern ge- füllt von Selbstdarstellung, -belobigung und ständiger Wiederholung des Namens BUND. Damit wird die Chance vertan, die 380.000 Mitglieder mit umweltpolitischen Inhalten zu erreichen. Vielleicht ist sich der BUND aber auch nur unsicher, ob die eigenen, zum Teil per Haustürwerbung gewonnen Mitglieder überhaupt klare Positionen mittragen würden oder eine stärkere politische Orientierung den Spendeneingang gefährden würde. Mit leichter Lesekost sollen die Mitglieder, gebraucht als politisches Gewicht und finanzielle Basis, bei der Stange gehalten werden – mehr nicht.

Mehrfach hat der BUND Aktionen anderer oder gemeinsame Projekte zu seiner eigenen Darstellung mißbraucht. So zeigt er sich auch in neuester Zeit noch als aktionsorientierter, kampfbewußter Verband, in dem er Fotos in seine Veröffentlichungen einbringt bzw. in der Fotobeschreibung als eigene Aktion darstellt, die Aktionen anderer zeigen (z.B. Besetzun- gen von Genfeldern).

**Im Original: Fotounterschrift unter einem Bild eines besetzten Genversuchsfeldes**

Wie hier in Buggingen (Südbaden) halten BUNDaktive überall dort, wo genmanipulierte Pflanzen ausge- sät werden, die Äcker gewaltfrei besetzt.

**Beteiligung von BUND-Spitzenfunktionären bei den Anti-CASTOR-Protessen im März '97 im Wend- land (Auszug aus Selbstdarstellung, wo verschiedene Personen in BUND-Uniform und mit großem Transparent zu sehen sind)<sup>66</sup>**

BUND-Aktionsgruppe David ... Gorleben im März 1997. Eine kleine Gruppe von Ehren- und Hauptamtli- chen des BUND sowie der BUNDjugend agiert zum ersten Mal unter einheitlichem BUND-Outfit als „Gruppe David“ ... Der BUND ist vor Ort. ... Sitzblockade, gekrönt durch das BUND-Banner. ...

Gleichzeitig mit der Instrumentalisierung gibt es Distanzierungen gegenüber Gruppen, die für radikale Positionen oder vielfältige, widerständige bis militante Aktionsformen eintreten. Bei den Aktionen rund um die Castortransporte in Endlager konzentriert sich der FunktionärInnenstab des BUND auf die Pressearbeit und gab vor allem über das Fernsehen oft die Meinung der AktivistInnen wieder, die davon gar nichts wußten. Gegenüber den Positionen vieler AkteurInnen an den Schienen und Straßen war die Kritik des BUND eher zurückhaltend, eine grundlegende Ablehnung von Herrschaft und Marktwirtschaft, wie bei vielen AtomgegnerInnen vorhanden, erfolgte gar nicht. Beim Castor ins Wendland im März 2001 distanzierte sich eine BUND-Vertreterin aus einem Fernsehstudio heraus von der Unterhöhung einer Straße.<sup>67</sup>

**Im Original: Auszug aus einer Presseinformation des BUND Thüringen zu den Baumbesetzungen in der Nähe von Suhl (vom 20.8.1997)**

... U.a. haben wir in der Gegenwart des Leiters der Suhler Polizeiinspektion, Herrn ..., sowie einem weiteren Beamten, mit den Baumbesetzern gesprochen und in ihrem Beisein auch versucht, die verbliebenen Baumbesetzer zur Aufgabe zu überreden.

**Auszüge aus einer Erklärung des BUND zu den Auseinandersetzungen während des Baubeginns zur A20 (in: Deutschland-Rundbrief 1/98, S. 18+19)**

Als ein Krankenwagen angefordert werden sollte, stellte sich heraus, daß die Polizei nach eigenen Angaben keinen Funkkontakt zur Einsatzzentrale hatte und – wie noch mehrfach an diesem Tag – ein Handy des BUND benutzen mußte. ... Unabhängig von dieser Aktion waren Tage zuvor von Unbekannten Bäume „vernagelt“ worden und Stahlstangen in den Moorboden abseits des Waldes gerammt worden. ... In einer Auswertung der Tage wies der BUND darauf hin, daß er sich von jeglichen Gewalttätigkeiten frühzeitig und energisch distanziert hatte ...

Richtig peinlich ist es, wenn BUND-FunktionärInnen selbst mitten in der Landschaft bei Aktionen große BUND-Banner aufstellen, ohne daß darauf neben dem BUND-Schriftzug und -Emblem auch nur irgendetwas anderes zu sehen ist.<sup>68</sup> Ende 1997 verweigerte sich der BUND einer gemeinsamen Aktion mehrere Verbände gegen den Plan von Coca Cola, deutschlandweit neue Dosenautomaten aufzustellen. Parallel warb er mit T-Shirts, CDs und Skateboardshows bei der inhaltleeren „Overdose“-Aktion um Mitglieder.<sup>69</sup>

Neben die übertriebene Selbstdarstellung tritt zudem in neuester Zeit eine Modernisierung des Verbandes hin zu einem abgehobenen „Konzern“, der aus einer starken Geschäftsstelle heraus zum einen öffentlichkeitswirksame Kampagnen durchführt sowie zum anderen Lobbyarbeit bei den PolitikerInnen und der Wirtschaft durchführt. Eine Unterstützung der Basis oder eine den öffentlichen Druck steigernde Tätigkeit ist nicht mehr sichtbar. Die Kampagnen sind inhaltsleer und nur danach ausgelegt, was „gut ankommt“. 1997 liefen u.a. die Kampagnen „Zukunftswald“ (Pflanzen von Bäumen, teilweise Aufforstungen ohne Gewinn für den Naturschutz, aber unter pressewirksamer Beteiligung amtierender PolitikerInnen; für die Kampagne wurden 200000 DM eingenommen, aber nur 60000 DM ausgeben, davon ein kleiner Teil für die Bäume selbst<sup>70</sup>) und „Overdose“ (s.o.). Nicht zufällig dürfte sein, daß der BUND in seine Geschäftsstelle eine bisherige Spitzenkraft von Greenpeace übernahm (Dorit Lehrack, vorher Leiterin des Ostbüros von Greenpeace). Ihr vorheriger Arbeitgeber ist Vorbild. Das Ziel: Maximale Image- und Spendenwerbung. Der Umweltschutz rückt in den Hintergrund.

Bei der Delegiertenversammlung 1997 beklagten einige ältere RednerInnen denn auch die immer höheren Personalkostenanteile, den Rückgang von Mitteln, die dem konkreten Umweltschutz zugutekommen (Rechtshilfefonds u.a.) sowie die Verknüpfung der Fachpersonal-

stellen mit der Vorgabe, durch die politische Lobbyarbeit auch eigene Einnahmen zu erzielen, was die Unabhängigkeit der handelnden Personen einschränke, da die VerhandlungspartnerInnen oft auch potentielle oder tatsächliche GeldgeberInnen sind.<sup>71</sup>

### **3.2.2 Naturschutzbund Deutschland (NABU)**

Der NABU ist der älteste der großen Umweltverbände. Erst in den letzten Jahren wandelte er sich zu einer Organisation, die alle Bereiche des Natur- und Umweltschutzes abdeckt, weiterhin aber einen klaren Schwerpunkt in den Bereichen des Arten-, Biotop- und Landschaftsschutzes hat. Anders als der BUND, der nur in Süddeutschland eine wirkliche flächendeckende Basis hat und sonst meist nur in Kreisgruppen organisiert ist, verfügt der Naturschutzbund über sehr viele kleine, lokal aktive Gruppen. Hinzu kommen eigenständige örtliche Vogel- und Naturschutzgruppen, Foto- und Vogelliebhabervereine, die in Teilbereichen mit den Naturschutzbund zusammenarbeiten.<sup>72</sup>

Der Naturschutzbund hatte in den letzten Jahren beschleunigte Mitgliederzuwächse. Im Jahr 2000 kamen allein fast 20.000 neue Mitglieder hinzu, 2001 durch das Mitrechnen der Mitglieder des neuen NABU-Partners LBV in Bayern stieg die Zahl dann um fast 90.000 Mitglieder auf 353.590. Damit ist der NABU größer als der BUND.<sup>73</sup> Bereits Mitte der 90er Jahre hatte er ca. 80 hauptamtliche MitarbeiterInnen auf Bundesebene. Nach seiner Selbstdarstellung arbeiteten ca. 1500 Orts- und ebensoviele Kinder- und Jugendgruppen im NABU. Der Etat stieg von 1987 bis 1994 von 2,6 auf 20,3 Mio. DM. Damit stand der NABU in der Geldrangliste nach Greenpeace und WWF an dritter Stelle. 1996 lag der NABU bei 27,5 Mio. DM, einer Steigerung um 4,2 Mio. DM gegenüber dem Jahr davor. Erhöht hatten sich die Einnahmen aus Beiträgen und Spenden sowie vor allem die öffentlichen Zuschüsse.<sup>74</sup> Danach stagnierten die Einnahmen zunächst, auch 1999 betragen sie 27,4 Mio. DM. Steigerungen bei Mitgliedsbeiträgen und Erbschaften ließen die Summe im Jahr 2000 auf 30,8 Mio. DM steigen. Dem stehen aber auch gestiegene Kosten für Mitgliederwerbung gegenüber (im Jahr 2000 6,5 Mio. DM, eine Steigerung um 24 Prozent!).<sup>75</sup>

#### **A. Kurze Geschichte<sup>76</sup>**

Gegründet wurde der Naturschutzbund 1899. Als Gründerin wird die Industriellengattin Lina Hähnle genannt. Sie steht für eine zu der Zeit durchaus typische Gruppe von Menschen aus der bürgerlichen Oberschicht, die sich für das Wohl der Vögel bzw. der Natur einsetzen. Der Gründung ging die Arbeit etlicher örtlicher Vogelschutzgruppen voraus, die sich ab ca. 1870 gründeten. Der als Bund für Vogelschutz gegründete Verein erwarb 1911 erstmals größere Flächen am Federsee. Von den Nazis wurde der Verband gleichgeschaltet, d.h. mit anderen Gruppen zum Reichsbund für Vogelschutz zwangsvereint. Bemerkenswerterweise machten die VogelschützerInnen diese Gleichschaltung freiwillig mit, teilweise begrüßten sie sogar die dadurch vergrößerte Basis und die direkten Kontakte zu staatlichen Stellen. Selbst 1987 hatte der ehemalige Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und stellvertretende Bundesvorsitzende Horst Hanemann keinen Meinungswandel vollzogen und beschrieb die Nazizeit unkritisch bis positiv. Im Naturschutz-heute-Sonderheft (Nr. 4.5/89) zum 90jährigen Jubiläum findet sich nur eine völlig neutrale Darstellung, im Jahresbericht 1999 nennt die 100jährige Verbandschronik zwar Stationen aus der Nazizeit, aber ebenfalls neutral, ohne Kritik oder Distanzierung.



**Im Original: Auszug aus der DBV-Chronologie „Bund für Vogelschutz“ von Horst Hanemann zur Gleichschaltung (1987, Wiesbaden)**

Diese neue Verpflichtung, in Zukunft als „halboffizieller Verein“ tätig zu sein, nahm der Bund für Vogelschutz begeistert auf ... Die Tätigkeit im Reichsbund war rege. Die Leitung war politisch zurückhaltend, soweit ihr dies möglich war. Natürlich war man sehr erfreut über das große Interesse seitens der Regierung am Schutz der Natur, des Waldes und allgemein der wildlebenden Tiere.

Erst 1938 verließ Lina Hähnle die Leitung des Verbandes, was zeigt, daß auch sie mit der Gleichschaltung durch die Nazis leben konnte. Ihr Nachfolger wurde Reinhard Wendehorst, als Ministerialrat Chef aller Ingenieurschulen im Reich.

Eine Aufarbeitung der Naziverwicklungen hat es im Vogelschutzbund bis heute nicht gegeben. Nach dem Krieg knüpften einige Mitglieder direkt an die Vergangenheit an. Sie wählten Hermann Hähnle, Sohn der Gründerin Lina Hähnle, zum neuen Präsidenten des Vereins. 1951 war der Bund für Vogelschutz wieder flächendeckend vorhanden, nur in Bayern blieb der Landesbund für Vogelschutz eigenständig. Erst 2001 besiegelten LBV und NABU eine intensivere Partnerschaft, seitdem werden die LBV-Mitglieder in der NABU-Statistik mit geführt und der LBV wie ein Landesverband dargestellt. 1965 schuf der Verein eigenständige Landesverbände und nannte sich in Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV) um. Neuer Vorsitzender wurde Sebastian Pfeifer, der wissenschaftliche Direktor der staatlichen Vogelschutzwarte in Frankfurt. Der Weißstorch wurde zum Emblem. Artenschutz stand im Mittelpunkt. Der Vorsitz wechselte an Claus König, ebenfalls einen Ornithologen. In seiner Zeit kam es zu den ersten Konflikten um Führungsstil und Inhalte des Verbandes. Einer der Höhepunkte war der Versuch, die eigene, inzwischen gegründete und der Führung gegenüber kritische Jugendorganisation aufzulösen sowie ihren damaligen Sprecher, den jetzigen Präsidenten Jochen Flasbarth, auszuschließen. Mit der DBV-Jugend und vor allem den norddeutschen Landesverbänden war aber eine starke Strömung für eine Aufweitung der Themen über den Vogelschutz hinaus entstanden. Letztlich konnte die Gruppe reiner VogelschützerInnen sich nicht länger halten. Für nur wenige Monate wurde Prof. Berndt Heydemann, bekannt als radikaler Naturschützer, Präsident des DBV. Sein vorgelegtes Tempo bei der Umgestaltung des Verbandes war vielen konservativen Kreisen zu hoch. Heydemann legte sein Amt nieder. Den langsamen Wandel hin zu einem modernen Naturschutzverband hielt das aber nicht auf. Zweimal noch wurden recht farblose Präsidenten gewählt, zunächst der Beamte im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, Hans Scholten, und dann, 1988 bis 1992, der CDU-Mann Klaus Dürkop. Beide Amtszeiten waren eher Zeiten der Stagnation, in denen sich aber jüngere Mitglieder, die zu einem großen Teil aus der Jugendorganisation stammten, auf wichtigen Posten breit machten und zum Sprung an die Spitze formierten, z.B. in der Redaktion der in „Naturschutz heute“ umbenannten Vereinszeitung, in der Geschäftsstelle, in einzelnen Landesverbänden und internen Kommissionen. Zudem setzten sie einige radikalere Positionen des Verbandes durch, z.B. den Schutz der Rabenvögel, der auf die Kritik vieler Jäger im Verband stieß. Die konservativen VogelschützerInnen waren den Managementfähigkeiten der Jüngeren weit unterlegen. Als Flasbarth 1992 zum Präsidenten gewählt wurde, hatte er den Verband voll im Griff. Er wird hauptamtlich vom Verein bezahlt und kann daher auch die Angestellten der Geschäftsstelle rund um die Uhr für seine Zwecke einsetzen.

Die DBV-Jugend, die sich frühzeitig in Naturschutzjugend umbenannte, unterstützte früher die inhaltlichen Radikalisierungen, z.B. als sie 1986 die Position des Verbandes gegen Atomkraft gegen die Kritik konservativer Untergruppen verteidigt. Ab 1987 aber forderte sie mehr und geriet damit in Konflikt gerade mit den Kräften um den späteren Präsidenten Jo-

chen Flasbarth, die zunächst zusammen mit dem Jugendverband um erweiternde politische Positionen eingetreten waren. Die neuen Forderungen waren hierarchie- und bürokratiefreie Strukturen, aktions- und projektorientierte Arbeit sowie politisch deutlich radikalere Positionen (siehe Kap. 3.6). Die Ex-JugendfunktionärInnen um Jochen Flasbarth sahen sich plötzlich selbst in der Rolle der Kritisierten und konservativen Bremser. Sie strebten einen zentralistischen Verband an, dessen Spitze sie eines Tages selbst einnehmen wollten – was ja auch gelang. Auf dem Weg dahin schafften sie, was ihre früheren Widersacher aus den Vogelschutzkreisen mit ihnen nicht hinbekommen hatten: Im Jahr 1990 schmissen sie ihre jugendlichen HauptgegnerInnen<sup>77</sup> aus dem Verein und säuberten in der Folgezeit Bundes- und Landesjugendvorstände von kritischen Personen, was in einigen Ländern zur Zerschlagung der ganzen Jugendarbeit führte.<sup>78</sup>

Die Öffnung der DDR-Grenzen nutzte der Naturschutzbund geschickt. Ihm gelang die Fusion mit den sich während der „Wende“ aus den staatlichen Zusammenhängen lösenden Naturschutzgruppen, die sich noch vor der formalen Wiedervereinigung als Naturschutzbund in der DDR formiert hatten. Der westliche, zu dieser Zeit in Deutscher Naturschutzverband umbenannte ehemalige Deutsche Bund für Vogelschutz nahm die Gelegenheit beim Schopfe, über die Fusion eine erhebliche Vergrößerung des Verbandes und die Schaffung eines modernen Namens zu erreichen. Vor allem die alten Ornithologenkreise hatten einer zeitgemäßen Namensgebung immer im Wege gestanden. Da es sich um seine Satzungsfrage handelte, mußte eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Änderung erreicht werden.

**Im Original: Auszug aus QUEM, 1997: Gesellschaftliche Tätigkeit im Wandel, Berlin (S. 53)**

Der „NATURSCHUTZBUND der DDR“ gründete sich im März 1990 mit massiver finanzieller Unterstützung des DDR-Umweltministeriums und des (westdeutschen) Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV). Er schloß sich 1991 mit der DBV zum Naturschutzbund Deutschland (NABU) zusammen, der Naturschutzbund kann in den neuen Bundesländern personell und z.T. inhaltlich durchaus als Fortsetzung der GNU bezeichnet werden. Mitglieder des alten Zentralvorstands der GNU und einiger Zentraler Fachausschüsse fanden sich dort wieder und arbeiten ähnlich wie zu Zeiten der DDR.

Ende der 90er Jahre ist der NABU wie die anderen Umweltverbände mit einem modernen Management ausgestattet, hat seine Arbeit stark an Kampagnen und Lobbyarbeit ausgerichtet und seine verbal noch als wichtig dargestellte Basis weitgehend aus den politischen Entscheidungen und Strategien an der Spitze verdrängt. Stärker als beim BUND sind ehemalige FunktionärInnen aus der Jugendorganisation des NABU heute Vorsitzende, Vorstandsmitglieder oder Hauptamtliche. Das stärkt vor allem den Präsidenten Flasbarth, der den Verein uneingeschränkt steuert.

## **B. Wer ist im NABU?**

Der ursprüngliche Stamm an Mitgliedern stammt aus dem Vogelschutz bzw. anderen Naturliebhabereien. Auch heute sind noch viele Kreis- und Ortsgruppen von ihnen geprägt. Vor allem in Baden-Württemberg und in Hessen ist die Zahl örtlicher Gruppen teilweise sehr hoch (z.B. im Kreis Gießen mit 18 Gemeinden ca. 50 Ortsgruppen, zudem noch ca. 30 unabhängige Vogelschutzgruppen<sup>79</sup>).

Durch ausgedehnte Mitgliederwerbemaßnahmen mit Haustür-Werbefirmen („Drückerkolonnen“) ist der Mitgliederbestand um eine große Zahl von Passivmitgliedern angewachsen, die keiner bestimmten soziologischen Gruppe mehr zuzuordnen sind. Die Zahl der Jäger und Angler geht kontinuierlich zurück, da sie im Naturschutzbund keine Basis für ihre Freizeitbetätigung mehr sehen. Ebenso gibt es aus Altersgründen einen Schwund bei den reinen

VogelliebhaberInnen. Traditionell gibt sich der NABU familienfreundlich, hat hierfür besondere Beitragssätze und gewinnt so aus dieser Gruppe neue Mitglieder. Bei allen gilt: Ganz anders als beim BUND gibt es kaum eine Verzahnung zwischen „oben“ und „unten“. Eher wurstelt jeder so vor sich hin.

### **C. Die interne Struktur: Hierarchisch und zentralistisch**

Der Naturschutzbund weist immer wieder auf seine breite Basis und die daraus folgenden demokratischen Strukturen hin. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich das als falsch – der Einfluß der Ortsgruppen auf die modernisierte Führung ist sehr gering, die Spitze kümmert sich kaum noch um die Basis-AktivistInnen, es gibt immer weniger Schulungen, nur noch Kampagnen, bei denen die Basis z.B. vorgegebene Handlungen ausführen soll.

**Im Original: Beginn von „So funktioniert der NABU“ (www.nabu.de/nabu/funktion.htm, 5.1.2002)**

Andere reden über Demokratie, der NABU praktiziert sie. Mitglied zu sein im NABU heißt auch, mitbestimmen zu können. Die derzeit gut 365.000 Mitglieder sind also nicht nur stille Förderer. Sie bestimmen letztendlich, wohin sich der Verband entwickelt, ob sich neue Ideen durchsetzen und ob Kampagnen und Projekte erfolgreich sind.

Die Zahl managementererfahrener FunktionärInnen im Naturschutzbund war Anfang der 90er Jahre noch sehr klein. Außer der Gruppe um Jochen Flasbarth und wenigen Hauptamtlichen in einigen Landesgeschäftsstellen besaß nur die Naturschutzjugend eine moderne Struktur. Das war im BUND ganz anders, da er sich aus ehemaligen BIs oder VerwaltungsmitarbeiterInnen zusammensetzte, die viel Organisations-Know-How einbrachten. Diese fehlende Strategie im Naturschutzbund dürfte der wesentliche Grund sein, warum es Jochen Flasbarth und seinen UnterstützerInnen so einfach gelang, in die Machtzentren des NABU zu gelangen und den Verband in einer beeindruckenden Art auf seine Linie gleichzuschalten. Im Naturschutzbund gibt es kaum innerverbandliche Querelen oder Kritiken, der Bundesverband hat das Geschehen fest im Griff. Flasbarth ist seit 1994 hauptamtlich bezahlter Präsident, dominiert also auch zeitlich sowohl Vorstand wie auch Geschäftsstelle. Die wesentlichen Führungsposten hat er mit Personen aus seinem Umfeld besetzt.<sup>80</sup>

Der Umgang mit innerverbandlichen KritikerInnen blieb auch über 1990 hinaus rigoros, das Kritikpotential ebte aber schnell ab, weil gerade der Naturschutzbund von 1990 bis 1993 eine große Zahl radikaler Personen verlor, die versuchten, über offene Projekte und Bündnisse sowie bis zu 50 Umwelt- und Projektwerkstätten eine neue Arbeitsstruktur außerhalb des NABU aufzubauen (siehe Kap. 3.6).

Besonders stark machte sich dieser Verlust in der Naturschutzjugend bemerkbar. Sie ist zu einem völlig unbedeutenden Naturkundeverein heruntergekommen (mit Ausnahmen), die im Gesamtverband keine Bedeutung hat. In der Jugend gibt es nur wenige Einzelpersonen mit strategisch-politischen Interessen. Folge ist, daß kaum FunktionärInnen der Naturschutzjugend später im Gesamtverband Ämter übernehmen. Als noch die jetzt im Gesamtverband tonangebenden Personen um Jochen Flasbarth, Christian Unselt, Helge May und andere im Jugendbereich aktiv waren, war das ganz anders. Ihre UnterstützerInnen von damals sind jetzt im Bundesvorstand. Der damalige Landesjugendsprecher von Nordrhein-Westfalen, Josef Tumbrinck, ist jetzt dortiger Landesvorsitzender, sein Kollege aus Hessen, Christoph Heinrich, ist NABU-Naturschutzreferent.<sup>81</sup>

**Im Original: Florian Schöne, einer der letzten profilierten Naturschutzjugendfunktionäre, in einem Interview in Naturschutz heute, 3/93 (S. 42)**

Da stoße ich immer wieder an Grenzen, die durch irgendwelche hierarchischen Strukturen oder Autoritäten oder sonst was vorgegeben sind. ... Der NABU macht es Leuten unheimlich schwer, Projekte aufzuziehen. ...

**Jochen Flasbarth, damals bereits Präsident des Gesamtverbandes, als Antwort**

... Ich behaupte, ein Verband dieser Größenordnung braucht diese Strukturen, sonst gäbe es ihn nicht.

**Widerrede von Florian Schöne:** Das ganze Verfahren, wie Entscheidungen im Verband zustandekommen, ist mir zu langwierig: daß Kampagnen, Projekte, Aktionen immer erst aufgeschoben werden müssen bis zur nächsten Delegiertenversammlung ... Was mir vorschwebt, ist ein aktionsorientiertes Netzwerk, das schneller handeln kann ...

**Jochen Flasbarth:** Ich halte diesen Ansatz für zutiefst undemokratisch. Ein Verband muß Gremien haben, in denen gewählte Vertreter überlegen: Wo sind Prioritäten, wo wollen wir politisch etwas erreichen, mit welcher Kampagne schaffen wir das?

Positiv muß dem Naturschutzbund bescheinigt werden, daß seine Untergliederungen weitgehend eigenständig aktiv sein können. Viel mehr als im BUND sind sie oftmals selbst eingetragene Vereine und können daher auch selbst rechtsverbindlich entscheiden. Austritte ganzer Gruppen kommen daher immer wieder vor, aber auch der umgekehrte Fall (Auflösung und Neugründung „von oben“) ist bekannt.<sup>82</sup> Hauptgrund für diese gegenseitige Duldung ist jedoch der mangelnde Kontakt zwischen Bundesebene und Basis. An der Basis arbeiten oft noch konservative Vogelschützer ohne umweltpolitische Inhalte. In den meist reinen Männerclubs der Vogelschutz-Ortsgruppen, deren Hauptaufgabe oft der Bau ihres Vereinsheimes ist, sind des häufigeren Frauen- und AusländerInnenwitze zu hören. Jäger, Angler, Wanderer und andere tummeln sich in den Gruppen und ihren Vorständen.<sup>83</sup> Mit der Bundesführung haben sie wenig am Hut.<sup>84</sup>

#### **D. NABU, Staat und Parteien**

Viele der alten Vogelschutzkreise waren dominiert von Personen, die auf staatlichen Stellen saßen – allerdings selten auf Posten, die politische Entscheidungsgewalt beinhalteten. Vielmehr waren es Vogelschutzwarten, Naturkundemuseen und ähnliche Einrichtungen. Da der Verband kaum politische Ziele verfolgte, kam es auch nicht zu Problemen aus diesen Überschneidungen. Selbst die Nazizeit kann nicht so gewertet werden, daß der Vogelschutzbund der Nazipolitik positiv gegenüber stand. Er war einfach unpolitisch und ließ mit sich geschehen, was die Herrschenden wollten – sogar froh über die Förderungen. So verlief die Geschichte des Verbandes auch nach dem 2. Weltkrieg weiter bis heute. In den Spitzengremien findet sich eine bunte Mischung an Führungspersonen, die zwar überwiegend aus gesellschaftlichen Führungsschichten kommt, aber aus sehr unterschiedlichen. Etliche Wirtschaftsleute sind darunter, mal ein CDUler, mal ein SPDler, mal ein GRÜNER usw. Klar erkennbar ist aber, daß der Verband insgesamt eine sehr staatskonforme Position hat. Als Nachzügler hinter dem viel früher politisierten BUND versuchte der Naturschutzbund erst ab Anfang der 90er Jahre mit in der neuen Führung managementversierter Personen in der Medienarbeit, in politischen Gremien und auf dem Spendenmarkt Fuß zu fassen. Unter dem Einfluß von Flasbarth und seinen UnterstützerInnen eroberten sie Vorstandsposten und Einfluß im Deutschen Naturschutzring, im Deutschen Umweltag und in anderen Dachorganisationen. Der Ausbau der Geschäftsstelle, moderne Technik usw. wurden innerhalb weniger Jahre bewältigt. Die Verbandszeitschrift „Naturschutz heute“ ist wesentlich professioneller aufgemacht als das Blatt des BUND, dessen „BUNDmagazin“ noch immer einem Rundbrief mit Vereinsnachrichten ähnelt.

Erste Gehversuche im umweltpolitischen Bereich verliefen eher peinlich niveaulos wie Jochen Flasbarths Unterschrift unter den Ökologischen Marshallplan<sup>www</sup> oder die Initiative „Umweltschutz in Grundgesetz“, die eine vom konservativen CDU-Mann Rupert Scholz entwickelte, schwache Formulierung beinhaltete und von Personen wie Oskar Lafontaine, Franz Alt, Hennig Voscherau, Hans-Jochen Vogel sowie etlichen politisch farblosen oder anstößigen Personen des öffentlichen Lebens (z.B. McDonalds-Werbefigur Thomas Gottschalk) mitgetragen wurde.<sup>85</sup> Ein programmatischer, politisch umfassend aktiver Verband ist der Naturschutzbund erst in den letzten Jahren geworden. In den Landesverbänden und vor allem den Kreis- und Ortsgruppen fehlten dazu lange die Kapazitäten und die nötige politische Orientierung.

**Im Original: Protokoll des Landesverbandes Niedersachsen vom 20.10.89 (der namentlich genannte Olaf Tschimpke ist Landesgeschäftsführer)**

Tschimpke erklärt, daß es dem Landesverband aus personellen und finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, langfristige Projekte durchzuführen.

**Auszug aus dem Protokoll der niedersächsischen Jahreshauptversammlung vom 10.6.89 („er“ = Kreisvorsitzender Matthias Schreiber, Osnabrück)**

... Er vermißt Ziele und Wege für ein Konzept und wirft dem Landesverband Orientierungslosigkeit vor.

Exemplarisch für das fehlende politische Gespür war ein Interview mit dem wohl fachlich hochkarätigsten Spitzenfunktionär des NABUs, dem Vizepräsidenten Prof. Michael Succow,<sup>86</sup> in der Ausgabe 1/97 von Naturschutz heute, in dem dieser es für sinnlos hält, die Großtrappe auf deutschem Boden zu schützen. Stattdessen sollten die dafür bereitstehenden Gelder nach Spanien oder Südrußland transferiert werden. Hintergrund war der Bau der ICE-Trasse Hamburg-Berlin, die Großtrappenpopulationen gefährdet. Succows Vorschlag<sup>87</sup> schwächte die Position derer, die die Trasse ablehnten oder verändern wollten.

Ende 1997 beschwerte sich der Vorsitzende des Naturschutzverbandes Niedersachsen, Remmer Ackermann, daß der NABU-Landesverband beschlossen habe, jeweils 100 Tage vor einer Wahl keine politischen Aussagen mehr zu machen.

Regierungsnahen Positionen zeigte der Naturschutzbund seit 1998 gegenüber der rot-grünen Bundesregierung. Vor allem Präsident Flasbarth trat immer wieder als Werber für Umweltminister Trittin oder die gesamte Regierungsarbeit auf – sein Draht in dieses Ministerium ist sehr eng, denn Trittins Pressesprecher Michael Schroeren war bis 1998 Pressesprecher des NABU unter Flasbarth. Beispiele für Regierungswerbung sind die verglichen mit anderen Umweltverbänden zurückhaltende Kritik am sog. Atomkonsens sowie die Bilanzen der Regierungsarbeit im Wahljahr 2002.

**Im Original: Aaus der Pressemitteilung des NABU vom 10.6.2001 (Quelle: [www.presseportal.de](http://www.presseportal.de))**

Der Naturschutzbund NABU sieht in der heutigen Unterzeichnung des des Atomkonsenses nur einen kleinen Schritt in Richtung Atomausstieg. ... „Unser langes Engagement gegen die unerträglichen Gefahren der Atomenergie trägt jetzt die ersten, wenn auch noch sehr kleinen Früchte“.

**Auszug aus einer Presseinfo des NABU (ots vom 16.2.2002)**

Aus einer Veranstaltung des Bundesumweltministeriums zu Atomausstieg und Energiewende hat NABU-Präsident Jochen Flasbarth den deutschen Atomausstieg als internationales Signal in Richtung Nachhaltige Energieversorgung bezeichnet.<sup>88</sup>

**Aus einem Interview der Jungen Welt mit Jochen Flasbarth zum Atomkonsens (20.12.2001, S. 2)**

Der Beschluß zum Ende der Atomkraft hat deutliche Schwächen. Aber wir begrüßen, daß überhaupt ein Ende festgelegt wurde.

**Auszug aus Interviews zur Umwelt-Bilanz der Bundesregierung**

FR: Herr Flasbarth, es ist nicht lange her, da haben Sie die Grünen als Regierungspartei heftig attackiert ... Nun loben sie Rot-Grün auf einmal für die Umweltpolitik. Wie das?

Jochen Flasbarth: Damals haben wir die Grünen kritisiert, weil sie den Umweltschutz programmatisch halb in der Versenkung verschwinden lassen wollten, um sich dann als Mittelstandspartei neu aufzustellen. Das ist nun zum Glück Vergangenheit. (Quelle: FR, 14.8.2001, S. 5)

Junge Welt: Nun kann von einer Wende in der Umweltpolitik kaum die Rede sein. Es wird weiter aufs Auto gesetzt, die Bahn kaputtsaniert und auch in der Klimapolitik zeichnet sich nicht ab, daß das nationale Ziel erreicht werden wird.

Flasbarth: Das sehe ich anders. Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung schließt wesentliche Teile der Lücke, die es noch zur Erreichung des Klimaschutzzieles gibt. ... Ich glaube also, daß wir zur Recht eine positive Bilanz ziehen. (Junge Welt, 20.12.2001, S. 2)

**Pressemitteilung zur Jahresbilanz des Naturschutzbund, 19.12.2001)**

Als grundsätzlich positiv hat der Naturschutzbund NABU die Situation der deutschen Umwelt- und Naturschutzpolitik des Jahres 2001 beurteilt.

Personelle Verflechtungen zwischen NABU-FunktionärInnen und Parteien oder Regierungsämtern gehören zum Alltag des NABU. Etliche Spitzenkräfte haben Parteibücher, z.B. ist der NABU-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Josef Tumbrinck, in der SPD aktiv, das Präsidiumsmitglied Simone Heitz bei den Grünen. Der ehemalige saarländische NABU-Vorsitzende Stefan Mörsdorf wurde 1999 Umweltminister der CDU-Regierung<sup>89</sup>, 1992 kandidierte der Ex-NABU-Präsident Klaus Dürkop für die CDU und den gleichen Posten in Schleswig-Holstein. Als 1990 in der Naturschutzjugend die radikalen Aktiven aus dem Verband gedrängt wurden, übernahm eine von Bundesfunktionären der Jusos in der SPD geprägte Gruppe den Vorstand, scheiterte aber nach wenigen Monaten an geringer Aktivität und Finanzproblemen.<sup>90</sup>

## **E. NABU, Markt und Wirtschaft**

In den 80er Jahren, als z.B. der WWF bereits Sponsorings umsetzte, wirkten die Versuche des NABU (früher: DBV), Wirtschaftsunternehmen als Finanzgeber zu finden, noch ungeübt und anbiedernd:

- An Großkonzerne wurden inhaltsleere Spendenbitten geschrieben.

**Im Original: Brief des DBV-Präsidenten Hans Scholten an die Lufthansa-AG (11.7.86)**

Sehr geehrter Herr ..., erlauben Sie mir, daß ich Sie, obgleich wir uns nicht persönlich kennen, sehr persönlich anspreche. Als Jurist und Mann der Wirtschaft - ich bin Ministerialrat im Wirtschaftsministerium in Düsseldorf - habe ich mich dem Deutschen Bund für Vogelschutz e.V. (DBV), Deutschland ältestem und größtem Naturschutzverband, vor kurzem als Präsident zur Verfügung gestellt, weil der rapide wachsende Verband ohne juristische und Verwaltungskennntnisse nicht mehr zu führen war. Die Herren, die mich im Präsidium umgeben, sind Chefärzte, Fabrikanten, Vorstandsmitglieder von Unternehmen ... Was uns neben Führungsaufgaben zur Übernahme eines Ehrenamts im DBV bewogen hat, ist die Überlegung, daß die Bundesrepublik einen solchen Verband im Interesse des Schutzes der Vogelwelt unserer schönen Heimat braucht. Der 1889 von der Industriellengattin Lina Hähnle in Stuttgart gegründete DBV ...

- Zusammen mit dem Öl-Konzern BP gab der DBV 1987 eine Broschüre zum Jahresvogel Braunkehlchen heraus. Die Werbung des Konzern prangte auffällig auf dem Titel mit dem Schriftzug „BP – Zeichen setzen für die Umwelt“.
- Im Jahr 1987 versuchten der DBV und die Commerzbank eine Kooperation. Da auch Fragen der Jugendarbeit betroffen waren, wurde in der DBV-Jugendorganisation über die Kooperation gesprochen. Die abschließende Debatte war auf der Bundesjugendversammlung geplant. Dem Geschäftsführer des Gesamtverbandes war diese öffentliche Debatte unangenehm.

### **Im Original: Brief des Geschäftsführers Günter Mitlacher an die DBV-Jugend (19.3.87)**

... Die breite Erörterung des Commerzbank-Konzeptes im Plenum des Buko ist aus der Sicht des Bundesverbandes äußerst schädlich. Die Zusammenarbeit mit der Commerzbank und das Ansehen des Gesamtverbandes stehen damit auf dem Spiel. Denn wer garantiert, daß die Commerzbank nicht von dieser – wie auch immer gearteten – Diskussion erfährt und der DBV-Jugend gegenüber skeptisch wird. Verlässliche Partner werden die DBV-Jugend und der Bundesverband dann nicht mehr sein.

Nach anfänglicher Kooperation verzichtete die Commerzbank selbst auf eine Fortführung und ließ durchblicken, daß sie kein Vertrauen in die Professionalität des DBV hätte.<sup>91</sup> Ab Mitte der 90er Jahre gab es wieder Kooperationen.

- In den letzten Jahren bestanden bzw. bestehen Kooperationen mit:<sup>92</sup> Unternehmensgruppe Tengemann (Tengemann, Plus usw.), die Anzeigen im Verbandsmagazin schaltet und unter anderem das Naturschutzbund-Zentrum „Blumfelder Mühle“ gesponsort hat, Lufthansa (Kranichschutz), Otto-Versand (Elbtalaue, NABU-Vertreter sitzt im Kuratorium der Otto-Stiftung), KeyMail (Schlüsselanhänger- und Schlüsselfinderfirma), Ford AG (für Biotopmaßnahmen im Raum Köln),<sup>93</sup> Telekom, Telecard (Produktion einer Wegwerf-Telefonkartenserie zugunsten des NABU), IBM Deutschland (Sachmittelspenden für die NABU-Akademie Gut Sunder), Prince Denmark (Tabakfirma, Werbeaktion für Praktikum im Moorschutz)<sup>94</sup> und Deutscher Sparkassen- und Giroverband. Der bayrische Landesbund für Vogelschutz (LBV), enger Kooperationspartner des Naturschutzbundes, ist mit der Gipsabbau- und -verarbeitungsfirma Knauf verbunden. Umfangreich und dauerhaft sind vor allem die Kooperationen mit Tengemann und dem Otto-Versand. Der Jahresbericht 1999 nennt als aktuelle Hauptsponsoren neben diesen beiden noch Erdal-Rex (gemeinsames Gewinnspiel), der Teeladen (Produktkennzeichnung) und die Genossenschaft Deutscher Brunnen. Einzelkooperationen erfolgten mit Tupperware (sehr niveaulose Ausflugzielkarte von Deutschland), Lufthansa (Kranichschutz), Goebel Porzellan (Vogelmodelle), Haacke Haus (Fertighäuser) und Steiff (Stofftiere).<sup>95</sup> Im Jahresbericht 2000 sind die Adler-Modemärkte, GEFA-Luftschiffe und als intensiver Partner der VW-Konzern hinzugekommen. Beachtenswert ist das vom NABU selbst präsentierte Kooperationsfoto – als NABU-VertreterInnen sind mit Petra Wassmann (Präsidiumsmitglied) und Christoph Heinrich (Geschäftsstelle) zwei jüngere Personen aus der Spitzenhierarchie zu sehen, die wenige Jahre vorher noch den industriennahen Kurs kritisiert hatten.<sup>96</sup>
- Ein bemerkenswerter Vorgang war die Preisverleihung des „Dino des Jahres“.<sup>97</sup> Diese Auszeichnung wird jährlich an eineN bedeutendeN UmweltverschmutzerIn verliehen und zeigt im konkreten Fall, wie durchdachte Aktionen durch geldorientiertes Handeln karikiert und so in ihrer Wirkung verringert werden können. 1995 wurde Hans-Olaf Henkel mit dem „Dino“ ausgezeichnet für seinen Versuch, als Präsident des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) die Ökosteuerreform zu verunglimpfen und Diskussionen um Ozonwerte und Technikfolgen als „aufgeregt“ abzutun. Drei Jahre vorher hatte der WWF das Gegenteil getan: Henkel wurde zusammen mit der Zeitschrift „capital“ zum Ökomanager des Jahres gekrönt.
- Im Frühjahr 1998 präsentierte der Naturschutzbund auf vier Seiten in seiner Zeitschrift „Naturschutz heute“ eine neue Kooperation. Zusammen mit der RWE/talkline-Tochterfirma „Unicomdirekt“ wurde für Verträge mit Siemens-Handys geworben. Das aber hatte Konsequenzen. Mehrere Zeitungen berichteten, es gab Austritte und der NABU kündigte in einem Schreiben an die Mitglieder eine Überprüfung der Kooperation an. Siemens ist der führende Atomtechnikkonzern Deutschlands. Einige Umweltverbände, da-

runter auch die Jugendorganisation des NABU, hatten gemeinsam den Siemensboykott ins Leben gerufen, der auch zu Protesten gegen die Siemens-Werbung aufrief.<sup>98</sup> Der NABU erhielt von Unicomdirekt 50.000 DM, Mitglieder bekamen das Siemens-Handy zu Sonderkonditionen. Nach den Protesten warb der NABU für Handys anderer Marken.

- Vom 27.11. bis 2.12.2001 lief im Senckenberg-Museum eine Aktionswoche zu „Leben ist Vielfalt“. Als Umweltverband war der NABU dabei, zusammen mit Tierversuchszentren (z.B. Deutsches Primatenzentrum), Gentechnikfirmen sowie den Sponsoren Karstadt und Deutsche Bank. Mit dabei war auch das neue Science-Live-Mobil, dessen Vorgängermodell im Mai 2000 von GentechnikgegnerInnen zerstört wurde.<sup>99</sup>

### Wirtschaftsleute in Führungsgremien

NABU-Gremien sind von Staatbediensteten geprägt. Einzelne Personen auf Führungspositionen kommen aber auch aus der Wirtschaft:

- Dr. Hans Scholten, 4 Jahre Präsident und zeitgleich Ministerialrat im Wirtschaftsministerium Nordrhein-Westfalen.
- Dr. Fedor Strahl (langjähriger DBV-Vorsitzender in Niedersachsen und stellvertretender DBV-Präsident, heute noch ständiger Berater des Präsidiums und Vertreter des NABU bei den Spendenwaschvereinen DUH und Euronatur) war Eigner der Chemiefirma Weserland KG und als Sprecher der Gruppe Nord der bundesweiten Lackindustrie an Diskussionen über zur Täuschung dienenden Umweltsiegeln beteiligt.<sup>100</sup> Der DBV reagierte auf die Veröffentlichung dieser Tätigkeiten des Spitzenfunktionärs in „natur“ mit Drohungen gegen die Redaktion.
- Der Schatzmeister im NABU-Präsidium, Joachim Wagner, ist Direktor der Rheinischen Hypothekenbank, die sich im Besitz (97,6%) der Commerzbank befindet. Dort sitzen wiederum Hoechst, VEBA, Bayer und RWE im Aufsichtsrat.
- Für jeweils vier Jahre werden die Mitglieder des Kuratoriums gewählt. Es soll das Präsidium beraten. Mitglied sind u.a. Prof. Hartmut Graßl, Geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hanns Michael Hölz von der Deutschen Bank, Walter Homolka, Sprecher der Geschäftsführung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft und Detlev von Livonius vom Otto-Versand.<sup>101</sup>

### Sonstige Kooperationen

In vielen Zeitungen von Naturschutzbund, Naturschutzjugend oder Untergliederungen prangen Anzeigen bekannter umweltzerstörender Firmen. Als Mitte der 90er Jahre in Mittelhessen um eine Müllverbrennungsanlage politisch gestritten wurde, veröffentlichte die Naturschutzjugend Hessen einige Male eine Anzeige der Betreiberfirma Herhof (Trockenstabilat) in ihren Heften.

Oft hält der hauptamtlich bezahlte Präsident, Jochen Flasbarth, selbst die Industriekontakte. So war er maßgeblich beteiligt an den Gesprächsrunden zwischen großen Verbänden und Bundesregierung zum Thema „Elbauen“, die von der Otto-Stiftung organisiert und bei der örtliche Initiativen ausgegrenzt wurden.<sup>102</sup> Noch deutlicher wurde Flasbarths Suche nach Industriekontakten bei seiner Mitarbeit in der Jury eines Commerzbank-Umweltpreises. Mit Foto und Funktionärstitel macht er auf den Broschüren der Commerzbank Werbung, neben ihm saßen in der Jury vor allem Wirtschaftsbesitzer von Commerzbank oder dem Verband Deutscher Ingenieure sowie die Bundesumweltministerin Angela Merkel. Ergebnis:



1996 wurde der erste Preis an eine Zulieferfirma für Automobilkonzerne vergeben. 1997 erhielt den Preis die Vorwerk & Co. Teppichwerke GmbH für die Wiederverwertung von auf dem Werkgelände anfallenden Teppichresten. Die Vorbeurteilung der eingehenden Wettbewerbsarbeiten erfolgte durch den industrieorientierten Umweltverband A.U.G.E. (siehe Kap. 3.2.7).<sup>103</sup>

In verschiedenen Aussagen zeigte sich der zunehmend leichtfertige Umgang des Naturschutzbundes mit Wirtschaftsunternehmen. Offenbar stand einer Ausdehnung der Sponsorings nur lange fehlende Professionalität des aus alten Vogelschutzzeiten trägen Verbandes im Wege.

**Im Original: Jochen Flasbarth, Präsident des NABU, in „Ökosponsoring“ (NNA-Berichte 4/1994, S. 51)**

Auch der NABU hat den ursprünglich als „Unternehmensspenden“ geführten Finanzierungsbereich zum Sponsoring ausgebaut. Die Zielsetzung des Sponsorings läßt sich für den NABU auf einen kurzen Nenner bringen: Da die Aufgaben und Projekte des Verbandes bei weitem die eigenen Mittel übersteigen, geht es schlicht um die Finanzierung geeigneter Projekte. ... Die häufig geäußerte Befürchtung, ein Verband könnte durch einen Sponsorpartner seine Unabhängigkeit verlieren oder das sponsernde Unternehmen könnte auf die Politik und ganz konkrete Positionen des Verbandes Einfluß nehmen, hat sich in der Praxis als unbegründet erwiesen.

**Beispiel: NABU-Präsident Jochen Flasbarth auf dem Deutscher Umwelttag**

Im Verlauf des Deutschen Umwelttages 1992 forderte Flasbarth die stärkere Einbindung der Automobilindustrie und beschimpfte die KritikerInnen der Industriedominanz auf dem DUT.

Als eigenwirtschaftlichen Bereich baute der DBV in den 70er Jahren den DBV-Verlag sowie später weitere Firmenzweige auf. Darunter waren die DBV-Tours, die etliche Flugreisen anboten.<sup>104</sup> Die Verlagsmacher stammten aus der Vogelschutzecke und führten das Geschäft in den alten inhaltlichen Feldern selbständig weiter, auch nachdem sich der Verband thematisch geöffnet hatte. Hinzu kam die Entscheidung des Verbandes, viele Büroarbeiten in die neue Geschäftsstelle nach Bonn zu holen, wodurch die alte Verwaltungseinrichtung in Kornwestheim überflüssig wurde.<sup>105</sup> Heute sind diese Firmen eigenständig, spielen für die Arbeit des NABU keine Rolle und tragen auch nicht mehr den gleichen Namen wie der Verband, der sich zwischenzeitlich in Naturschutzbund Deutschland umbenannte.

Wenig kritisch gehen auch viele Untergliederungen des Naturschutzbundes mit Firmenkooperationen um. Beliebte Partner sind z.B. die regionalen Energieversorgungsunternehmen.<sup>106</sup>

### **Weitere Geldquellen**

Kampagnen zur Mitgliederwerbung oder Spendenakquise entstanden bundesweit erst in den 90er Jahren. Auch hier waren die ersten Ansätze bemerkenswert niveaulos, z.B. das Aufdrucken des Emblems (Storch mit Schriftzug) auf Billigbonbons. Jochen Flasbarth verteidigte diese Öffentlichkeitsarbeit gegen Kritik aus der Naturschutzjugend. Merkmal für die heute strategischere „Jagd“ nach dem Geld ist auch, daß der Naturschutzbund Mitträger der großen Spendenwaschanlagen im Naturschutz geworden ist, der Deutschen Umwelthilfe und der Stiftung Europäisches Naturerbe. Über Fedor Strahl, einem langjährigen Förderer von Jochen Flasbarth und selbst früher Inhaber einer Lackfabrik, wurde der NABU erstmals personell im Vorstand der Stiftung vertreten.

Als Beispiel für ein finanzielles Großprojekt aus Staats- und Firmengelder kann die Blumberger Mühle dienen, die der NABU zum Informationszentrum ausbaute.

– 5,4 Mio. DM von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

- 7,4 Mio. DM vom Land Brandenburg einschl. genutzter EU-Mittel.
- 1,5 Mio. DM aus Spenden, vor allem der Firma Tengelmann.<sup>107</sup>

### **F. NABU, esoterische bzw. rechte Ideologie und Gruppen**

Aus dem Naturschutzbund sind deutlich weniger rechte Bezüge bekannt als beim BUND. Dramatisch ist dagegen die Geschichte im Nazideutschland: Der Reichsbund für Vogelschutz war die Naturschutzorganisation, dem alle anderen gleichgeschaltet wurden. Eine Vergangenheitsaufarbeitung fand nach 1945 nicht statt, der Nazi-Verband wurde auch nicht aufgelöst, sondern als Bund für Vogelschutz weitergeführt (siehe oben zur Geschichte). Daß aus dieser Zeit keine spürbaren rechten Bezüge mehr existieren, zeigt wie unpolitisch und staatshörig der Vogelschutzbund immer war – über den Vogel- und Heimatschutz hinaus gab es kaum politische Orientierungen. Er paßte sich sofort den neuen Gegebenheiten an.

Eine Verbindung zu rechten Ideologien könnte im jetzigen Naturschutzbund aus dem autoritär-unpolitischen Bildungsansatz (Erlebnispädagogik) und aus einer Nähe vieler Ortsgruppen zur Ideologie des Heimatschutzes entstehen, wo die eigene Region einen besonderen Wert hat durch die Tatsache, dort geboren bzw. aufgewachsen zu sein. Aus den überregionalen Ebenen und damit der prägenden Wirkung nach außen hat die Modernisierung des Verbandes solche Bezüge verdrängt.

### **G. Themen und politische Positionen**

Seit der Gründung und bis heute ist die naturwissenschaftliche Arbeit ein wesentlicher Schwerpunkt des Naturschutzbundes. Schon in den 80er Jahren gründeten sich einige, meist von Landesverbänden getragene Institute, biologische Stationen oder Naturschutzzentren. In Landes- und Bundesverbänden gab es verschiedene Arbeitskreise zum Arten- und Biotopschutz, meist zur Naturkunde, z.B. zur Erforschung der Tierwelt. Bei der Fusion mit dem ostdeutschen Naturschutzbund 1990 übernahm der Gesamtverband dessen Struktur der Bundesfachausschüsse. In diesen wird fachlich gearbeitet, jedoch gelangen nur selten Initiativen oder Ergebnisse nach außen. Die in den Fachausschüssen engagierten Personen sind überwiegend politisch desinteressierte NaturwissenschaftlerInnen. Zu den Fachausschüssen wurde ein koordinierender wissenschaftlicher Beirat geschaffen, also insgesamt eine dem BUND vergleichbare Struktur, jedoch mit stärker im Naturkundlichen liegenden Themenfeldern.<sup>108</sup>

Das Gut Sunder in Niedersachsen führt regelmäßig Seminare durch und erhielt nach einigen Jahren den Namen „Akademie“, was ebenfalls auf den wissenschaftlichen Schwerpunkt hinweist.

Seit über 30 Jahren ruft der Naturschutzbund einen „Vogel des Jahres“ aus, der in den konkreten Projekten und der Öffentlichkeitsarbeit eine wesentliche Rolle spielt. War zu Beginn noch der Schutz der Art im Mittelpunkt, so ist die Idee des Jahresvogels heute ein Kampagnenansatz, in dem verschiedene Inhalte von Arten- über Biotopschutz bis zu raumplanerischen und sonstigen Themen auftauchen können.

Obwohl der Einfluß von Jägern und Förstern zurückging, ist er dennoch zu spüren. Deutlich wurde das, als die Umweltverbände gemeinsam (immerhin!) versuchten, eine Zertifizierung für Holz aus naturnahem Waldbau zu schaffen. Zum Start gab es drei Siegel. Neben dem WWF, der seine internationalen Beziehungen zu Holzhändlern behalten wollte, scheiterte das gemeinsame Siegel auch am NABU und seiner Rücksichtnahme auf die Förster im

Verband. Er kreierte ein eigenes Zeichen unter dem Namen „Ecotimber“. Die fachlichen Anforderungen waren geringer, das Spritzen von Holzstapeln im Wald war nicht ausgeschlossen, naturnahe Waldparzellen waren nicht vorgeschrieben.<sup>109</sup> Die drei Siegel hielten sich aber nicht, es erfolgte schließlich doch eine Einigung auf das FSC-Siegel.

### 3.2.3 Worldwide Fund for Nature (WWF)

Vom WWF ist das Kürzel und sein Emblem, der Panda-Bär, bekannter als der genaue Name. So konnte dieser unbemerkt einige Male geändert werden. Ursprünglich als World Wildlife Fund gegründet, zeigte der Titel, daß es vor allem um Tiere ging. Im Vordergrund standen große Tiere, die Säugetiere der Serengeti oder andere populäre Arten. Auch in Deutschland standen die großen und bekannten Arten im Vordergrund, z.B. der Seeadler oder der Kranich. Die draußen operierenden WildhüterInnen nannten sich standesgemäß „Ranger“, am liebsten in olivgrüner Uniform und gleichfarbigem Geländewagen im selbstlosen Kampf für die bedrohte Kreatur. Mit diesen Bildern ließ sich auch Kasse machen. Schon früh war der WWF der professionellste Spendeneintreiber.

Heute versucht er, sein thematisches Spektrum zu erweitern und in umweltpolitischen Debatten mitzuwirken. Dazu passen seine Namensveränderungen. Angehängt wurde „for nature“, dann das Ganze geändert in World Wide Fund for Nature (seit 1986). Gemerkt hat das kaum jemand, denn die Abkürzung blieb gleich.

Der WWF Deutschland hat heute 116 Hauptamtliche in der Zentrale in Frankfurt sowie 7 Außenstellen<sup>110</sup>, etwas mehr als 200 Ehrenamtliche und 160.000 FördererInnen ohne Rechte. Weltweit zählt der WWF 5 Mio. FördererInnen.

Im Original: Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, zitiert nach natur 11/86 (S. 25) im Text über den WWF

„... handlungsfähig in dieser Welt ist nur jener“, so die Philosophie von Prinz Philip, ... , „der auch die Rechnungen für Rettungskosten der zerstörten Umwelt bezahlen kann.“

Verbandsmanager Dietrich Haag zur Vorstandslinie des WWF im gleichen Text (S. 28)

„Wir müssen wie ein Unternehmen handeln ...“.

#### A. Kurze Geschichte

Der deutsche WWF ist Teil der internationalen Organisation. Das ist, neben den hohen Spendeneinnahmen, eine Parallele zu Greenpeace. Auch die Struktur hat Ähnlichkeiten: Eine allmächtige Zentrale und stimmrechtslose Mitglieder, denen nur die Pflicht des Geldzahlens zukommt.

Der WWF Deutschland wurde 1963 gegründet, und zwar als Stiftung. Stiftungsstrukturen weisen in der Regel keinen demokratischen Unterbau auf. Im WWF regieren drei Gruppen mit unterschiedlichem Gewicht: Der eher repräsentierende Stiftungsrat, der Vorstand und die Geschäftsführung. Neben der zentralen Geschäftsstelle in Frankfurt verfügt der WWF Deutschland über verschiedene Außenstellen, besetzt mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen (Wattenmeerschutz, Kranichschutz, Auenschutz, Umweltpädagogik usw.). Anfang der 80er Jahre gab es Versuche, regionale Untergliederungen, z.B. Landesbeiräte, zu bilden. Gelingen ist das dem zentralistisch regierten WWF jedoch nicht.<sup>111</sup>

Der internationale WWF entstand zwei Jahre vor der Deutschland-Sektion. Mit dabei waren viele namhafte Adelige oder sonstige Prominente aus Politik, Adel, Wirtschaft und Medien – u.a. aus dem Apartheid-Regime in Südafrika. Den finanziellen Grundstock legte der

„Club 1001“, eine von Prinz Bernhard (Niederlande) organisierte Gruppe reicher Leute, die je 10.000 Dollar „Eintrittsgeld“ zahlen und mit Sonderkonzerten, Opern usw. verwöhnt wurden. Ihr Geld, zusammen 4,3 Millionen Mark, wurde zur Grundlage der Arbeit. Aus den Zinsen sollten die Verwaltungskosten des WWF gedeckt werden, alle weiteren Spenden zu 100 Prozent den Naturschutzprojekten zukommen.<sup>112</sup>

Die Gründung des WWF in Deutschland hatte einige Besonderheiten zu bieten: Der Stiftungsrat wurde auf Lebenszeit gewählt. Das hatte Folgen. Bis 1980 lief in Deutschland wenig, während andere WWF-Sektionen und vor allem der WWF-International längst sehr professionell arbeiteten. Das änderte sich schlagartig, als der Major a.D. und ehemalige VW-Chef Kurt Lotz das Ruder übernahm. Die lahmen Stiftungsratsmitglieder (der erste Stiftungspräsident war Hans-Dietrich Genscher, der offenbar anderweitig beschäftigt war) wurden abgeschoben, Lotz setzt eine professionell arbeitende Geschäftsführung ein. Die Spendeneinnahmen stiegen daraufhin schnell an. Schon 1985 hatten sie sich verzehnfacht auf 7,5 Millionen Mark jährlich, 1995 waren es 28,4 Mio Mark. Damals war der WWF nach Greenpeace die zweitreichste Umweltorganisation in Deutschland.<sup>113</sup>

Seit einigen Jahren ist Carl-Albrecht von Treuenfels Chef des WWF, erstmals also ein Mann, der kein Quereinsteiger aus Politik oder Wirtschaft ist, wenn er diesen auch sehr nahe steht und keinen Kurswechsel in den Wirtschaftskontakten eingeleitet hat. Wichtiger internationaler Partner und auch Helfer bei der Gründung des WWF war die IUCN, die bereits seit 1948 besteht, damals als „International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources“ und heute „World Conservation Union“. (siehe Kap. 3.11.2)

## **B. Wer ist im WWF?**

Da die FördererInnen des WWF innerhalb des Verbandes keine Rolle spielen, werden sie auch nur über Mailings, Rundschreiben oder die WWF-Zeitschrift informiert. Die Werbung läuft über bunte Bilder von Tieren und Landschaften, z.T. auch über solche Medien, die Tierliebe und unpolitische Mitleidsgefühle ansprechen. Damit dürfte der WWF ein Spektrum erreichen, daß sich für Natur- und Umweltpolitik nicht interessieren muß, um Geld für die Rettung bedrohter Tiere zu geben.

Die Aktiven des WWF sind dagegen meist langjährige Naturschutz-AktivistInnen. Oftmals wechseln Personen in den WWF, die in anderen Organisationen lange gearbeitet haben und in die besser dotierten Posten des WWF abgeworben werden. Fachlich geschultes Personal ist im WWF noch prägend – anders als z.B. bei BUND oder NABU, wo immer häufiger marketing- und betriebswirtschaftliche Kenntnisse wichtiger sind.

Viele WWF-Funktionäre sind Jäger, so der jetzige Vorsitzende Treuenfels und der frühere Chef Asche. Der internationale Chef Prinz Casimir Wittgenstein ist Trophäenjäger und betreibt eine Legebatterie. Einen Skandal löste der Großwildjäger Bellinger aus, der im WWF-Spitzenremium saß und auf seinen Reisen z.B. Leoparden schoß. Er residierte in einer Wohnung voller Jagdtrophäen, was dem WWF und z.B. WWF-Unterstützer Heinz Sielmann bekannt war. Bellinger brüstete sich in einem eigenen Video, das seine Jagd aufzeichnete und dessen Text er nachträglich selbst aufsprach, mit seinen Taten. Er sei von „verschiedenen Herren aus dem WWF“ zum Spitzenfunktionär im Verband gemacht worden. In insgesamt 9 Fällen wurden Bellinger Tiere ohne Jagd- und Ausfuhrgenehmigung beschlagnahmt, er schoß auf Leoparde und Elefanten.

Im Original: WWF-Aussagen zu Bellinger aus einem Interview mit einem Funktionär (Videomitschnitt<sup>114</sup>)

... er engagierter Jäger sei – und ich muß sagen, daß sind in unserem Stiftungsrat mehrere Mitglieder, denn der WWF ist schließlich auch von Jägern gegründet worden.

### **C. Die interne Struktur: Büros ohne Basis**

Ein Blick in den Stiftungsrat von 1986: Unter anderem finden sich Ex-Verteidigungsminister Georg Leber, Ex-VW-Chef Lotz, Versandhausboß Neckermann, Holsten-Brauerei-Chef Klaus Asche sowie einige weitere oft zweifelhafte Industrielle und Adlige. Man nahm, wenn man als Prominenten kriegen konnte. Und das hatte manchmal peinliche Folgen. So gab es Streit um Holstenbrauereichef Asche, weil der sein Bier in Dosen abfüllte. Richtig zum Skandal kam es, als der WWF-Spitzenfunktionär Knut Bellinger seine Reisen um die Welt nicht zum Schutz der Wildtiere nutzte, sondern munter dieselben auf der Großwildjagd massakrierte. Immerhin: Der WWF trennte sich von ihm. Dann war da noch ein bemerkenswerter Geschäftsführer mit Namen Schumann. Vorher war der Prokurist der Firma Interatom, die Erbauer des Schnellen Brüters in Kalkar.<sup>115</sup>

Der heutige Vorsitzende arbeitet hauptamtlich, kann damit auch zeitlich eine hohe Dominanz über den zentralistisch geführten Verband ausüben.<sup>116</sup>

Die FR berichtete am 8.8.2000, daß zwischen den Geschäftsstellen des WWF Streitigkeiten bestehen würden, weil der Geschäftsführer der Zentrale in Frankfurt, Georg Schwede, verlangen würde, daß sich die Fachbüros „unterordnen“ sollten.

Im Original: Kurz Lotz, damals WWF-Vorstandschef im WWF-Journal 3+4/86 (S. 5)

Die Lösung der weltweiten Umweltprobleme erfordert weiteren technischen Fortschritt und auch wirtschaftliches Wachstum – nur in die richtige Richtung.

Kurt Lotz in einem Interview mit der Zeitung „natur“, Nr. 11/86 (S. 32-36)

Ich habe den großen Vorzug gehabt, mit Otto Hahn, mit Werner Heisenberg in der deutschen Atomkommission zusammenzuarbeiten und habe gelernt, als Laie im Urteil über Technik vorsichtig zu sein.

### **D. WWF, Staat und Parteien**

Der WWF hat von seinen FunktionärInnen und seinen Finanzquellen her scheinbar wenig Nähe zum Staat. Einzelne PolitikerInnen sind eher wegen ihrer Prominenz in WWF-Gremien. In der konkreten Politik (siehe unten) orientiert sich aber kein anderer Verband so eng an Regierungen und staatlichen Institutionen. Der Naturschutz von oben in Reinstform, d.h. die Durchsetzung ökologischer Ziele mit Mitteln der Macht, stellt die grundlegende Strategie des WWF dar. Er versucht, Polizei, Militär, Weltbank oder Behörden für seine Ziele einzusetzen – oder läßt sich von diesen direkt Kompetenzen übertragen. So wirken WWF-geführte oder -ausgebildete Ranger-Trupps z.B. in Afrika wie paramilitärische Ökomilizen, in Europa sind WWF-Aufpasser in verschiedenen Schutzgebieten unterwegs, allerdings mit geringeren Vollmachten.

### **E. WWF, Markt und Wirtschaft: Geld von überall**

Der WWF war der erste der größeren Verbände, der weitreichende Kooperationen mit der Industrie einging. Als z.B. 1986 der damalige Vogelschutzbund mit der Commerzbank über ein Sponsoring verhandelte, verließ die Commerzbank die Verhandlungen, weil der DBV zu unprofessionell arbeiten würde. Sie ging ... zum WWF. Der war damals längst zum Meister der Wirtschaftskooperationen geworden, lange bevor die Deutsche Umwelthilfe und die Stiftung Europäisches Naturerbe als professionelle Spendenwaschanlagen des BUND und später auch des Naturschutzbundes ins Rampenlicht traten.

Von Beginn an hatte der WWF wenig Anstoß an der Zusammenarbeit auch mit bekannten Umweltzerstörern unter den Großfirmen gefunden. Das zeigten der VW-Chef auf dem Posten des Vorstandsvorsitzenden (Tochterfirma VW do Brasil holzte die Regenwälder für große Rinderherden ab), die Spitzenfunktion des Holstenbrauereichefs Klaus Asche, der sein Bier zu einem großen Teil in Dosen abfüllen läßt, und etliche weitere Persönlichkeiten. WWF, Holstenbrauerei und Heinz Sielmann führten jahrelang eine Werbekampagne durch, bei der der Kauf von Holstenbier je 10 Pfennig für den WWF brachte. In der Zeitung WWF-Journal 3+4/86, also kurz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl, fand sich eine Anzeige des Atomkonzerns Siemens AG. Im Laufe der Zeit setzte sich immer mehr das Motto „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich gänzlich ungeniert“ durch. Heute arbeitet der WWF mit allem zusammen, was sich kriegen läßt, z.B. entstand 1997 ein gemeinsamer Aktienfonds mit einer Tochter der Deutschen Bank.<sup>117</sup> Der Panda wirbt für Bügeleisen und Autos – dem WWF scheint es völlig egal zu sein, wo das Geld herkommt.<sup>118</sup>

Zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen nimmt der WWF nicht Stellung. Markt und Staat werden als Rahmenbedingungen stillschweigend akzeptiert. Der ehemalige Chefredakteur des WWF-Journal und späterer Gründer der „Ökologischen Briefe“, Edgar Gärtner, zeigte rund um die Klimakonferenz im Sommer 2000 in Bonn offen sein prokapitalistisches Denken.

**Im Original: Edgar Gärtner in „Nachhaltige Entwicklung/Warum die „Klimapolitik,“ nichts als Anmaßung ist“ vom 14. Juni 2000<sup>119</sup>**

Man muß den Einzelnen die Freiheit lassen, ihr angeborenes und erlerntes Wissen zu mobilisieren, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen, ihre je eigenen Interessen und Zwecke zu verfolgen, muß aber durch einen gesetzlichen Ordnungsrahmen dafür sorgen, daß sich die Menschen bei ihren Entscheidungen an den Preissignalen des Marktes orientieren ... Um eine Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, bedarf es also im Prinzip keiner Soziologen, dafür aber unparteiischer öffentlicher Institutionen zum Schutz des Lebens und des Eigentums, zur Durchsetzung des Vertragsrechts und zur Förderung des Wettbewerbs ... Es geht im praktischen Leben schlicht um die Entscheidung, ob man zum Beispiel in einen bestimmten Börsenwert ... investiert oder lieber an einer Lotterie teilnimmt. ... ist zu befürchten, daß bei einem „vorsorglichen“ radikalen Umbau der heutigen „Verbrennungswirtschaft“ zur globalen „Solarwirtschaft“ nicht nur stoffliche Grundlagen unseres Wohlstandes auf der Strecke blieben, sondern auch Essentials wie Freiheit und Selbstverantwortung.

### Wirtschaftsleute im Vorstand

Von Beginn an versuchte der WWF, bedeutende Persönlichkeiten aus Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft in den Vorstand zu bringen. Die entscheidende Führungsperson der letzten Jahre war der ehemalige VW-Vorstandsvorsitzende Kurt Lotz.<sup>120</sup> Er brachte weitere Manager im Vorstand unter. Sein Nach-Nachfolger und jetzige Vorsitzende ist Carl-Albrecht von Treuenfels, kein Vertreter der Wirtschaft, sondern Buchautor und Jäger. Aus ähnlicher Ecke kommt auch der Tierfilmer Heinz Sielmann, ebenfalls WWF-Funktionär. Wirtschaftsleute im Vorstand oder Stiftungsrat der letzten Jahren:

- Hans-Olaf Henkel, in den 90er Jahren als Präsident des Bundes Deutscher Industrie (BDI) einer der profiliertesten Verfechter des Neoliberalismus in Deutschland.<sup>116</sup>
- Josef Neckermann vom gleichnamigen Versandkaufhaus.<sup>116</sup>
- Klaus Asche, Chef des Bierdosenkonzerns Holstenbrauerei, war kurze Zeit Vorstandsvorsitzender des WWF (Vorgänger von Carl Albrecht von Treuenfels).<sup>116</sup>
- Knut Bellinger, Textilfabrikant aus Köln und Großwildjäger, der gerne auf Safari fuhr und dabei auch geschützte Jaguare tötete. Der WWF trennt sich von ihm nach Bekanntwerden seiner Wilderei (siehe oben).<sup>121</sup>

- Dr. Michael Otto vom gleichnamigen, größten Versandhaus Europas. Er wurde 1995 Stiftungsratsvorsitzender des WWF. 1991 wählte ihn der WWF zum Öko-Manager des Jahres, weil er Produkte des Otto-Versandes ausgetauscht und den Katalog auf chlorfrei gebleichtem Papier (nicht: Recyclingpapier) druckte.<sup>122</sup>

1989 stellte der WWF einen neuen Geschäftsführer für Planung und Organisation ein. Dieser war zuvor Justitiar und Prokurist der Firma Interatom, Tochterunternehmen von Siemens und beteiligt am Bau des Schnellen Brüters in Kalkar.<sup>116</sup>

### Spenden und Sponsoring

Etliche Firmen waren oder sind finanzielle Unterstützerinnen des WWF, unter anderem:

- Otto-Versand<sup>122</sup>
- Holstenbrauerei (1984 Gründung des Holsten-Naturschutzfonds; Werbekampagne mit Heinz Sielmann für Sponsoring an den WWF)<sup>120</sup>
- IBM Deutschland (ca. 1,5 Mio. DM für eine Wattenmeerzentrum)<sup>123</sup>
- Commerzbank (Geld für Plakate und Ausstellung von 1983 bis 1987)<sup>124</sup>
- American Express<sup>125</sup>
- Artenschutzkreis des Kürschnerhandwerks (Pelztierindustrie)<sup>123</sup>
- AOK: Gemeinsame Aktion „Jugend schützt Natur“<sup>126</sup>
- Gestaltung von ICE-Loks mit großem Pandaaufdruck – obwohl der ICE der erste Zug war, der von der Energiebilanz und den Landschaftsschäden beim Bau der Trassen her kaum noch das Prädikat „umweltgerechtes Verkehrsmittel“ verdient.

Abgewiesen hat der WWF den Kooperationswunsch einer Saffirma, die in Kartonverpackungen abfüllt, und einer US-Schnellimbibäckerei.<sup>123</sup> Hier war offenbar das Gewissen stärker als die Gier nach Geld. Anders dagegen bei der Firma Unilever, trotz derer Chemieprodukte und ihrer Lebensmittelmarken IGLO und Langnese, die beide für umweltunverträgliche Tiefkühlkost und verantwortungslose Produktions- und Fangmethoden stehen. Aus dem Bock sollte der Gärtner werden und IGLO vom WWF als Vorzeigebetrieb in Sachen Fischfang aufgebaut werden.<sup>127</sup>

Im März 1997 geriet der WWF International mit seiner Schweizer Sektion in Streit und insgesamt in die Öffentlichkeit. Die Weltwoche berichtete, daß der Konzern ABB dem WWF 0,5 Millionen Dollar überwiesen hatte. Der zog sich einige Zeit später von Protesten gegen die Firma, die ein umstrittenes Staudammprojekt auf Borneo plante, zurück. Der Schweizer WWF protestierte vergeblich.<sup>128</sup>

Mitte der 90er Jahre folgte eine Kooperation mit AEG (gehört zu Daimler-Benz) unter dem Banner „Consens 25“. Diese Aktion paßte zu den vom WWF initiierten Prozeß, Industrie und Umweltschutz insgesamt als Partner darzustellen: Gemeinsamkeiten, Freundschaft, ein faires Miteinander und das Ende der Konfrontation. In der Kooperation mit dem WWF erhalten AEG-Geräte die „Grüne Fliege“, ein „Symbol für Menschen, die in unserer Gesellschaft persönlich Verantwortung übernehmen“<sup>129</sup>.

Zur gleichen Zeit begann die Kampagne „Zirkel 2005“, in der deutsche Unternehmen zusammen mit dem WWF über den Klimaschutz nachdenken. Mit dabei u.a. die Axel Springer AG, Deutsche Bahn AG, Lufthansa AG, Viessmann und Ytong.<sup>130</sup>

1997 startete der „Panda Renditefonds“ von WWF und DWS Investmentfonds, einem Unternehmen der Deutschen Bank. Der Fonds erfüllt keinerlei ökologische Qualitätskriterien, einziger Umweltaspekt ist, daß der WWF aus jeder Anlage einen Anteil als Spende erhält.<sup>131</sup>

Eine weitere Aktionsebene ist die Zusammenarbeit des WWF mit Großbanken, die Gläubiger von Entwicklungsländern sind. Der WWF berät die Banken (z.B. Commerzbank, Welt-

bank) bei der Ausformulierung von Umweltschutzaufgaben, die mit dem Erlaß von Schulden gekoppelt werden – Ökoimperialismus pur. Mit Geld wird Macht ausgeübt, zum Wohle der Umwelt zwar, aber über die Machtorgane im jeweiligen Land ohne jegliche Mitsprache der Menschen in den Ländern, die es betrifft.<sup>132</sup>

Auf seiner Internetseite nennt der WWF als Beispiele für Firmenkooperationen: CSC Ploenzke AG, Dresdner Bank AG, GLOBAL Finanz Gruppe, Panda Versandhandel, Pro Futura, STADApHarm GmbH, Sun Microsystems GmbH, Villeroy & Boch AG „und vielen anderen“.<sup>133</sup>

Zusammen mit der Zeitschrift „Capital“ prämierte der WWF jährlich die Ökomanager des Jahres. Deutlich sichtbar wurde der Hang zu Großkonzernen und VertreterInnen von Industrie und Industrielobby. Die Preisträger reichen vom ehemaligen BDI-Präsidenten und Vordenker des Neoliberalismus, Hans-Olaf Henkel (Preisträger 1992, damals noch Geschäftsführer von IBM Deutschland) über August Oetker (1995), Jürgen Zech vom Gerling-Konzern (1998), Deutsche-Bahn-Privatisierer Hartmut Mehdorn (1999, damals noch Vorstand der Heidelberger Druckmaschinen AG) bis zu Gerd Tenzer, Vorstand der Telekom AG (2000). In der Jury sitzen neben dem WWF-Präsidenten und dem Capital-Chefredakteur ein Vertreter des BDI sowie Wissenschaftler aus dem Bereich Betriebswirtschaft und je eine Person der ökokapitalistischen Verbände B.A.U.M. und Future.<sup>134</sup>

Sponsorings zeigen oft auch, wie die Naturschutzverbände von der Industrie beurteilt werden – kritischen Gruppen würden Konzerne wohl kaum Geld geben, schließlich könnte es ihnen selbst schaden.<sup>135</sup>

**Im Original: Michael Arretz von der Otto-Stiftung in einem Vortrag, veröffentlicht in „Öko-Sponsoring“ (NNA-Berichte 4/1994, Schneverdingen, S. 47)**

Der WWF stellt uns sein Know-How gerne zur Verfügung. ...

Die wichtigsten Partner für den Otto Versand sind seit vielen Jahren die Umweltstiftung WWF Deutschland und der Naturschutzbund Deutschland – große, gut geführte, mitgliederstarke Organisationen mit hoher Akzeptanz in der Öffentlichkeit ...

Es kann nicht die Sache eines Großunternehmers sein, in ideologischer Hinsicht Position zu beziehen. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit einer Organisation, die bewußt provoziert, Grenzüberschreitungen um der öffentlichen Aufmerksamkeit willen kalkuliert in Kauf nimmt oder durch spektakuläre Aktion gezielt vermeintliche oder tatsächliche Umweltsünder an den Pranger stellt, ist deshalb grundsätzlich für uns nicht denkbar. Der ideale Partner ist vielmehr ideologisch ungebunden, macht rationale Erwägungen zum Maßstab seines Handelns, besitzt einen hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung, ist unumstritten und für alle akzeptabel.

### Versand und Vermarktung des Pandas

Anders als die meisten der großen Umweltverbände „verkauft“ der WWF sein Signet, den Panda, ohne jegliche ökologischen Kriterien. Für die benannten Kooperationen bestehen zwar Richtlinien, in denen auch die besondere Umweltgerechtigkeit der Firmen benannt sind,<sup>136</sup> diese werden aber angesichts der Liste der Kooperationspartner offenbar vom WWF nicht beachtet. Firmen, die den WWF dafür mit 5-10 Prozent des Verkaufserlöses fördern, dürfen das Signet als Werbung auf ihre Produkte setzen. Folgende Firmenkooperationen entstanden bis 1997 unter Verwendung des Panda-Zeichens: Procter&Gamble (für die Wegwerfwindel „Pampers“), Opel (für das erste Katalysatormodell gegen 250.000 DM Spende für einen Nationalpark sowie aktuell beim Sommer-/Wintercheck), Ritter-Sport (Schokolade, Signet für Verpackungsdesign „Choc für Life“), Lestra (Kinderschlafsack), Atemgold plus, Die Woche (Zeitung), Boehringer Mannheim (Pharmakonzern), Barclays Bank (Kreditcard), Bertelsmann, Microsoft, Aurora Backwaren (neben dem Panda mit irre-



führendem Aufdruck „aus kontrolliertem, umweltfreundlichen Getreideanbau“), Fernsehsender Premiere, Time Life, Hailo (Dampfbügeleisen und Bügelbretter), Citizen (Uhren), Briefmarkenhaus Krüger (Telefonkarten), Ytong (Betonsteine), Hohes C (Saft u.a. in Einwegflaschen), Sigg Bottle (Aluflaschen), Carl Kühne (u.a. Senfhersteller).<sup>137</sup>

Für die Vermarktung des WWF-Emblems ist eine gesonderte Firma mit dem Namen PAN-DA Fördergesellschaft für Umwelt mbH (PFG) gegründet worden, diese Geldeinnahmequelle ist also strategisch geplant und gewollt.

Neben der Stiftung WWF und der Panda-Vermarktungsgesellschaft mbH besteht die PAN-DA-Versandhandel GmbH, die per Katalog Waren vertreibt.

1997 schuf der WWF ein zusätzliches Angebot für Firmen: Die können sich jetzt Werbebeschenke mit eigenem Firmenaufdruck vom WWF liefern lassen – Weihnachtspostkarten, Weinflaschen- oder Handtuchhalter, Taschenmesser usw.<sup>138</sup>

## **F. Themen und politische Positionen:**

### **Naturschutz im Großen und mit den Großen**

Der WWF war nie ein Fall für die vielen kleinen Aufgaben des Naturschutzes. Während BUND, Vogelschützer oder andere Organisationen um jeden Bach oder Baum kämpfen (wenn auch mit wenig erfolversprechenden Mitteln), so setzte der WWF rund um den Globus Geld und politische Beziehungen ein, um große Schutzprojekte umzusetzen. Wirkungsvoll war und ist er damit vor allem außerhalb der Industrienationen, wo der Einsatz harter Währungen viel bedeutet, weil Land und Leute billig zu haben sind. So konnte der WWF dort quadratkilometerweise Großschutzgebiete schaffen und die Bilder z.B. über nahestehende Personen wie Heinz Sielmann nach Deutschland in die Medien bringen, um hierzulande den Spendeneingang aufrechtzuerhalten. Wo der WWF entwicklungspolitisch steht, zeigte sich u.a., als er 1986 positiv befand, den Erdnußexport aus dem Senegal zu stärken, damit von den Erlösen Lebensmittel für die Bevölkerung gekauft werden können.<sup>139</sup> Einer der Kooperationspartner war und ist die Weltbank.<sup>140</sup> Wenn z.B. die USA wegen dem Schutz von Schildkröten Importstopps über arme Länder verhängen,<sup>141</sup> ist dem WWF das recht, wohingegen bei Vergehen von Industrieländern oder bei den Großkonzernen regelmäßig beide Augen zugedrückt werden.

Die Menschen und Kulturen in Ländern, in denen der WWF tätig waren, interessierten die Organisation in der Regel nicht. Der WWF geht mit Geld und Kontakten zu den Mächtigen und verwirklicht seine Naturschutzziele „von oben“.<sup>142</sup>

**Im Original: Auszüge aus der Selbstdarstellung des WWF in „Deutschen Umwelttag '92 – Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände“ (1992, Frankfurt, S. 242)**

Die Umweltstiftung WWF setzt sich für die neunziger Jahre folgende Ziele:

Aufbau von Kontakten, Sicherung von Informationsaustausch und Kooperation mit den deutschen Institutionen der Entwicklungshilfe, ...

Verhandlungen mit deutschen Banken über die Umwandlung von Schulden in Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes (Debt for Nature Swaps) unter der Trägerschaft des WWF, ...

Mitwirkung des WWF an wichtigen nationalen und internationalen Koordinationstreffen, z.B. ... Jahrestagungen der Weltbank ...

Es ist unbestreitbar, daß der WWF auf diese Art und Weise Raubbau an Naturlandschaften weltweit immer wieder verhindert oder verlangsamt hat. Seine Gebietskäufe oder die Schutzausweisungen standen früher im Einzelfall sogar Konzernen aus den reichen Ländern der Welt im Weg. Doch insgesamt stützt der WWF mit seinen Bemühungen internationale Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen. Diese Analyse gilt auch für das Wirken des

WWF Deutschland. Sein Bemühen, z.B. für Seeadler und Kranich Schutzgebiete zu sichern oder die Brutplätze zu bewachen, sind einer der Hauptgründe für die Rettung dieser Arten und das Anwachsen der Populationen in den letzten Jahren. Dennoch entdemokratisieren sie den Naturschutz und stärken die Kontrolle von Staat und Wirtschaft über gesellschaftliche Fragen wie die Nutzung von Flächen.

**Im Original: Auszug aus dem WWF-Faltblatt „Erfolge 1996 – Aussichten 1997“**

Nur wer seine Kräfte bündelt, kann meßbare Erfolge erzielen. Das hat der WWF erkannt und 1996 konsequent beherzigt.

**Auszüge aus dem Faltblatt „Klappe auf – WWF“**

So sind bis heute auf Initiative und mit Hilfe des WWF 270 Nationalparke in aller Welt entstanden. ... Schwerpunkte in den Aktivitäten des WWF-Deutschland für die kommenden Jahre sind der Schutz der Wälder, der europäischen Flußauen, des Wattenmeeres und der Nord- und Ostsee.

Die Art des Naturschutzes „von oben“ ist in den konkreten Kampagnen des WWF gut erkennbar. Beispiele:

- Global 200: Der WWF legte eine Karte mit Vorschlägen für 232 Großschutzgebiete vor, die nach seiner Meinung die Grundlage für das Überleben der Artenvielfalt schaffen würden. Der Großteil der Flächen lag in den ärmeren Ländern, bei den wenigen Gebieten in Industrienationen waren ländliche Gegenden ausgewählt. Deutlicher ließ sich kaum darstellen, daß Peripherieräume die ökologische Ausgleichsfläche der Metropolen sind.
- Teilnahme an der Expo 2000: Der WWF war einer der wenigen Umweltverbände, die sehr früh und offensiv an der Expo 2000 mitwirkten. Der WWF stellte auf der Expo sein Projekt „Global 200“ vor.<sup>143</sup>
- Debt for Nature Swaps: Schon seit vielen Jahren versucht der WWF, Naturschutzaufgabe mit Schuldenerlassen für Länder in Asien, Afrika oder Lateinamerika zu koppeln. Da die Schulden den Nationalstaaten erlassen werden, würden die Auflagen auch über diese umgesetzt, d.h. die jeweilige Bevölkerung wäre in das Verfahren gar nicht eingebunden.
- Der WWF war immer ein Befürworter der Jagd, sogar der Trophäenjagd in Afrika, die sehr deutlich die Herrschaftsstruktur zwischen Industrienationen und afrikanischer Bevölkerung deutlich macht. Auch heute noch sind die Reichen die Jäger, während die AfrikanerInnen das geschossene Wild bergen, zerlegen, die Trophäen aufbereiten, die Waffen reinigen, die Jäger zu den Schußplätzen bringen usw.<sup>144</sup> In der ZDF-Sendung „Umwelt“ (Ende 1994, Moderation: Volker Angres) verteidigte der WWFler G. Merz die Jagd als wichtige Geldquelle für Schutzprojekte (siehe Kap. 3.11.2).

Ein weiterer Schwerpunkt des WWF ist der internationale Artenschutz, d.h. den Schutz der Arten vor illegalem Im- und Export lebend oder als Souvenir. Hierzu hat der WWF eine Artenschutzzentrale unter dem Namen TRAFFIC eingerichtet.

### 3.2.4 Greenpeace

Der Geldkrösus unter den deutschen Naturschutzverbänden ist eindeutig Greenpeace. 72,7 Mio. Mark nahmen die UmweltschützerInnen, die ihren Sitz in Hamburg haben, im Jahr 1995 ein. Im Jahr darauf fiel der Betrag leicht auf 69,6 Mio., so daß die Ausgaben höher waren als die Einnahmen. Dann folgten 68,8 und 1998 wieder der Sprung über 70-Mio-Marke mit 71,5 Mio. DM Einnahmen, schließlich 1999 65,4 Mio DM (als „betrü-

lich“ wird das im Jahresbericht kommentiert) und 68,5 Mio DM in 2000.<sup>145</sup> Selbst zusammengerechnet bekämen die anderen Umweltverbände kaum mehr Spendeneinnahmen zusammen. Greenpeace ist ein Kampagnenverein. Große, teilweise internationale Aktionen stehen im Vordergrund. Die Kleinarbeit in Regionen oder Orten überlassen sie anderen. Vernetzung suchte Greenpeace bis vor wenigen Jahren nur sehr selten, stattdessen gab es Verärgerung, wenn GreenpeacerInnen in einem Ort mit ihrer Kampagne auftauchten und die örtlichen Naturschutzgruppen nichts davon wußten. Fehlender Austausch mit anderen herrscht zwischen allen Umweltgruppen, aber Greenpeace war die Organisation, die am meisten darauf baute, alleine klarzukommen. Ihr Kampagnenstil war lange für die großen Umweltverbände wie BUND und Naturschutzbund auch kaum mitzugehen, dazu waren deren ehrenamtlichen Strukturen zu schwerfällig. Denkbar wäre nur eine Kooperation mit Robin Wood gewesen, die aber als Abspaltung aus Greenpeace eine starke Kritik an der Struktur des Verbandes hatten, sowie mit größeren Bürgerinitiativen etwa im Anti-Atom-Bereich.<sup>146</sup> Greenpeace hat 120 feste MitarbeiterInnen und 517.000 FördererInnen. In den 90 Regional- und Aktionsgruppen engagieren sich zudem ca. 2.000 ehrenamtliche Aktive, 2.500 sollen es nach GP-Angaben in den Greenteams sein, dem Projekt Einkaufsnetz haben sich über 170.000 Personen angeschlossen. Die Strommarke Greenpeace energy hatte Mitte 2001 über 12.000 KundInnen<sup>147</sup>.

Greenpeace ist als einziger großer Umweltverband nie Mitglied im Deutschen Naturschutzring gewesen – auch das zeigt die Orientierung auf sich selbst. Einzig im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist Greenpeace Mitglied, diese Mitgliedschaft spielt aber seit Jahren keine Rolle mehr.

### **A. Kurze Geschichte<sup>148</sup>**

Greenpeace wurde 1971 gegründet. Seit 1979 arbeitet der eingetragene Verein international, Greenpeace Deutschland e.V. ist ein Teil des Ganzen. Hauptsitz der internationalen Arbeit ist Amsterdam, Greenpeace in Deutschland hat seine Zentrale in Hamburg und betrieb einige Jahre nach 1990 ein Ostbüro in Berlin. Bei Greenpeace International gibt es einen Hauch von repräsentativer Demokratie. Die nationalen Greenpeaceorganisationen schicken ihre VertreterInnen in das „Council“, in dem die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden.

Greenpeace Deutschland wurde 1980 gegründet. Die erste Zeit war von Krisen und Streit um die Strukturen geprägt. Die Abspaltung derer, die für Basisdemokratie eintraten, ließ einen Haufen von UmweltschützerInnen zurück, die sehr hierarchische Strukturen aufbauten. Fast ein Jahrzehnt waren nicht nur die ohnehin von jeder Mitbestimmung ausgeschlossenen FördererInnen, sondern auch die Aktiven in den Regionalgruppen weitgehend außen vor, wenn es um neue Kampagnen, um Wahlen oder Stellenbesetzungen ging. Das änderte sich erst, als um 1990 die Diskussion neu entbrannte und den Regionalgruppen daraufhin eigenständige Handlungsebenen sowie eine eigene Vertretung, die mitreden konnte, zugestanden wurden.<sup>149</sup> Die eigentliche Bekanntheit von Greenpeace geht jedoch schon auf die Zeit vor der Gründung des deutschen Vereins zurück. Die internationalen Einsätze für Wale, Robben usw. brachten die „RegenbogenkämpferInnen“ auf die Bildschirme in Deutschland. Deutsche AktivistInnen waren schon früh dabei.

In jüngster Zeit ist der deutsche Einfluß auf Greenpeace International stark gestiegen. Der Ex-Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, Thilo Bode, wechselte auf den gleichen Posten im internationalen Hauptquartier.<sup>150</sup> Sein Nachfolger in Deutschland wurde zunächst Burkhard Gnärig, vorher Geschäftsführer von Terre des Hommes, und dann Walter Homol-

ka, vorher bei Bertelsmann und anschließend bei der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft der Deutschen Bank. Beide hatten eines gemeinsam: Sie waren und sind vor allem Manager, nur in zweiter Linie oder gar nicht Umweltschützer. Unter ihrer Führung verlor Greenpeace seinen aggressiv-wirtschaftskritischen Kurs, es blieb eine Mischung aus Kritik und Dialog. Angesichts des Gesamttrends der Umweltbewegung von der Straße in die Kungelrunden der Mächtigen muß auch für Greenpeace eine Verstärkung dieser Tendenz befürchtet werden. Dann würden aus ehemaligen Schlauchbootbesatzungen Verhandlungsdelegationen. Zur Zeit ist Greenpeace zwar an vielen Verhandlungstischen präsent, hat solche Lobbyarbeit aber nicht zu einem Schwerpunkt gemacht.

Weltweit gibt es 2,5 Millionen Greenpeace-FördererInnen, ein Fünftel davon in Deutschland. Auch das zeigt, wie wichtig Deutschland bzw. die mitteleuropäischen Greenpeacebüros sind.

Beide genannten Geschäftsführer scheiterten innerhalb kurzer Zeit, seit 1999 wird Greenpeace von Brigitte Behrens verwaltet – einer Geschäftsführerin, die aus der Greenpeacearbeit kommt.

## **B. Wer ist bei Greenpeace?**

Neben den wenigen stimmberechtigten Mitgliedern hat Greenpeace nur FördererInnen. Diese werden offensiv vor allem im Zusammenhang mit den Kampagnen von Greenpeace angeworben. Eine direkte, persönliche Betreuung gibt es nicht. Daher ist davon auszugehen, daß die Greenpeace-FörderInnen auch aus dem Spektrum kommen, das mit den Themen und Aktionsformen angesprochen wird – SympathisantInnen aus dem BildungsbürgerInnentum, unter gesellschaftlichen Eliten bis hin zu die Aktionen bewundernden Jugendlichen. Der schnelle Erfolg des Greenpeace-Jugendprojektes Greenteams zeigte, wie stark der Name Greenpeace z.B. in Familien und in Jugendkreisen verankert ist.

Eine Mischung aus Aktivität und Förderung stellen die Greenpeace-Ortsgruppen dar. Hier finden sich idealistisch orientierte Menschen, vor allem StudentInnen oder junge AkademikerInnen. Sie unterstützen Greenpeace durch Öffentlichkeitsarbeit oder führen begrenzte eigene Aktionen durch.

## **C. Die interne Struktur: Wie ein Konzern**

Demokratie ist bei Greenpeace eher ein Fremdwort. Ein Blick auf die Strukturen zeigt deutlich: Oben wird entschieden, unten (z.B. in den Regionalgruppen) wird nach den Vorgaben gearbeitet. Selbst ein von Greenpeace selbst in die Öffentlichkeit gebrachtes Schema in ihrer Schrift „Struktur“ zeigt:

- Alle Pfeile laufen von oben nach unten.
- Einzige Ausnahme: Die (ausgewählten) 40 stimmberechtigten Mitglieder wählen den Aufsichtsrat. Dieser Aufsichtsrat ernennt die Geschäftsführung. Unter den 40 Mitgliedern befinden sich je ein Viertel MitarbeiterInnen, Personen des öffentlichen Lebens, Aktive aus den Regionalgruppen und Gäste von Greenpeace-Büros anderer Länder.
- Alles weitere ist Sache der Geschäftsführung. Greenpeace agiert über seine Zentrale und die dort hauptamtlich arbeitenden Personen.
- Die „campaigner“ setzen die Themen, mit denen sich dann auch die Regionalgruppen zu befassen haben.

Aus der beschriebenen Struktur ergibt sich der Hauptkritikpunkt, den viele UmweltschützerInnen Greenpeace vorhalten: Die hierarchische Struktur. Schon in der Gründungszeit von Greenpeace Deutschland gab es darum Streit mit der Folge, daß sich einige Gruppen ab-

spalteten und Robin Wood gründeten – eine Organisation, die sich bewußt basisdemokratisch organisieren wollte. Den bekannteren Namen allerdings behielt Greenpeace. Mit ihm ließen sich massiv Spendenkampagnen durchführen. Und die Deutschen reagierten spendenbereit: Für die spektakulären Einsätze, für die Bilder von geretteten Robbenbabies, für die überwältigenden Fotos der Wale und der Rettungsaktionen griffen sie tief ins Portemonnaie. Die Spende an Greenpeace gehört zu den Ritualen einer Nation, die es nie gelernt hat, selbst zu handeln, sondern immer wieder andere machen läßt (dafür dann aber auch zu zahlen bereit ist). Daß Greenpeace oft nur massive Spendenwerbung betreibt ohne den Versuch, die angesprochenen Menschen zu eigenem Engagement zu bringen, wird von vielen UmweltschützerInnen sehr kritisch gesehen. Greenpeace würde damit zur Verdrängung der Tatenlosigkeit bei vielen Menschen beitragen.<sup>151</sup>

**Im Original: Bildunterschrift und Text aus der FR vom 24.10.1995**

Man rettet die Umwelt nicht, man läßt retten ... Ablaß von den Regenbogenkämpfern.

... wenn es irgendwann und irgendwo einmal strategische Überlegungen gegeben hätte, wie dem gefährlichen Nachdenken über unser kapitalistisches und ausbeuterisches System die Spitze zu nehmen und Widerstand in Bahnen zu lenken sei, die gerade noch verträglich sind: Greenpeace hätte das Ergebnis solcher Überlegungen sein können. ... Die Menschen im Land scheinen sich eben damit abgefunden zu haben, daß Greenpeace&Co. ihre Stellvertretung in Sachen Umwelt übernommen haben.

Greenpeace selbst hat seine Konzernstrukturen konsequent ausgebaut. Die eigene Zeitung „Greenpeace-Magazin“ ist an Kiosken zu kaufen. In ihr zeigt sich die unabhängige Position von Greenpeace zur Industrie, im Heft finden sich keine Anzeigen. Greenpeace lebt von Einzelspenden und hat es finanziell nicht nötig, Firmenanzeigen oder -spenden anzunehmen. Das bringt eine hohe Unabhängigkeit gegenüber Staat und Konzernen. Zudem hat die Organisation einen eigenen Versandhandel aufgebaut, über den weniger Umweltprodukte als Greenpeace-Werbeträger verkauft werden. Trainingsanzüge und andere Kleidungsstücke verkaufen sich eben besser, wenn das Zeichen der Öko-HeldInnen auf ihnen zu finden ist. Zusammen mit Verlagen hat Greenpeace etliche Bücher, Unterrichtshilfen und Kalender herausgebracht.<sup>152</sup>

Die Konzernstruktur von Greenpeace hat weitere Nachteile, die erst beim näheren Hinsehen auffallen. Dazu gehört Mißmanagement, wie der mehrfache Wechsel in der Geschäftsführung bewies (siehe oben). Kritik wurde 1999 an Vorgängen um das Greenpeace-Flugzeug „Catalina“ laut, das viel Geld verschlang und schließlich im Museum landete.

**Im Original: Auszüge aus der Stichwortsammlung „Geheimakte Catalina“ (Markus Rosch, 31.5.1999)**

Wie Greenpeace Spendengelder in Millionenhöhe verschleudert ... ist die Bilanz der letzten Jahre verherrend. Beispiele: Ölbohrinsel Brent Spar: Zuerst Panikgeschrei auf allen Kanälen, wenig später folgt die kleinlaute Entschuldigung bei Shell. Sparauto Smile: Die Pläne für ein Dreiliterauto verschwinden nach großem Medien-Tam-Tam und Investitionen in Millionenhöhe in der Schublade. Chaos in der Führungsspitze: Drei Geschäftsführer geben sich nacheinander die Klinke in die Hand. Sie erhalten hohe Abfindungen ... Bislang erwies sich die Greenpeace-Führung als reformunfähig. Das bestätigt uns ein hochrangiger Mitarbeiter der Greenpeace-Zentrale. Weil er um seinen Job fürchtet, will er unerkannt bleiben. GP-Mitarbeiter: „Bei allen Mitarbeitern unterhalb der Bereichsleiterenebene herrscht ein Klima der Angst und des Mißtrauens. Dies wird durch Verhalten und Druck der Bereichsleiter erzeugt. Reformen können nur schwer durchgesetzt werden. Aktuelle Vorschläge, ein wirksames Controlling einzuführen, haben bei den starren Strukturen wenig Aussicht auf Erfolg.“

Alle Arbeitsabläufe sind optimiert und durchgestylt, vieles dadurch routiniert. Alles aber, was nicht in das Konzept paßt, hat kaum eine Chance. Dazu gehören Kooperationen mit ande-

ren. Die eingespielten Entscheidungsabläufe würden bei vernetzten Aktionen nur noch teilweise gelten, weil Rücksicht auf die Partner zu nehmen wäre. Zudem gilt dann die Grundlogik aller Greenpeaceaktionen nicht mehr: Der Ertrag (Geld und Image) muß höher sein in die Kosten – auch das läßt sich bei Kooperationen schlechter kalkulieren. Greenpeace müßte teilen lernen, und das erscheint unvorstellbar. Zusammenarbeit klappt erst seit einigen Jahren und ist weiter die Ausnahme.<sup>153</sup> Das Beispiel der Castor-Transporte zeigt jedoch, daß Entwicklungen möglich sind und der Selbstbezug von Greenpeace weder politisch noch aktionstechnisch nötig ist. Früher mißlangen Kooperationen fast immer, Greenpeace bekam Aktionen nur dann hin, wenn es ohne andere oder ohne Absprachen handelte, was in der Anti-Atom-Szene immer wieder kritisiert wurde. Die Greenpeace-Aktionen, z.B. Schienenblockaden, waren durchaus effektiv, aber immer unkoordiniert. In den letzten Jahren hat Greenpeace stärker versucht, das Konzept vielfältiger, kooperativer Aktionsformen beim Castor auch selbst umzusetzen. Das hat den Widerstand insgesamt gestärkt – Absprachen fehlen zwar immer noch, aber die verschiedenen Aktionen greifen jetzt ineinander und verstärken sich gegenseitig.<sup>154</sup>

### **Darf die Basis denken?**

Im ersten Jahrzehnt von Greenpeace Deutschland, nach der Abspaltung von Robin Wood, gab es gar kaum Diskussionen. Die Regionalgruppen sollten die Kampagnen der Greenpeace-Zentrale mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Ihr Auftrag: Infostände, Vorträge, Veranstaltungen zur Information und vor allem zum Spendensammeln. Eigene Aktionen durften die Gruppen gar nicht durchführen oder höchstens dann, wenn die Zentrale sie dazu aufforderte. Nach der Trennung der auf mehr Basisdemokratie drängenden Gruppen, die dann Robin Wood gründeten, blieben solche Regionalgruppen zurück, die ihre unselbständige Rolle akzeptierten. In den Veröffentlichungen von Greenpeace wurden nur die spektakulären Aktionen vorgestellt und die FördererInnen als wichtigste Basis beschrieben. Die Regionalgruppen blieben unerwähnt. Im Laufe der Zeit kamen aber neue Personen hinzu, um 1990 herum flackerte die Debatte wieder auf. Diesmal reagierte Greenpeace und lockerte die festen Rahmenbedingungen. Formale Änderungen blieben zwar weitgehend aus, jedoch wird die Freiheit der Regionalgruppen heute anders gehandhabt: Greenpeace-Gruppen können auch eigene Themen anpacken, lokale Bündnisse eingehen und bundesweit mitbestimmen.<sup>155</sup> Immer noch gibt es aber aus den Gruppen Klagen über zu enge Fesseln, Vorgaben über einen Mindestspendeneintrag pro Jahr usw. Kritik aus der eigenen Basis kennen die GreenpeacerInnen in der Zentrale inzwischen auch bei ihren Kampagnen. Viele Gruppen trugen die Aktionen für das 3-Liter-Auto bzw. das SmiLE-Konzept nicht mit, weil sie den Autowahn grundsätzlich ablehnen. Mit einer Sonderbeilage zum Greenpeace-Magazin stärkte die Zentrale im Dezember 1996 die Regionalgruppen auch per Öffentlichkeitsarbeit. Im Mittelpunkt stand damit erstmals die Vielfalt der Basis und nicht die zentralen Kampagnen.

#### **Im Original: Auszug aus einer Selbstdarstellung von Greenpeace über ihre Struktur**

Eine internationale Organisation, in der viele nationale Büros an globalen Umweltproblemen arbeiten, benötigt klar strukturierte Entscheidungswege, um schnell und effizient zu bleiben.

#### **Auszug aus der Broschüre „Greenpeace in Aktion“ (S. 3+4)**

Angesichts des schnellen Wachstums der Umweltschutzorganisation bleiben Spannungen zwischen der Hamburger Zentrale und den ehrenamtlichen Gruppen nicht aus. Umfangreiche Diskussionen haben seit Ende der 80er Jahre dafür gesorgt, daß sich an der Situation der Gruppen vieles geändert hat. ...

Zur Verbesserung der Mitbestimmung gründete sich 1992 ein „Beirat der Gruppen“, der in wichtigen Fra-

gen gehört wird und zum Beispiel auch über die Einrichtung von Projektstellen in den Gruppen entscheidet. Denn seit Ende der 80er Jahre führen die Gruppen eigene Projekte durch und können dafür zeitlich befristete Stellen auf Teilzeitbasis beantragen. ...

Die Arbeit der ehrenamtlichen GreenpeaceInnen hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Standen früher Infostände, Unterschriftensammlungen und Vorträge im Mittelpunkt, gewinnt heute die eigenständige Projekt-Arbeit zunehmend an Bedeutung.

**Auszug aus einem Interview mit Thomas Rother, Ex-Greenpeace Esslingen, später Internet-Koordinator der Regionalgruppen (Schrift „Greenpeace in Aktion“, S. 15)**

Wegen meines Studiums habe ich ab 1985 die Greenpeace-Arbeit für drei Jahre ruhen lassen. Diese studienbedingte Pause hatte auch etwas mit Unzufriedenheit zu tun, die zum großen Teil bedingt war durch lokale Probleme, aber auch durch Art und Weise des Wachstums und die mangelnde Transparenz in der Entscheidungsfindung bei Greenpeace. Ein Wir-Gefühl gab es damals nicht. Manche Leute trennen heute immer noch zwischen Hamburg und den Gruppen, aber ich sehe diese Trennung nicht mehr.

Wie in anderen Verbänden auch wurde die Aktivität in den Basisgruppen von Greenpeace Ende der 90er Jahre deutlich schwächer, etliche Basisgruppen lösten sich auf – ein Unterschied zu Verbandsgruppen mit Vorstand usw., die als Apparat auch dann weiterbestehen, wenn kaum noch Aktivität da ist.

Völlig anders als die sonstige Struktur von Greenpeace entwickelte sich die Idee der Greenteams. Gut und lange vorbereitet startete 1990 der Versuch, Kinder und Jugendliche für die Greenpeacearbeit zu motivieren. Dabei wurde ein pädagogisches Konzept verwirklicht, das eine hohe Eigenständigkeit der Gruppen bei guter Unterstützung durch die Zentrale vorsah.<sup>156</sup> Die jeweiligen SachbearbeiterInnen im Bereich Jugend waren für Kooperationen offen und verteilten sogar Nicht-Greenpeace-Materialien an die Greenteams.<sup>157</sup> Leider übertrug sich dieses offene Denken nicht auf die Hauptorganisation. Die „Greenteams“ waren qualitativ und quantitativ ein Erfolg. 1996 gab es nach Angaben von Greenpeace 1800 Gruppen<sup>158</sup>. Greenpeace bezog auch umweltpädagogisch bemerkenswert radikale Positionen, die im Widerspruch zur herrschenden, unpolitische Erlebnispädagogik standen und nur vergleichbar waren mit den Positionen aus den Umwelt- und Projektwerkstätten, die seit 1990 die staatliche und staatsnahe Umweltpädagogik kritisierten.

Die Erfolge von Greenpeace, mit spektakulären Aktionen und umfangreichen Kampagnen bestimmte Themen massiv einzubringen, rechtfertigen die innere Struktur nicht. Es gibt keinen Grund, warum diese Arbeitsweise nicht auch auf regionaler und lokaler Ebene möglich sein sollte. Die Verknüpfung, wie sie zwischen Greenpeace Deutschland und Greenpeace International besteht, könnte sich auch nach unten fortsetzen. Warum das nicht geschieht, bleibt letztlich offen – für die Arbeit wäre sie nicht störend. Ganz im Gegenteil würde eine Offenheit gegenüber eigenständigen Aktionen auf regionaler und lokaler Ebene sowie für Kooperationen mit anderen unabhängigen Gruppen (Robin Wood, BBU, Umwelt- und Projektwerkstätten usw.) die Schlagkraft des Umweltschutzes insgesamt fördern. Viele hochmotivierte und erfahrene Leute in Greenpeacegruppen können ihr Potential zur Zeit nicht ausschöpfen. Daß Greenpeace diese Möglichkeiten nicht nutzt, kann finanziell bestimmt sein. Wenn regionale und lokale Gruppen eigenständig agieren oder Greenpeace mit anderen regionalen Organisationen kooperieren würde, würden auch die gesamten Spendeneingänge aufgeteilt werden müssen. Ob der zusätzliche Eingang ausreichen würde, daß die Bundesebene gleichviel Geld behält, ist eher unwahrscheinlich.

Greenpeace hat eine eigene Anlaufstellen für Menschen über 50 Jahre aufgebaut mit dem Ziel, diese als wesentliche UnterstützerInnen für Greenpeace-Kampagnen zu gewinnen. Gedacht ist dabei an Infostände, kampagnenbegleitende Protestschreiben und -telefonate, Lobbyarbeit usw. Name für die Gruppen und die Aktion: „Team Fünfzig Plus“.

**Im Original: Kritik an Greenpeace – Auszüge aus einer persönlichen Darstellung des ehemaligen Greenpeacers und jetzigen Robin-Wood-Aktivistin Klaus Scheerer (in Robin Wood, 1984: Vor uns die Wälder, Rowohlt, Reinbek, S. 59-64)**

Die noch relativ junge deutsche Greenpeace-Sektion entwickelte sich rasch zum Teil zu einer Organisation, die heute aus unterschiedlichen Gründen gern als „Öko-Multi“ bezeichnet wird. ... mit der autoritären, zentralistischen Struktur und mit der Machtkonzentration auf eine kleine, nach internationalen Weisungen arbeitende Gruppe ... Fachkräfte waren aber nur dann gefragt, wenn sie anpassungswillig waren. ... Die Abriegelung gegen jeden Einfluß von unten funktionierte perfekt. ... Gegen einige von uns wurden bei Gericht einstweilige Verfügungen erwirkt, um uns zum Schweigen und die Spenden wieder zum Laufen zu bringen.

#### **D. Greenpeace, Staat und Parteien**

Nach außen tritt Greenpeace unabhängig vom Staat auf. Tatsächlich weist der Jahresbericht 2000 (siehe unten) keine staatlichen Einnahmen auf, Greenpeace lehnte eine Mitwirkung an der Ökostuerkampagne von BUND, NABU usw. ab, weil diese zu abhängig vom Bundesumweltministerium sei. Tatsächlich nimmt aber auch Greenpeace an Lobby- und Abstimmungsgesprächen mit staatlichen Stellen teil, ist sogar im internationalen Rahmen bei großen Konferenzen offiziell zugelassen. Allerdings stellt Greenpeace diese Aktivitäten nicht so stark in den Vordergrund, da es nicht zum Image der kämpferischen UmweltschützerInnen paßt.

Die Unabhängigkeit von staatlichen Geldern führt in Streitfällen zu eindeutigeren Stellungnahmen. Als im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 die Ökostuer an Zustimmung verlor, blieb Greenpeace eindeutig.

**Im Original: Presseinformation vom 2.4.1998**

Schluß mit der Heuchelei! Klimaschutz ist ohne höhere Benzinpreise nicht zu haben

Bemerkenswert war daher, daß die lange Zeit führende Greenpeace-Sprecherin in Deutschland, Monika Griefahn, SPD-Umweltministerin in Niedersachsen wurde (unter Ministerpräsident Gerhard Schröder) und später für die SPD in den Bundestag einzog.

#### **E. Greenpeace, das Geld und die Wirtschaft**

Die Organisation legt ihre Finanzlage vorbildlich jedes Jahr offen. PressevertreterInnen oder andere Interessierte können Jahresbericht und Bilanzen anfordern. Diese Offenheit ist ein Versuch, dem größten Imageproblem entgegenzuwirken, das Greenpeace in der Öffentlichkeit hat: Die Organisation gilt als reich. Am 31.12.1996 hatte sie über 60 Mio. Mark Rücklagen. Diese schwanken je nach Verlust oder Überschuss im Jahreshaushalt um diesen Wert, am 31.12.2000 waren es 61,6 Mio. DM. Grund ist das hohe Spendenaufkommen privater SpenderInnen.<sup>145</sup> Über Geldflüsse von Firmen gibt es nur Gerüchte, teilweise widersprüchliche. Greenpeace selbst gibt an, keine nennenswerten Summen aus der Industrie zu erhalten und sich sogar vorzubehalten, Industriegelder wieder zurückzuüberweisen.<sup>159</sup> Im Jahresbericht 2000 fand sich in den Spalten Industriesponsoring und staatliche Zuwendungen jeweils der Wert 0.

Ein Blick auf die Spendeneingänge 2000 zeigt, daß über die Hälfte des Geldes (34,5 Mio. DM) aus Spenden unter 100 DM Höhe stammten, nur ca. 4,1 Mio. DM kam aus Spenden über 500 DM. Greenpeace ist also vor allem bei KleinspenderInnen erfolgreich.<sup>160</sup> Dafür werden auch gezielte Werbekampagnen erarbeitet. Zusammen mit Aufrufen zu kleinen Hilfeleistungen (Email- oder Postkartenprotesten) lassen sich Kleinbeträge von vielen Menschen einwerben. Im November 1998 verschickte Greenpeace einen Werbebrief mit einem



Aufkleber. Der durfte erst z.B. am Auto oder Briefkasten befestigt werden, wenn eine Spende überwiesen war.

Ausgebaut hat Greenpeace in den letzten Jahren seinen Produkteverkauf. Schon seit langem sind Kleidung und andere Träger der Greenpeace-Zeichen. Inzwischen wird der Greenpeace-Name als Qualitätssiegel vergeben und verkauft. Damit ausgezeichnet sind u.a. Kalender, Schulhefte, Recyclingpapier, Kaffee, Holzparkett, Trinkwasserrohre und aufgerüstete Computer. Unter der Marke „Greenpeace energy“ wird seit Ende 1999 Strom verkauft mit dem Versprechen, nach max. drei Jahren (Stichtag: 1. Juli) die bezogene Strommenge in neuen Kraftwerken zu erzeugen.<sup>161</sup>

Greenpeace versucht sich, mit seinen Kampagnen und Vorschlägen im Rahmen der herrschenden Gesellschaft zu bewegen. Gesetzesübertretungen gehören zwar zum Konzept spektakulärer Aktionen und HeldInnenmythos, staatliche Gewalt oder profitorientierte Ausbeutung werden aber nicht thematisiert, sondern nur der Umweltaspekt benannt. Der ehemalige deutsche Geschäftsführer Thilo Bode formulierte dagegen eine Hoffnung auf neue Technik auf einer Tagung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft (Deutsche Bank), zu diesem Zeitpunkt war er internationaler Greenpeace-Geschäftsführer.

**Im Original: Thesenpapier von Thilo Bode auf Tagung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft am 3.7.1997**

Es ist ausgeschlossen, daß drei oder vier Milliarden zusätzliche Menschen mit der heute verfügbaren Technologie einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nachgehen können. Deshalb kommt den Unternehmen der Industriestaaten als Hauptakteure im Kapitalismus große Verantwortung zu.

## **F. Themen und politische Positionen**

Die Kampagnen sind das, was man von Greenpeace mitbekommt. Hinter den Kulissen läuft aber mehr, z.B. die Teilnahme an Gremien und politischen Debatten – insbesondere international. So hat Greenpeace einen offiziellen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der Internationalen Walfangkommission (allerdings ohne Stimmrecht).<sup>162</sup>

In der Kampagnenarbeit hat Greenpeace nun seit fast drei Jahrzehnten international bzw. zwei in Deutschland immer wieder den Ton angegeben und oft geprägt, was in der Umweltschutz-Öffentlichkeitsarbeit diskutiert wird. Viele der Aktionen auf und an den Weltmeeren, z.B. gegen Walfang, Robbenschlachten, die französischen Atomtests auf dem Mururoa-Atoll oder die geplante Versenkung der Ölplattform Brent Spar wurden zu monatelangen Themen in Zeitungen, Funk und Fernsehen. Für Greenpeace bedeutete das manchmal politische Erfolge, fast immer aber eine spürbare Zunahme der Spendeneingänge und auf jeden Fall einen großen Imagegewinn. Die „RegenbogenkämpferInnen“ waren in aller Munde. Mit nationalen Themen tat sich Greenpeace bedeutend schwerer. In den 80er Jahren waren vor allem die Besteigungen von Schornsteinen und Kühlwassertürmen ein Thema für die Medien.<sup>163</sup> Doch der politische Erfolg blieb in großem Umfang aus. Als im Management dann die Leute der ersten Stunde ausschieden<sup>164</sup>, machte sich bei Greenpeace eine neue Strategie breit: Innovativer Berater der Wirtschaft zu werden. Das erste Projekt war der FCKW-freie Kühlschrank. Erfunden von der Ex-DDR-Firma Foron, die (wie viele andere) von der westdominierten Treuhand zerschlagen werden sollte, drückte Greenpeace das Gerät mit viel PR-Begleitung auf den Markt, rettete die Firma und zwang die Konkurrenten wie AEG u.a. ebenfalls zum Umstieg. Bei dieser Kampagne sahen die meisten SkeptikerInnen noch über das Problem hinweg, das sich zwangsläufig ergibt, wenn sich eine Umweltorga-

nisation für Wohlstandsgeräte einsetzt. Der Foron-Kühlschrank, so sein Markenname, war zwar FCKW-frei, hatte aber alle anderen Nachteile, die elektrische Kühlgeräte haben, weiterhin.

Einen Imageverlust brachte Greenpeace dann die zweite Produktkampagne, das 3-Liter-Auto bzw. später das etwas differenziertere SmiLE-Konzept, das insgesamt Autotypen entschlacken und so sparsamer machen sollte. Viele UmweltschützerInnen nahmen Greenpeace übel, daß es mit dieser Arbeit all denen in den Rücken fiel, die den Individualverkehr insgesamt zurückdrängen und den öffentlichen Nahverkehr fördern wollten. Das Greenpeace-Auto sei vor allem etwas für die, die sonst ganz aufs Auto verzichten und aus Umweltbewußtsein mit Bahn, Bus und Fahrrad fahren würden. Greenpeace hat auf diese Kritik kaum reagiert, vieles deutet zur Zeit darauf hin, daß die Organisation insgesamt auf den aktuellen Modetrend „Dialog mit der Wirtschaft“ aufspringen wird, wobei die Vorschläge dennoch teilweise mit so harter Kritik an den Bossen der veralteten Wirtschaftsstrukturen verbunden sind, daß diese sich mit Klagen zu wehren versuchen.<sup>165</sup>

#### **Im Original: Auszug aus Greenpeace 1/97 zur Testfahrt im Twingo-Smile (S. 32)**

Gang einlegen, Gas geben, und das Auto drängt unpräventios nach vorne. Schon bei Motordrehzahlen unter 2000 kuppelt das halbautomatische Getriebe, das ohne Kupplungspedal funktioniert, weich ein. Auch beim Anfahren am Berg ist der 35 Kilo leichte Motor nicht abzuwürgen: Ein Druck mit dem Gaspedal, und die vorderen Reifen schleudern das nasse Laub vom Asphalt. Im Geräusch erinnert der beschleunigende Smile mit seinem leisten Pfeifen entfernt an die Ente von Citroen, klingt aber viel leiser und kerniger. Auch auf der Autobahnauffahrt zieht der Wagen kräftig durch. „Der Smile beschleunigt nicht langsamer als der Serien-Twingo“, urteilte der Kollege von „Auto-Bild“. Der Neuling „gibt einem das Gefühl, mit mindestens 1,5 Litern Hubraum unterwegs zu sein.“ Nach den Kategorien der PS-Branche ist ein größeres Lob für einen Motor mit winzigen 0,36 Litern Hubraum wohl kaum denkbar. ...

Fast ein bißchen peinlich ist es den Smile-Experten von Greenpeace, daß ihr Auto nach Tacho über 170 Spitze fährt. Um aus dem Smile ein noch besseres Öko-Auto zu machen, könnte deshalb zukünftig vielleicht ein Lämpchen vor zu hohen Geschwindigkeiten warnen. Etwa ab Tempo 100.

**Auszug aus einem Interview mit dem Gründer von Greenpeace Deutschland, Harald Zindler, in der Süddt. Zeitung vom 24.3.95 (zitiert nach einer Veröffentlichung zur Agenda/Eine-Welt-Arbeit in Osnabrück):**

SZ-Magazin: Trotzdem hat man den Eindruck, daß Greenpeace gerade das Auto, den Klimakiller Nummer eins, mit Samthandschuhen anfaßt. Schon der Ansatz 'weniger Verbrauch' ist sanfter als der allgemein übliche Ökologenansatz: 'Weg mit den Autos – rein in den Zug'. Warum?

Weil ich es ablehne, immer gegen die Autofahrer anzukämpfen. Vielen bleibt gar nichts anderes übrig, als das Auto zu benutzen. Diejenigen, die das Auto immer auf seine reine Transportfunktion reduzieren, reden an der Psychologie des Autofahrens völlig vorbei. Für die meisten ist ihr Wagen ein Wohnzimmer, wo sie ungestört in der Nase popeln oder Musik hören können. Das Auto ist eine kulturelle Institution. Deshalb wollen wir das Auto nicht abschaffen, sondern wir wollen zu Autos kommen, die keine fossile Energie verbrauchen, keine Abgase haben und total recycelbar sind. ...

### **3.2.5 Robin Wood<sup>166</sup>**

Der Anfang von Robin Wood liegt im Anfang von Greenpeace Deutschland. Nach wenigen Jahren spaltete sich der neugegründete Verein, denn für die innere Struktur gab es keine gemeinsame Lösung. Die einen wollten eine schlagkräftige Organisation und glaubten, dafür eine leistungsfähige Zentrale ohne Kontrolle durch die Basis und demokratische Abstimmungsverfahren schaffen zu müssen. Die anderen sahen den Umgang miteinander und die Entscheidungsprozesse als Teil der Arbeit selbst. Sie verließen 1982 Greenpeace und bildeten Robin Wood. Was sie als Idee behielten, waren spektakuläre Aktionen und eine hohe Professionalität. Auch Robin Wood macht Kampagnen, hat zwei gut organisierte Geschäfts-

stellen (Verwaltung in Bremen, Presse und Facharbeit in Hamburg) und führt eine umfangreiche, deutlich auch auf Imagewerbung und Spenden ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit durch. Der Lohn: Obwohl Robin Wood ein recht kleiner und basisorientierter Verband ist, stehen sie mit 1,48 Millionen Mark Einnahmen (1996, leichter Rückgang gegenüber 1995) und 10 festen MitarbeiterInnen deutlich besser organisiert da als z.B. der ähnlich basisorientierte BBU, der aber nur wenig professionell arbeitet. Das Jahr 1996 erbrachte für Robin Wood ein Defizit von 221.585 DM. Ende Januar 2002 gab es 2300 Mitglieder und 14 Regionalgruppen.<sup>167</sup> Wie bei anderen Verbänden war die Basisarbeit in den 90er Jahren rückläufig.

### **Geschichte der Organisation**

Der Name von Robin Wood war jahrelang Programm. Kurz nach der Abspaltung war das Waldsterben Thema Nummer eins. Robin Wood wurde dort schnell zu einem bekannten Verband, der mit spektakulären Aktionen, vor allem Schornsteinbesetzungen, das öffentliche Interesse anzog. Phasenweise konnte Robin Wood selbst Greenpeace das Wasser reichen. Regionalgruppen bildeten sich und Robin Wood baute seine damalige, für deutsche Umweltverbände einzigartige, basisdemokratische Struktur auf.

Mit dem Verschwinden des Waldsterbens aus den Medien verschwand auch Robin Wood. Die Aktivitäten blieben zwar ebenso wie das professionelle Vereinsblatt mit dem phantasielosen Eigenwerbetitel „Robin Wood“, große PR-Erfolge konnte der Verband aber lange nicht feiern. Einige Einzelthemen und -aktionen brachte er einzelweises in die Öffentlichkeit. So war Robin Wood wesentlich an der Thematisierung des Tropenholzimportes beteiligt. Auch im Verkehrsbereich tauchten die AktivistInnen immer wieder auf. Ende der 90er Jahre waren Mitgliederzahlen und Spendeneinnahmen leicht rückläufig. Greenpeace hatte das Medieninteresse wieder voll für sich zurückgewonnen.

Kooperationen aber waren eher spärlich, ganz ähnlich wie bei Greenpeace.<sup>168</sup> Ebenso wie bei Greenpeace eröffnete der Castor-Protest Ausnahmen. Robin Wood beteiligte sich an den Protesten und konnte z.B. im März 2001 einen spektakulären Erfolg mit der 17-Stunden-Einbetonierblockade landen. Es war ein Team an Robin-Woodlern und anderen Personen, die Verbandsorientierung von Robin Wood zeigte sich aber darin, daß statt inhaltlicher Vermittlung vor allem Robin-Wood-Symbolik und Werbung rund um die Aktion zu sehen war. 2001 gewann RoWo den Anti-Atom-Aktivisten Jochen Stay als hauptamtlichen Mitarbeiter. Ob dadurch umfangreiche Kooperationen entstehen können oder umgekehrt noch stärker die Profilierung des eigenen Verbandes im Vordergrund stehen würde, wird sich zeigen. Anfang 2002 gelang Robin Wood ein neuer Medien-Coup, als ein Castor einige Stunden mit einer Tripod-Blockade aufgehalten werden konnte. Die Aktion wurde erneut nicht mit politischen Positionen, sondern Robin-Wood-Werbung verbunden.<sup>169</sup>

### **Das Besondere: Die Entscheidungsstrukturen**

Robin Wood war ein Experiment basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen. Während die meisten Umweltverbände angepaßte, dem normalen Standard entsprechende Vereinsstrukturen einfach kritiklos übernahmen, hatte sich Robin Wood vorgenommen, selbst zum Beispiel für den Abbau zentraler Macht zu werden. Das hatte sich niedergeschlagen in einer ausgetüftelten Entscheidungsstruktur, bei der alle Regionalgruppen gleichberechtigt ein Entscheidungskollektiv bilden. Vorstände oder andere Gremien sollten nur das vereinsrechtlich Nötigste tun. Ganz ausgeschöpft wurden damit die Möglichkeiten aber nicht. Ro-

bin Wood wurde ein eingetragener Verein und mußte damit die Mindestvoraussetzungen erfüllen, die vom Gesetz her gestellt werden. Das setzte der Basisdemokratie Grenzen, denn das Vereinsrecht läßt nur Einschränkungen der Macht eines Vorstandes zu, nicht aber dessen Abschaffung. Konsequenter wäre gewesen, Robin Wood selbst als offene Organisation zu belassen und für Rechtsgeschäfte einen Trägerverein zu gründen mit formal notwendiger Struktur.

Doch es kam schlimmer: Im Laufe der Zeit wich die Basisdemokratie der Machbarkeits- und MacherInnenorientierung. Mit immer mehr Hauptamtlichen und öffentlichkeitswirksamer Kampagnenorientierungen dominierten die Geschäftsstellen den Verband völlig, sorgten mit Kampagnen und Veröffentlichungen für die Finanzierung von Robin Wood und sich selbst. Die PR-Strategie ähnelte den anderer Verbände. Kooperationen mit anderen wurden dadurch erschwert, daß die internen Abläufe stark routiniert und kaum noch flexibel waren. Wie bei anderen Organisationen erlebten die Menschen, die mit eigenen Ideen zu den Zentralen kommen, oft dasselbe: Wer sich mit eigenen Ideen engagieren will, ist nicht willkommen, sondern stört die eingefahrenen Abläufe. Nur wer hartnäckig ist, hat die Chance, etwas umzusetzen.<sup>170</sup>

### **Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Zeitung von Robin Wood, gemacht in der Redaktionszentrale in Bayreuth (auch hier bemühte sich Robin Wood, zentrale Strukturen zu meiden), hat immerhin eine Auflage von 11.000. Sie ist wichtiger Träger der Öffentlichkeitsarbeit. Ähnlich wie Greenpeace sind Kampagnen und PR-Arbeit der Schwerpunkt der Organisation. Nicht die Arbeit lokal bzw. im Detail, sondern das Eintreten für die grundsätzlichen Ziele und große Projekte prägen die Organisation.<sup>171</sup>

Robin Wood ist beteiligt an der Kampagne für ein Holz-Gütesiegel (ähnlich den Kennzeichnungen für die biologische Landwirtschaft), die auch von BUND, Greenpeace und Naturland mitgetragen wird – ein seltenes Beispiel für eine Kooperation zwischen den großen Umweltverbänden. Weitere aktuelle Kampagnen sind der Schutz der Taiga, Aktionen gegen den Transrapid und Atomtransporte sowie für eine Veränderung der Energie- und Verkehrspolitik. Insgesamt ist die Ähnlichkeit zu Greenpeace sehr hoch. Durch die interne Abmilderung der Hierarchie bei Greenpeace wären in Zukunft Kooperationschancen gegeben, wenn die Verbandsegoismen, die auch bei Robin Wood deutlich zu spüren sind, überwunden werden.<sup>172</sup>

Im Jahr 1997 schloß sich Robin Wood dem Werben für eine Ökosteuer an – und zwar mit den Ausnahmegenehmigungen für besonders umweltbelastende Konzerne. Bemerkenswert war, daß Robin Wood intern behauptete, diesen Vorschlag nicht zu unterstützen, aber in der eigenen Verbandszeitung nur die fehlende Besteuerung des Atomstroms bemängelte, alle anderen Ausnahmegenehmigungen aber mittrug.<sup>173</sup>

Peinlich war die Reaktion von Robin Wood auf die Erpressung des Lebensmittelkonzerns Nestle im Jahr 1998. Die ErpresserInnen argumentierten auch mit der Gentechnik von Nestle und nannten sich Robin Food. Robin Wood distanzierte sich von dem „erpresserischen Vorgehen der kriminellen Kampfgruppe“ und der Namenswahl, die „den Ideen unseres Namenspatrons Robin Hood“ schaden würde.<sup>174</sup>

### 3.2.6 Die Spendenwaschanlagen: Euronatur und DUH

Die Abkürzungen stehen für Stiftung Europäisches Naturerbe (bekannter unter dem Kürzel „Euronatur“) und Deutsche Umwelthilfe (DUH). Beide treten seit Jahren nach außen mit einigen spektakulären, aber niemanden störenden Projekten auf, z.B. die Finanzierung großer Schutzgebietsprojekte oder Aktionen der Umwelterziehung. Zudem werden viele Informations- und Selbstdarstellungsblätter herausgegeben. Beide Organisationen sind vom BUND gegründet worden, der NABU und andere stiegen später ein. Ihr eigentlicher Zweck ist, Spendengelder von Großfirmen einzuwerben, anzuhäufen und an die beiden Verbände, die sich die Geldannahme von Konzernen wie Daimler-Benz wegen des zu befürchtenden Imageverfalls nicht leisten können, entweder weiterzuleiten oder aber damit deren Projekte finanzieren.<sup>175</sup> Die Finanzgeschäfte von Euronatur und DUH sind schwer zu durchschauen, da beide Organisationen keine breite Basis haben, der sie Rechenschaft ablegen müssen. Dreh- und Angelpunkt ist die gemeinsame Geschäftsstelle in Radolfzell, nur wenige gewählte Funktionäre treten in Erscheinung.

**Im Original: Moderation der ZDF-Sendung „Kampfplatz Natur“ am 10.12.1995**

Radolfzell ist klassische Anlaufstelle für Ökosponsoren. Die Stiftung Europäisches Naturerbe und die Deutsche Umwelthilfe stehen willigen und finanzkräftigen Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite. ... Öko-Allianzen will man schneiden.

**Im Original: Auszug aus Euronatur 1/1994 (S.2)**

Damit war die Idee „Natur ohne Grenzen“ geboren, die wir mit Hilfe des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit der Gründung der Stiftung Europäisches Naturerbe umsetzten. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) stießen danach als weitere Stifter hinzu.

**Im Original: Auszug aus „Ein Portrait der Stiftung Europäisches Naturerbe“ in der Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz, 2/96 (S. 115)**

Gegründet wurde die Stiftung Europäisches Naturerbe (EURONATUR) im Jahre 1987 als Stiftung des privaten Rechts. Erster Stifter war der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Um eine bessere Vernetzung mit weiteren Verbänden zu erreichen, wurden die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) als zusätzliche Stifter gewonnen. ...

Die enge Verbindung vor allem zum BUND wird auch personell deutlich. Neben Claus Peter Hutter findet sich immer wieder der Name Gerhard Thielcke. Er war Vizepräsident der Stiftung Europäisches Naturerbe, Vorsitzender der Deutschen Umwelthilfe und einige Jahre Bundesvorsitzender des BUND. Lutz Ribbe, einst BUND-Hauptamtlicher und heute dort im Bundesvorstand, ist ebenfalls Mitarbeiter der Stiftung. Die Deutsche Umwelthilfe berichtet in ihren Heften auch immer wieder von Projekten, bei denen sie den BUND unterstützt. Am deutlichsten aber wird der enge Zusammenhang aus einem Schaubild im Jahresbericht 1989 des BUND-Bundesverbandes. Dort wurde die Stiftung Europäisches Naturerbe als BUND-Abteilung geführt. Im BUND-Bundesvorstand saß Mitte bis Ende der 90er Jahre als Schatzmeister Jürgen Rosemund, der gleichzeitig Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe war – ein kurzer Draht also zwischen dem BUND und seiner Spendenannahmestelle. Hinzu kam im Vorstand der Stiftung Europäisches Naturerbe der Ex-BUND-Bundesgeschäftsführer Lorenz Graf und der ehemalige stellvertretende NABU-Bundesvorsitzende und ehemalige niedersächsische NABU-Chef Dr. Fedor Strahl, der inzwischen Vizepräsident von Euronatur ist. Damit vergrößerte auch der NABU seinen Einfluß auf die attraktive Spendenwaschanlage. Daß gerade Strahl in das Gremium rückte, paßt zum Charakter der Stiftung: Strahl war Industrieller<sup>176</sup> und hat viel dazu beigetragen, den NABU vom VogelschützerInnenendesein zu einem professionellen, staats- und wirtschaftsnahen Verband mit

hohen Spendeneinnahmen umzubauen. Er ist enger Vertrauter von Präsident Jochen Flasbarth und hat dessen Aufstieg an die Spitze des Verbandes unterstützt.

Als weitere Plattformen für Spendenannahme gründete die DUH den Global Nature Fund, der unter anderem das Projekt „living lakes“ betreut (Expo-Projekt). Zudem gibt es noch Karl-Kaus-Stiftung, einer mit dem Geld eines Unternehmers arbeitenden Stiftung, bei der auch der Ex-BUND-Bundvorsitzende Gerhard Thielcke Vorsitzender war und deren Vorstand von Personen aus DUH und Euronatur kontrolliert wurde, u.a. waren neben Thielcke noch Claus Peter Hutter und Jürgen Resch im Vorstand.<sup>177</sup>

**Im Original: Auszug aus der Zeitschrift Ökotest 11/1991 (S. 11+12)**

So stecken hinter der Deutschen Umwelthilfe zwei Große der Branche: Der BUND und der Naturschutzbund. ... Der Löwenanteil des Geldes wird säuberlich geteilt: Die eine Hälfte für den BUND, die andere für den Naturschutzbund. „Kaskadenfinanzierung“ nennt man das Geschäft, das die Umwelthilfe perfektioniert hat, in der Spendenbranche: Der Spender gibt sein Geld an Verein X. Der greift Verwaltungskosten ab und reicht es stillschweigend weiter an Verein Y. Der produziert neue Verwaltungskosten und finanziert schließlich irgendwelche Projekte, die letztlich vielleicht Verein Z betreibt. Die Spender werden nicht gefragt.

Geschäftsführer von Euronatur waren in den 90er Jahren zunächst Multifunktionär Jürgen Resch (auch Macher der DUH, Schatzmeister im Deutschen Naturschutzring und bis 2000 Umwelt-„Pate“ der Expo 2000), seit dem 2.1.1997 mit Christian Roth dann ein Mann der Wirtschaft und aktuell Gabriel Schwaderer.<sup>178</sup>

Viele kleine und große Konzerne arbeiten als Sponsoren und Kooperationspartner, darunter:

- Der Wasch- und Lebensmittelkonzern Unilever förderte die DUH und Umweltprojekte am Bodensee mit 1,3 Mio. Mark. Lever selbst darf diese Unterstützung bei der Werbung für das Waschmittel „Skip“ benennen.<sup>179</sup> Die später auch von der DUH gegründete Bodenseestiftung war Expo-Projektträgerin.
- Die Lufthansa AG mit materieller Unterstützung (Freiflüge für internationale Kontakte usw.) und Geldspenden für ein Kranichschutzprojekt in Spanien.<sup>180</sup>
- Der Automobil- und Rüstungskonzern Daimler Benz als ständiger Sponsor für viele Projekte sowie Kooperationspartner der Kampagne „natürlich mobil“.<sup>181</sup>
- Mit der Telekom startete die DUH zur Expo das Projekt „Telefonieren für die Umwelt“.

**Im Original: Auszüge aus Euronatur, Jahrgänge 1993 und 1994, verschiedene Seiten und Berichte (alle Texte von Euronatur selbst)**

Der „Lufthansa Umweltförderung“ gilt unser besonderer Dank. ...

Deutschland ... Nationalpark Elbtalauen ... Das Projekt wird seit Jahren von der Daimler-Benz AG und vom Karl-Kaus-Gedächtnis-Fonds gefördert.

Spanien ... Extremadura ... Erhaltung der Stein- und Korkeichenwiesen ... Von Anfang an dabei: Die „Lufthansa Umweltförderung“, die „Zoologische Gesellschaft Frankfurt ...“

... im Osten ... 17 Naturschutzprojekte ... Dank der Unterstützung durch die „Lufthansa Umweltförderung“

...

Griechenland ... Schutz des Nestosdeltas ... Die Aktivitäten von EURONATUR in Griechenland werden von Daimler-Benz unterstützt.

Mittelmeer: Naturschutzstation auf der Insel Alonnisos ... Schutz der Mönchsrobbenkolonie an einem Küstenabschnitt von Mauretarien ... Die vielfältigen Aktivitäten von EURONATUR im Rahmen des Mönchsrobbenprojektes wurden unterstützt von Daimler Benz.

... Wanderausstellung ... Diese Aktion wurde unterstützt von der Daimler-Benz AG.

Deutschland ... Die Daimler-Benz AG unterstützt die Naturschutzarbeit im Müritz-Nationalpark schon seit Jahren.

Griechenland ... Die Daimler Benz AG unterstützt die Aktivitäten von EURONATUR im Nestosdelta. Dafür herzlichen Dank!

Ökologische Bausteine Europas ... neuen Aktion... Dazu brauchen wir Signale von Vorbildern, wie sie die Deutsche Lufthansa AG setzt mit ihrem Essensangebot für ihre Mitarbeiter, das aus Nahrungsmitteln des alternativen Landbaus zubereitet wird, und der Zusage, die Aktion „Ökologische Bausteine Europas“ nach Kräften und bis zur Jahrtausendwende zu fördern.

Griechenland ... Meeresnationalpark Nördliche Sporaden ... Die Daimler-Benz AG unterstützt die Initiativen von EURONATUR im Mittelmeer.

„Natur ohne Grenzen“ und EURONATURs Anschlußkampagne „Ökologische Bausteine Europas“ werden von der „Lufthansa Umweltförderung“ unterstützt.

Es ist erfreulich, daß neben den vielen Spendern und Paten, die unsere Arbeit erst möglich machen, auch Wirtschaftsunternehmen wie Daimler-Benz oder die Deutsche Lufthansa die Bemühungen von EURONATUR unterstützen.

Deutschland ... EURONATUR kooperiert bei Naturschutzarbeiten in den Elbtalauen mit der Karl Kaus Stiftung und wird von der Daimler Benz AG unterstützt. Partner bei der Lobbyarbeit sind BUND und NABU.<sup>182</sup>

**Auszüge aus der Liste „Unsere Partner“ unter [www.euronatur.de/partner.htm](http://www.euronatur.de/partner.htm), 15.2.2002**

DaimlerChrysler AG ... GTZ ... Lufthansa, Weltbank ... Bundesministerium für Umwelt ... Edeka ... Gelsenwasser<sup>183</sup> ... Stadtwerke Bielefeld<sup>184</sup> ...

**Auszug aus der Pressemitteilung der DUH (Oktober 2000, Quelle: <http://recherche.newsaktuell.de/story.htm?nr=185073>)**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Telekom-Tochter T-Mobil haben in einer gemeinsamen Pressekonferenz auf der Expo 2000 in Hannover ihre zukünftige Kooperation unter dem Motto „Telefonieren für die Umwelt“ bekannt gegeben. Mit einem jährlichen Sockelbetrag von 200.000 DM wird ein Umweltfonds eingerichtet ... Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) betonte, die DUH habe sich T-Mobil bewußt als Partner ausgewählt. Nach Ansicht der Deutschen Umwelthilfe steht T-Mobil hinsichtlich seines Umweltengagements nicht nur in Deutschland, sondern auch international an der Spitze der Mobilfunkbranche.

In weiteren Heften werden Kooperationen mit der Weltbank, der in der staatlichen Entwicklungshilfe tätigen „Gesellschaft für technische Zusammenarbeit“ (GTZ) sowie den staatlichen Umweltministerien geschildert.<sup>185</sup> Die Deutsche Lufthansa und die Daimler-Benz AG finanzierten sogar in mehreren Fällen die Zeitschrift der Stiftung,<sup>186</sup> die spanische Luftfahrtgesellschaft Iberia war bei einem Projekt dabei. Einige kleinere Firmen sind unter den Spendern. Euronatur-Chef Hutter benannte als Grund für die Kooperation mit Mercedes Benz deren Umweltengagement durch die Entwicklung der A-Klasse.<sup>187</sup>

Träger des Euronatur-Umweltpreises sind u.a. Klaus Töpfer (Ex-CDU-Atomminister), Dieter Stolte (Intendant des ZDF), Jürgen Weber (Chef der Deutschen Lufthansa AG) und Matthias Kleinert (Politik-Bevollmächtigter der Daimler-Chrysler AG). Im Kuratorium und internationalen Beirat sitzen u.a.: Cem Özdemir (MdB der Grünen), Peter Scherer (ehem. Vorstandsvorsitzender der RWE-Tochter Gelsenwasser), Lothar Späth (Ex-CDU-Ministerpräsident und Chef von Jenoptik) und Jürgen Weber (Lufthansa-Chef).<sup>188</sup>

Nicht ganz so offensiv wirbt die Deutsche Umwelthilfe für ihre Spenderfirmen. Herausgehoben wurde immer wieder die Unterstützung durch Lever und Kyocera. Am 11.2.1998 schickte die DUH einen Brief an andere Umweltorganisationen mit der Aufforderungen, Drucker dieser Firma zu kaufen. Mitte der 90er Jahre wurde die DUH Umweltschutz Service GmbH gegründet, die die Kontakte zu Firmen professionalisiert und mit der GmbH-Gründung auch aus jeglicher Kontrolle durch die Mitglieder der DUH und die Öffentlichkeit herauszieht. KundInnen dieser Firma sind nach DUH-Auskunft neben Lever und Kyocera auch wieder Daimler-Benz und Lufthansa.<sup>189</sup> Die Deutsche Umwelthilfe baute 1993 einen Diskussionskreis mit ManagerInnen von Neckermann, Apple, Peacock, Braas, Toshiba und

Lufthansa auf.<sup>190</sup> 1997 startete die Deutsche Umwelthilfe eine Kooperation mit der Ökobank. Dort werden GeldanlegerInnen für Ökoprojekte gesucht – angesichts dessen, daß die umweltinteressierte Bevölkerungsschicht eher aus reichen Menschen besteht, ein erfolgversprechendes Verfahren. Wer auf seine Zinsen verzichtet, fördert damit die Deutsche Umwelthilfe.<sup>191</sup> 1995 gründete auch Euronatur eine Service GmbH.

**Im Original: Auszug aus der Internetseite [www.duh.de/duh01-d.htm](http://www.duh.de/duh01-d.htm), 15.2.2002**

Unsere Wirtschaftspartner sind unter anderem: Borek, C&A, Climatex Lifecycle, Daimler-Chrysler AG, Deutsche Lufthansa AG, Garpa Gartenmöbel, Greenergy, Gruner+Jahr, GUTEX Holzfaserplattenwerk, Kopf AG, Kyocera Mita GmbH, Lever Faberge Deutschland, MCC Smart, Oecocapital, Ökobank, Ökorenta AG, Rapunzel Naturkost AG, Rohner Textil AG, S.A.G. Solarstrom AG, T-Mobil, Tomra, Unilever.

**Infos zur Euronatur Service GmbH in einem Werbebrief vom 16.4.1997**

Dies eröffnet uns eine Reihe neuer Möglichkeiten, die sowohl den Interessen der Firmen entgegenkommen als auch neue Aktivitäten zur Unterstützung der Projektziele unserer Stiftung zulassen. ...

Je nachdem, ob in diesem Zusammenhang Gegenleistungen zu erbringen sind oder nicht, kann dies dann entweder über die Stiftung Europäisches Naturerbe oder über die EURONATUR Service GmbH abgewickelt werden.

Die bei Kooperationen auch nach außen getragene und damit für die Unternehmen werbewirksame deutliche Benennung der Unternehmen ist kein Zufall, sondern System. Welche Gedanken dahinter stecken, formuliert Claus-Peter Hutter, Präsident der Stiftung Europäisches Naturerbe deutlich. Bei ihm wird der Kontakt zu den Unternehmen zum Hauptzweck des Ganzen, die Unternehmen werden zu Vorbildern im Umweltschutz. Die folgenden Aussagen von Hutter beziehen sich u.a. auf Daimler-Benz und Lufthansa.

**Im Original: Auszüge von C.P. Hutter in „Politische Ökologie“, Nov. '95 (S. 62-66, 71)**

Soll der Naturschutz mit der Wirtschaft kooperieren? Gegenseitiger Vorteil ...

Nun ist das Verhältnis etwa der Umweltorganisationen zur Wirtschaft häufig von öffentlichen Auseinandersetzungen über die Umweltschäden durch die Wirtschaft geprägt. ... Doch die Zeit ist reif, die eingefahrenen Gleise zu verlassen. ... Vor allem eine Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen, die international tätig sind, könnte hier helfen. ...

Es ist schon ein Unterschied, ob der Biohof um die Ecke mit seinem Hofladen gerade mal zwei, drei Dutzend Menschen erreicht, oder ob – wie jetzt bei der Deutschen Lufthansa geschehen, ein Unternehmen durch entsprechende Umstellungen in der Betriebskantine (Lufthansa Hamburg) durch eine große Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten dafür sorgt, daß sich der Naturschutz weiter auf sein Ziel ... zubewegt. ... Eine kritische Überprüfung durch die Deutsche Umwelthilfe brachte etwa zu Tage, daß in den Büros des Waschmittelkonzerns Lever (Hamburg) konsequenter an die Gestaltung eines umweltverträglichen Büroalltags herangegangen wird, als in manchem Naturschutzbüro. ...

Der Naturschutz muß sich deshalb stärker mit der Wirtschaft auseinandersetzen und auch erkennen, daß dort zum Teil Leute im Management herangewachsen sind, die oft konsequenter ökologisch denken und leben als viele selbsternannte Naturschützer. Nun gibt es zwei Wege, an das Thema Wirtschaft und Umwelt heranzugehen. Nehmen wir als Beispiel die Luftfahrt. Man kann – weil Flugzeuge nun mal Immissionen von sich geben, Fliegen total ablehnen. Dann dürfen solche Naturschützer kein Flugzeug mehr betreten; auch nicht für die nächste Urlaubsreise. Ob dies Verbesserungen im Umweltschutz letztlich erbringt, ist eine andere Frage. Man kann aber auch das Ganze realistisch betrachten und erkennen, daß niemand in der Lage sein wird, den Flugverkehr abzuschaffen. Deshalb muß es darum gehen, die Fliegerei so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. ...

Nehmen wir nur den Automobilbereich. Selbst der konsequenteste Umweltschützer wird früher oder später ein Fahrzeug betreten, sei es in Form eines Taxis oder eines Linienbusses. Trotzdem gibt es noch Naturschutzleute, welche den Dialog mit der Automobil-Wirtschaft vollkommen ablehnen. ...

Erfolgreiche Kooperationen: Beispiel Lufthansa AG ... Beispiel Lever-Sunlight ... Beispiel Mercedes-Benz AG ... Neue Öko-Allianzen zwischen Wirtschaft und Naturschutz sollen dabei helfen, das Naturengagement langfristig zu sichern.



**Im Original: Auszüge aus den Aussagen Claus-Peter Hutters im ZDF-Film „Kampfplatz Natur“, gesendet am 10.12.1995<sup>192</sup>**

Viele fahren zu sehr in diesem Ökologismus. Man hat gern Klassenfeinde. Hier ist die Lufthansa, das sind die bösen Flieger, hier ist 'ne Automobilfirma, das sind auch die Bösen. Das bringt nichts, in solchen Grabenkämpfen zu verharren. Wir müssen diese Grabenkämpfe beenden.

**Aussage von Martin Uppenbrink, Bundesamtes für Naturschutz, zum Ökosponsoring**

Hier tut sich Gewaltiges. ...

**Aussagen von Jürgen Weber, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa, ohne daß Widerspruch erfolgt (gleiche Sendung)**

Vor einem möchte ich allerdings hier auch warnen ... Verteufeln von bestimmten Industrien und Firmen. ... Und die Leute, die diese Statements auch von Verbänden herausgeben, die sollten sich mal überlegen, wieweit man auch in der Politik mit solchen Haltungen gekommen ist. Und durch diese Statements, diese so besonders umweltfeindliche Luftfahrtindustrie oder diese Fluggesellschaften, ich weiß nicht, wer solche Dinger losläßt ...

Genauso offensichtlich wie die Industrieorientierung und -abhängigkeit der Stiftung Europäisches Naturerbe ist die Scheinheiligkeit der großen Naturschutzverbände. In demselben Film des ZDF, aus dem obige Zitate stammen, tritt die stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende Angelika Zahrnt auf und hält eine Kooperation des BUND mit Unternehmen wie Daimler-Benz und Lufthansa für ausgeschlossen, da diese umweltfeindlich agieren würden. Tatsächlich hat der BUND aber die Stiftung Europäisches Naturerbe selbst gegründet, um ohne Imageverlust genau diese Großkonzerngelder kassieren zu können. Ehemalige BUND-Funktionäre kontrollieren auch heute noch die Arbeit von Euronatur und DUH. Im „euronatur“-Heft 1/1997 bezeichnet die Stiftung den BUND auch als „Partnerorganisation“. Für das Umweltzentrum des BUND Lüchow-Dannenberg und den BUND Bremen vermittelte Euronatur Spendengelder von Daimler-Benz.<sup>193</sup>

Das Doppelspiel des BUND bei der Spendenannahme ist das gleiche wie 1992 beim Deutschen Umwelttag. Auch den trug der BUND mit, der Ex-BUND-Funktionär Reinhard Sander war Vorstandschef, der hessische BUND-Landesvorsitzende Eckard Engert sein Stellvertreter. Auf dem Umwelttag dominierten Großkonzerne, z.B. auch die Lufthansa, die auch Sponsor war. Während des Umwelttages formulierte Angelika Zahrnt Kritik an der Wirtschaftslastigkeit des DUT. Der BUND blieb dennoch Mitträger – und gerade Zahrnt sprach sich dafür aus.<sup>194</sup>

**Im Original: Auszüge aus einer Presseinformation der Lufthansa von September 1994**

Seit den Siebziger Jahren unterstützt die Deutsche Lufthansa AG Umwelt- und Naturschutzprojekte. Ihr Engagement für die Umwelt begann damit lange bevor für derartige Tätigkeiten der heute gängige Begriff „Umweltsponsoring“ geprägt wurde. ...

Das Unternehmen erhielt für seine Bemühungen auf dem Gebiet der Umweltvorsorge und der Ressourcenschonung bereits mehrere Auszeichnungen:

- 1992: „Erster Umweltschutz-Preis“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI ...

- 1994: Auszeichnung für das Engagement in Sachen Umweltförderung durch die Stiftung Europäisches Naturerbe EURONATUR. ...

Kooperationspartner ...: der WWF-Deutschland ..., die Stiftung Europäisches Naturerbe ..., der Naturschutzbund Deutschland, ... die Akademie für Natur- und Umweltschutz in Baden-Württemberg,<sup>195</sup> die Deutsche Umwelthilfe ...

Neben der Spendenbeschaffung über Großkonzerne führt die Deutsche Umwelthilfe in einigen Bundesländern jährliche Haussammlungen durch, deren Gelder etwa zur Hälfte den sammelnden Naturschutzgruppen vor Ort zukommen.

Die Deutsche Umwelthilfe saß mit ihrem Geschäftsführer Jürgen Resch im Beirat der Expo 2000.<sup>196</sup> Die Stiftung Europäisches Naturerbe war 1997 als erster Umweltverband offiziell

bei der Expo eingestiegen. Das zeigte einmal mehr die Funktion der beiden Verbände – Tarnorganisationen für Kontakte zu Wirtschaft und Institutionen, die sich die Verbände selbst aus Imagegründen nicht einzugehen wagen. Der Global Nature Fund (GNF) wurde als dritter Verband von DUH und Euronatur gegründet, er nahm ebenfalls an der Expo 2000 teil. Förderer waren nach den GNF-Informationen 3/99 Compaq, Gruner+Jahr, Lufthansa, natur&kosmos, Ökobank, DaimlerChrysler, Unilever und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Der DUH-Medienpreis ging 1999 an den natur&kosmos-Chefredakteur Gerd Pfitzenmaier, einem der Verantwortlichen für die Nähe der Zeitschrift zu Großkonzernen (z.B. Befürwortung der Gentechnik, Anzeigen für Atomkonzerne).<sup>197</sup>

Wie bei vielen Kooperationen entlarvt auch die Position der Firmen über ihre Partner auf der Naturschutzseite, welches Denken dort vorherrscht. Wirtschaftsunternehmen achten auf die Art der Naturschutzaktivitäten. Partner müssen freundlich, kooperativ und vorsichtig sein.<sup>198</sup>

**Im Original: Vorstellung der SEN in der Broschüre „natürlich mobil“, von Mercedes-Benz**

Die Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur) setzt auf Kooperation statt Konfrontation; Umweltprobleme sollen im gemeinsamen Dialog zwischen Wirtschaft und ökologisch engagierten Menschen gemeistert werden. Diesen Weg will auch Mercedes-Benz gehen.

### **3.2.7 Der Filz um B.A.U.M.**

Ein dichter Filz aus vielen Industrieunternehmen und wenigen Umweltschutz-FunktionärInnen baute sich Ende der 80er Jahre von einer Hamburger Geschäftsstelle aus auf. In der Anfangsphase des mit vielen Hunderttausend Mark ohne jegliche Basis aus der Taufe gehobenen Projekts entstanden drei verschiedene Organisationen, in denen jeweils die gleichen Personen agierten. Sie unterteilten sich noch weiter in Vereine, GmbHs usw. – bis Ende der 90er Jahre eine Vereinheitlichung auf den erfolgreichsten und am stärksten als Wirtschaftsorganisation geführten Verband B.A.U.M. mit seinen GmbHs und Teilvereinen erfolgte. Für die Herkunft ist aber interessant, welche Teile zunächst entstanden und wie stark dort immer Konzerne sowie teilweise PolitikerInnen eingebunden waren.

#### A.U.G.E.

Startprojekt war die Aktionsgemeinschaft Umwelt, Gesundheit, Ernährung e.V. (A.U.G.E.) mit dem Vorsitzenden Dr. Maximilian Gege und Geschäftsführer Hans-Jürgen Pick. Förderer waren: Opel (Automobilkonzern), Procter&Gamble (multinationaler Konzern mit verschiedenen Produktbereichen, vor allem Haushaltswaren), Tetra Pak (größter europäischer Kartonverpackungshersteller für Getränke und Nahrungsmittel), Coop (Supermarkt-Kette, u.a. Großmarkt „plaza“), Commerzbank (die seit langem mit Umweltsponsorings ein Öko-Image aufbaut), AEG (Tochter-Unternehmen des Automobil-, Rüstungs- und Luftfahrtunternehmens Daimler Benz), Otto (größtes Versandhaus Europas), neuform (Reformhausmarke).<sup>199</sup>

Ziel der Aktivitäten von A.U.G.E. war das umweltbewußte Verhalten in Haushalten. Dafür wurden großflächige Wettbewerbe durchgeführt, die viele Menschen erreichten, aber nur wenig Ansprüche an tatsächliche Veränderungen im Alltag stellten. Das war offensichtlich für viele Firmen attraktiv und das eingesetzte Geld wert. Die Preisverleihungen fanden unter den Emblemen der beteiligten Firmen statt, hochrangige PolitikerInnen vergaben die Preise oder hielten Ansprachen – z.B. die damaligen Amtsträger wie der schleswig-holsteinische

Umweltminister Berndt Heydemann, der Bundesumwelt-Staatssekretär Clemens Stroetmann, der Umweltminister von Rheinland-Pfalz, Alfred Beth, Bundesumweltminister Klaus Töpfer, der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers und der bayrische Staatsminister Alfred Dick.

Zusätzlich zu den Sponsoren unterstützten weitere Konzerne die Aktion durch Verteilung der Fragebögen, Berichterstattung oder eigene Aktivitäten: BILD-Zeitung, IKEA (Möbel-Verkaufshaus), BHW (Bausparkasse), HEW (Hamburger Elektrizitätskonzern), Panda-Verlag (WWF-Versand), verschiedene Zeitschriften wie „Neue Revue“, „Time“ und Anzeigenblätter.<sup>200</sup>

Neben dem Wettbewerb wurden weitere Einzelkooperationen durchgeführt:<sup>200</sup>

- Verbreitung von Umwelttipps über die BILD-Zeitung
- Telefonberatungsservice zusammen mit AEG
- Werbeaktion auf dem Umschlag von 25 Millionen Fernmelderechnungen der Bundespost deutschlandweit unter Nennung aller Sponsoren
- Auslage der Informationen und Wettbewerbsunterlagen durch 29 Energieversorgungsunternehmen bundesweit.
- Druck einer gesonderten Informationsbroschüre zum Umweltschutz im Haushalt, finanziert durch die Firma „Bosch Hausgeräte GmbH“.
- Umweltwettbewerb der Commerzbank, bei dem A.U.G.E.-Chef Gege in der Jury sitzt und A.U.G.E. die Vorauswahl der TeilnehmerInnenbeiträge übernimmt.<sup>103</sup>

Die beteiligten Firmen profitierten vom Ansatz der A.U.G.E., möglichst viele Menschen zu erreichen und die Firmenwerbung deutlich sichtbar (meist farbig auf der Titelseite) unterzubringen. Im Kuratorium der Organisation fanden sich neben anderen auch der Ex-Präsident des rechtsextremen und die Naziverbrechen verharmlosenden „Weltbund zum Schutze des Lebens“, Dr. Max Otto Bruker, und der ehemalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Günter Hartkopf. Zu ihnen gesellten sich u.a. der Geschäftsführer des BUND-Bundesverbandes, Lorenz Graf, und der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche, Kurt Oeser.<sup>201</sup>

1997 startete A.U.G.E. zusammen mit B.A.U.M eine neue Kampagne „Umwelt gewinnt“. An alle Haushaltungen wurden Zettel verteilt, bei denen die Haushaltsausstattung, das Verhalten im Haushalt usw. erfragt wurden. Viele der Fragen waren für Hersteller von Haushaltsgeräten eine gute Grundlage für ihre Firmenstrategie. Passenderweise waren das Versandhaus Quelle, die Haushaltsgerätefirmen AEG und Alno, der Fernsehsender RTL sowie die Baufirmen Obi, Schwäbisch Hall, Braas und WohnIdee die Sponsoren. Die Öko-Drogerie Spinnrad stieg im Juli '97 als Unterstützer ein.<sup>202</sup> Die exakt erfaßten Daten gingen A.U.G.E. mit genauer Adresse zu. Für eine individuelle Auswertung und Nachricht mußten die Haushalte sogar noch bezahlen – gleich praktisch per Bankeinzug. Alles geschah über einen computerlesbaren Ausfüllbogen, ganz ähnlich einer Volkszählung. Die Schirmherrschaft der Aktion hatte die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel. Zusätzlich wurde die Datenbeschaffung für die Industrie von der Bundesstiftung Umwelt mit 1,5 Mio. DM gefördert.<sup>#</sup>

**Im Original: Fragen aus dem Bogen zum Haushalts-Check mit besonderem Wert für anschließende Werbemaßnahmen der Herstellerfirmen**

Worauf achten Sie beim Kleiderkauf?

Tragen Sie bitte das Baujahr Ihrer Waschmaschine ein: ...

Wie oft waschen Sie?

Welche Reinigungsgeräte besitzen Sie?  
 Wie oft spülen Sie Geschirr? ... von Hand ... Spülmaschine  
 Tragen Sie bitte das Baujahr Ihrer Spülmaschine ein: ...  
 Wieviele Gefriergeräte nutzen Sie? Kühlgeräte: Baujahr: ... Gefriergeräte: Baujahr: ...  
 Gibt es ein oder mehrere Autos in Ihrem Haushalt? Ja/Nein  
 Welche Möglichkeiten einer energiesparenden und abgasarmen Fahrweise nutzen Sie?  
 Heizung: Welche der folgenden Technologien nutzen Sie?  
 Welche Fenster besitzen Sie?  
 Besitzen sie Rolläden?  
 Welche Berufe üben die Personen Ihres Haushaltes aus?

Nach der Startphase wurde die AUGÉ UmweltHolding AG über Aktionsverkäufe finanziell in größerem Rahmen aufgezogen. Den Aufsichtsrat führten die Funktionäre von Unit energy, Bernd Weber, und der Geldanlagefirma HerMerlin, Jürgen K. Hermannsdörfer. Die Firma bildete mehrere Tochterfirmen, z.B. einen Verlag.<sup>203</sup> Sie wurde später von der neuen BAUM Consult GmbH übernommen – eine in den letzten Jahren häufige Strategie des AUGÉ/BAUM-Konsortiums, durch ständige Firmenneugründungen, Umwidmungen und Übernahmen Geld zu waschen oder neue Profitmöglichkeiten zu erschließen.

### K.U.K.I.

Aus der gleichen Geschäftsstelle wurde der Kinder-Umwelt-Klub-International (K.U.K.I.) gegründet, später umbenannt in den Emil-Grünbar-Umwelt-Club. Die Gründung des Kinderumwelt-Klubs erfolgte ohne jegliche Basis als reine PR-Strategie einer einzigen Geschäftsstelle, die plante, allen deutschen Haushalten Werbebriefe zukommen zu lassen, Hörspielkassetten zu produzieren und so Clubs gründen zu können. Dafür wurde ein Haushalt von 4 Mio. Mark aufgestellt, der vor allem die Produktion von Schriften, den Versand und die Geschäftsstelle beinhaltete. Konkrete Aktionen fehlten fast völlig. Im Konzept, das allerdings weitgehend scheiterte, waren vorgesehen:

- Gewinnen von Kooperationspartner wie dem Deutschen Bund für Vogelschutz, Verlagen und Privatfernsehsendern.
- Eine umfassende Pressekampagne.
- Entwicklung von Symboltieren und Produktion als Stofftier.
- Konzerte, Buchprojekte, ein Benefizspiel mit einem Fußball-Bundesligaverein.
- Zeichnungen von Janosch, dem bekannten Kinderzeichner, der dafür bekannt war, ständig gegen hohe Geldbeträge im Auftrag der Industrie für deren Werbung Zeichnungen zu entwerfen bzw. Maskottchen zu entwickeln.
- Als Sponsoren waren bereits Bosch (Haushaltsgeräte), Henkel (Putzmittel) und Quelle (Versandhaus) gewonnen, Gespräche liefen u.a. mit Sony, Danone, Spar und dem Sparkassenverband.
- Als Persönlichkeiten sollten u.a. gewonnen werden: Janosch, Thomas Gottschalk (wirbt für McDonalds) und Steffi Graf (wirbt für Opel).<sup>204</sup>

K.U.K.I. konnte einige Anfangserfolge erzielen (Herausgabe einer Umwelt-Videokassette, einige Janosch-Geschichten, Tournee eines Kinder-Umwelt-Theaters unter dem Banner des K.U.K.I.). Ein dauerhafter Durchbruch gelang allerdings nicht.

### **Im Original: Brief von JANUN an den Vorstand der Naturschutzjugend (24.6.90)**

... hier noch eine schnelle Antwort auf Dein Schreiben in Sachen K.U.K.I. ...

Ganz allgemein ist die AUGÉ eine sehr zwielichtige Angelegenheit, sowohl was ihre Vorstandsleute als auch ihre Finanzquellen anbetrifft. Daß sie sich auch ein grünes Mäntelchen verpassen wollen, ist nur lo-

gisch. Ihre bisherigen Sponsorpartner zeigen, daß es hier wohl mehr um das positive Image der Firmen geht denn um echte Unterstützung der Umweltarbeit. Auch die Art des Sponsorings ist sehr aggressiv, nicht alle Firmen tun dies so. Daß AUGÉ gleich 4 Mio in die neue Kinderkampagne stecken will, beweist eigentlich nur, daß es sich hier um eine verkappte Werbekampagne handelt.

### B.A.U.M.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft umweltbewußtes Management (B.A.U.M.) lernte aus den Fehlern und ging eleganter vor (Gründung: 1984, eingetragener Verein: 1987, später Gründung weiterer rechtlich eigenständiger Organisationen mit dem Namensbestandteils B.A.U.M.). Die ständige, plakative Benennung der Sponsorenfirmen wurde zugunsten einer geschickteren, indirekten Vermittlung eingestellt. Stattdessen gelang es der Organisation, eine führende Rolle in der Debatte um eine ökologische Orientierung der Marktwirtschaft einzunehmen. B.A.U.M. wurde Ende der 90er Jahre die entscheidende Arbeitsebene der „Macher“ in Hamburg. Unter anderem richtete B.A.U.M. Kongresse im Auftrag der Umweltministerien von Bayern und dem Bund, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) aus.<sup>205</sup> B.A.U.M. hat über 400 Mitgliedunternehmen. Etliche davon wie Mobil Oil, Volkswagen, Lurgi (Hersteller u.a. von Müllverbrennungsanlagen), real (Massendiscount), Elida-Gibbs, Fina, Sandoz, Procter&Gamble, Tschibo und Deutsche Shell werden inzwischen nicht mehr geführt, d.h. B.A.U.M. hat eine große Fluktuation, woraus geschlossen werden kann, daß Konzerne mit der Mitgliedschaft prüfen, welche Vorteile es für sie bringt, aber auch schnell wieder aussteigen.<sup>206</sup> Aktuelle Mitglieder sind u.a. Commerzbank, Otto-Versand, AEG, Lever Faberge, Karstadt, Quelle-Versand, Deutsche Bank, ABB, Bosch-Siemens (Elektrogerätehersteller), Daimler-Benz, Langnese-Iglo, Holsten Brauerei, Continental AG, Deutsche Lufthansa AG, Deutsche Messe AG (Expo-Ausrichter), Unilever, Deutsche Immobilien Fonds, Dresdner Bank, Duales System Deutschland (DSD, Grüner Punkt), EADS Airbus (Rüstung, Luftfahrt), Flughafen Hamburg, Globus-SB-Warenhaus, Gundlach Bau, hagebau, Henkel, Kellogg, Messe Frankfurt, Microsoft, Mitsubishi, MTU (Rüstung, Motoren), Neckermann, Nestle, Nike, Norddeutsche Affinerie, RWE, Siemens AG und Tetra Pak.<sup>207</sup> Im Jahrbuch 2001/2002 wird für viele der Großkonzerne offensiv geworden, deren Internetseiten sind direkt von der BAUM-Internetseite aus verlinkt.<sup>208</sup>

Ähnlich dem Spektrum an Sponsoringpartnern der großen Umweltverbände zeigt sich auch hier, daß umweltorientierte und kleine Firmen weitgehend fehlen, dagegen die als umwelt- und menschenfeindlich bekannten, finanzkräftigen Konzerne den Schwerpunkt bilden. Wäre die Zielrichtung von B.A.U.M., umweltgerechtes Management zu fördern, hätte der Mitgliederstamm anders ausfallen müssen. Der bestehende zeigt eher das Prinzip „Eine Hand wäscht die andere“ – Geld für B.A.U.M., grünes Image für die Umweltzerstörer.

B.A.U.M. beschränkt sich nicht auf Firmenkooperationen, sondern ist offensiv selbst in der Debatte um eine Vereinigung von Ökonomie und Ökologie aktiv. Im Selbstdarstellung-Faltblatt nennt sich die Organisation selbst „Die Umweltinitiative der Wirtschaft“. Der Rundbrief B.A.U.M.-@-News, zu beziehen als Email über die Internetseite [www.baum-ev.de](http://www.baum-ev.de), berichtet ständig von der Teilnahme an oder Initiierung von neuen Projekten, Kampagnen oder Veranstaltungen mit Konzernen.

#### **Im Original: Auszüge aus den 22. B.A.U.M.-@-News vom 5.34.2002**

Gemeinsam mit dem BDI hat das B.A.U.M.-Mitglied Deutsche Lufthansa am 20. März in Berlin den 1. Deutschen Luftverkehrskongress ausgerichtet. Prof. Dr. Maximilian Gege nahm daran teil und fasst die wichtigsten Ergebnisse im folgenden zusammen ... Jürgen Weber<sup>209</sup> wies darauf hin, dass sich die Luft-

hansa – als B.A.U.M.-Mitglied – das Prinzip der Nachhaltigkeit zum Ziel gesetzt hat. „Wir haben bereits das 4-Liter-Auto“ ... Die Versiegelungsfläche der 17 Verkehrsflughäfen in Deutschland liegt nach Hinweis von Herrn Hertrich lediglich bei 28 km<sup>2</sup>, die Autobahn/Bundesverkehrsstraßen benötigen die 24-fache Fläche, die Bahn die 12-fache. ...

Überraschend haben 100 Vertreter von Medien und NGOs BP sogar auf den 1. Platz in der Bewertung mit Umwelt und Ressourcen gesetzt. B.A.U.M. gratuliert BP zu dieser herausragenden und verdienten Auszeichnung.

B.A.U.M. hat einige eigene Firmen gegründet, die marktwirtschaftlich agieren, durch die Konstruktion als eigenständige GmbH aber vor allem auch jeglicher Kontrolle der BAUM-Mitglieder entzogen sind. Eine der Neugründungen ist die Janosch Film & Medien GmbH, eine Firma, die die Markenrechte an den Janosch-Produkten vertreiben soll und als kommerzielles Unternehmen aus den B.A.U.M.-Kreisen heraus entstand.

**Im Original: Auszug aus dem energiewerkbrief 1/2002, S. 3<sup>210</sup>**

Mit ihrem Börsengang hat die Baum AG in erster Linie um das Geld von Kleinanlegern geworben, die sich für Umwelt-Themen interessieren. Damit hat das Unternehmen bislang aber nur Verluste produziert. ... Die Baum AG wurde 1998 als Auge Umwelt-Holding AG gegründet und im August 2000 umfirmiert. Da aus der Beratung von Unternehmen, Kommunen und Regierungen nicht genügend liquide Mittel erwirtschaftet wurden, waren zahlreiche Kapitalerhöhungen für den Fortbestand des Unternehmens notwendig. ... Wegen seiner Verluste im „Umweltbereich“, versucht das Unternehmen ein zweites Standbein in der Medienbranche aufzubauen. Baum-Vorstandschef Ulrich Kypka hat die zuvor weit verstreuten Rechte am Lebenswerk des Künstlers und Kinderbuchautors Janosch erworben und in die Janosch Film & Medien AG eingebracht. Das kostete 41 Millionen Euro, die Baum nicht hatte. Dafür sollte der Emissionserlös – erwartet wurden etwa neun Millionen Euro – herhalten, von dem zudem ein Drittel dem „Öko-Standbein“ zugedacht war. Über eine komplizierte und durchaus risikoreiche Konstruktion will die Baum die Janosch-Rechte später in die Janosch Film & Medien AG einbringen und abtreten. ... Unter diesem Blickwinkel sollte die BAUM AG als eine Hilfskonstruktion angesehen werden, um die Janosch AG auf die Beine zu stellen. ... Gliedert die BAUM AG nach dem Börsengang ihr Medien-Paket in eine „Janosch-AG“ aus, muss der „Umweltbereich“ jedenfalls saniert sein, um als eigener Geschäftsbereich Rendite zu erwirtschaften. Das was ist die BAUM AG dann noch wert?

Daimler-Benz sponsort das B.A.U.M.-Projekt „Die grüne Stadt“. Zudem sitzt B.A.U.M.-Chef Maximilian Gege in der Umweltpreis-Jury der Commerzbank – sogar als deren Leiter. Unter Schirmherrschaft des Bundesumweltministerium vergibt B.A.U.M. e.V. regelmäßig den Umwelt-Online-Award. Im Mai 2001 erhielt Neckermann den Preis für den Internetauftritt [www.umwelt.neckermann.de](http://www.umwelt.neckermann.de) und bezeichnete B.A.U.M. in der dazugehörigen Presseinformation vom 13.6.2001 als „Europas größte Umweltinitiative der Wirtschaft“.

B.A.U.M.-Umweltpreisträger sind immer wieder auch Konzerne, z.B. 2001 Dr. Frank Walle von der Lufthansa, im Jahr 2000 zwei Siemens-Manager, 1999 aus der Firma ABB, 1998 der Telekom, von Daimler-Chrysler und von Karstadt sowie 1997 der Bayrischen Hypobank.<sup>211</sup>

**Im Original: Peter Rehaag, Umweltsenator der CDU-/PRO-Koalition in Hamburg, auf der B.A.U.M.-Umweltpreis-Verleihung am 7.12.2001<sup>212</sup>**

Als bedeutende Initiative trägt B.A.U.M. dazu bei, eine Brücke zu bauen zwischen Wirtschaft und Umwelt ... Umweltschutz und Umweltpolitik kann nicht gegen, sondern nur mit und für die Hamburger Unternehmen gemacht werden.

**Der atomfreundliche und neoliberale Bundeswirtschaftsminister Werner Müller schrieb in seinem Beitrag zum B.A.U.M.-Jahrbuch:**

Die Wirtschaft in Deutschland richtet sich mehr und mehr am Leitbild der Nachhaltigkeit aus ... Bislang

sind es jedoch vorwiegend Großunternehmen, die Engagement zeichnen und Schrittmacherefunktion übernehmen ... Ich begrüße, daß B.A.U.M. gerade durch die intensive Förderung des Nachhaltigkeitsdiskurses ... einen Aufgabenschwerpunkt gesetzt hat, den weiter zu verfolgen und zu vertiefen ich B.A.U.M ganz herzlich ermuntern möchte.

Entscheidender Mann des B.A.U.M.-Konsortiums ist Maximilian Gegen. Dieser entstammt einer Industriellenkarriere, u.a. in Versicherungsunternehmen und ab 1996 im Vorstand des Gerling Konzerns.<sup>213</sup>

**Im Original: Auszug aus der Ökotest 11/1991 (S. 14)**

Gege führt seine Vereinsgruppe wie ein mittelständisches Unternehmen. Teile der Arbeit sind in kommerzielle Firmen ausgelagert: Eine Umweltberatungsgesellschaft AUGÉ GmbH bildet Umweltberater aus, eine BAUM Consult i.G. soll Unternehmen werden. Die Firmen, die aus der Arbeit der Vereine heraus bestehen, gehören aber nicht den Vereinen. Gesellschafter sind Gege-Berater Wolfgang Ziegler und Vereinsgeschäftsführer Hans Jürgen Pick; bei BAUM GmbH werden die Anteile von Gege und drei anderen Vorständen des BAUM-Vereines gehalten. Bei der AUGÉ GmbH sitzt Gege zusätzlich mit weitgehenden Rechten im Beirat.

### **3.2.8 Weitere Verbände**

Die benannten großen Umweltschutzverbände mit ihren insgesamt über eine Millionen Menschen als Mitglieder prägen die Umweltschutzdiskussion wesentlich. Es gibt aber einige weitere Mitgliederverbände, die ihnen aufgrund politischer Enthaltensamkeit, thematischen Einschränkungen oder nur regionaler Verbreitung in der Bedeutung nachstehen – obwohl sie oft mehr Mitglieder haben als z.B. Robin Wood.

#### **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald**

50 Jahre alt wurde die SDW im Jahr 1997. Zum Jubiläum schenkte Vater Staat seinem treuesten Umweltverband eine Sonderbriefmarke. Im Jubiläumsheft schrieben zudem gleich drei Mitglieder der Bundesregierung Grußworte: Helmut Kohl, Landwirtschaftsminister Jürgen Borchert und seine Umwelt- und Atomkollegin Angela Merkel.<sup>214</sup>

Die Schutzgemeinschaft ist durch und durch staatsmännisch (Frauen gibt es wenige). Auf den Vorsitzendenposten der Bundes- und Landesverbände finden sich Landtagsabgeordnete, viele davon aus den vorderen Reihen. Meist gehören sie zu CDU oder CSU. Der Bundesvorsitzende, Wolfgang von Geldern, war Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium der CDU/FDP-Regierungskoalition und verfügt über gute Kontakte in die Führungsriege der Politik.<sup>215</sup> Die Basis der SDW bilden Förster, also ebenfalls meist Staats- oder Gemeindebedienstete. Zusammen bilden sie einen Verband, der neben einer zurückhaltenden Öffentlichkeitsarbeit, einer unpolitischen Umwelt-Erlebnispädagogik und dem praktischen Naturschutz im Wald vor allem Lobbyarbeit betreibt.

Die Staatsnähe ist prägendes Merkmal des Verbandes. Kontakte zu Konzernen gibt es dagegen nur wenige. Das liegt weniger an politischen Skrupeln als daran, daß die SDW ein veraltetes Management aufweist, was sie für viele Firmen unattraktiv macht. Ausnahmen: Seit Jahren besteht eine Kooperation mit der Lebensmittelkette Spar, der Landesverband Hessen hat den Hessischen Sparkassen- und Giroverband im Boot. In der Jubiläumsausgabe von „Unser Wald“, der Verbandszeitung, inserierten Bayer, Ford, Duales System Deutschland und Vereinigte Elektrizitätswerke. Ebenfalls dabei war der ADAC, mit dem die Schutzgemeinschaft als gemeinsame Aktion die „Deutschen Alleenstraße“ markierte. Diese Zweckgemeinschaft, zu der auch BMW gehörte, kam zustande, obwohl der Anteil des Autover-

kehr am Baum- und Waldsterben auch von der Schutzgemeinschaft nicht in Zweifel gezogen wird und der ADAC vor allem in Ostdeutschland politische Forderungen nach dem Entfernen vieler Straßenbäume stellte.<sup>216</sup> Zudem wurde die SDW von mittelgroßen Banken und Chemiefirmen unterstützt. Die Deutsche Waldjugend, Jugendverband der SDW, erhielt viele Jahre Fördergelder der Lebensmittelkette Spar. Die Schutzgemeinschaft selbst bot in Kooperation mit einer Lufthansa-Reiseagentur Studienreisen an. Die Werbung für die KooperationspartnerInnen war meist sehr deutlich.

**Im Original: Auszüge aus der Zeitschrift „Unser Wald“ (verschiedene Ausgaben)**

SDW und ADAC in konstruktivem Dialog. ... ADAC und SDW waren sich schnell einig, daß gehandelt werden muß, bevor es zu spät ist. (6/1992, S. 27)

Die Bayerischen Motorenwerke (BMW) in München stellten sich ebenfalls in den Dienst der guten Sache und überließen dem Kuratorium die für die Aktion unverzichtbaren Kraftfahrzeuge, selbstverständlich verbrauchsarm und schadstoffarme Dieselwagen der vorzüglichen Dreierklasse. ... (6/1994, S. 6).

Großherzige Spende ... Der Betrag kam durch Spenden anstatt Präsenten bei einem Empfang ... Helaba Landesbank Hessen-Thüringen ... (3/1993, S. 31)

... konnte die SDW im November 1991 mit dem ADAC einen großen und einflußreichen Partner für die gemeinsame Sache gewinnen. ... (3/1993, S. 6)

In Zusammenarbeit mit MERKANA-Reisen/LUFTHANSA-City-Center Remscheid werden zwei Studienreisen ... zu einem Preis von 6880,- DM angeboten. ... Möglichkeiten zum Fischen und Goldwaschen sind ebenfalls gegeben. (2/1995, S. 34)

Mit Abschluß dieses Jahres hat die SPAR ... 111 Projekte gefördert. (2/1995, S. 24)

Mit Hilfe einer Spende des Unternehmens UCB-Chemicals GmbH ... (1/1995, S. 15)

Zudem fördert der Versicherungskonzern Allianz das „Haus des Waldes“ in Stuttgart-Degerloch, eine Einrichtung der Schutzgemeinschaft. Die Stiftung „Wald in Not“, die von der Schutzgemeinschaft kontrolliert wird, sammelt ebenfalls Gelder, z.B. von Procter&Gamble. Eine umfangreiche kritische Darstellung der Verbandsgeschichte und aktuellen Orientierung der Schutzgemeinschaft erschien 1998. Dort wurde u.a. ein SDW-Funktionär zitiert, der Naturwälder ablehnte.

**Im Original: Auszüge aus der tacheles, März 1998, S. 5ff**

... verstand sich die SDW als eine Schutzgemeinschaft der Interessen der privaten Waldwirtschaft. ... C.F. Graf Brockdorff, der von 1984 bis 1988 die SDW anführte .... „... Man kann dies in vielen Teilen der Welt an derartigen Urwäldern sehen. Aus eigener jahrzehntelanger praktischer Erfahrung muß ich sagen, daß diese Waldbilder ökonomisch eine Katastrophe sind, ganz abgesehen davon, daß sie gleichzeitig Brutstätten ungezählter Schädlinge darstellen ...“ ...

Der Bundesgeschäftsführer der Schutzgemeinschaft, Bernd Krebs, war CDU-Bürgermeister der Stadt Solingen sowie Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Solingen, Vertreter der Stadt in der Zwecksverbandsversammlung Rhein-Ruhr sowie im Verband der kommunalen Aktionäre der RWE.<sup>217</sup> Aktuell wird er im Internet als CDU-Ratsmitglied und Mitglied im Haupt- und Verwaltungsausschuß in Solingen geführt.<sup>218</sup> 1998 und 1999 gab es Auseinandersetzungen um die Verweigerung von Auskünften über die Verwendung von Spendengeldern, obwohl die Schutzgemeinschaft dem Deutschen Spendenrat angeschlossen ist und deshalb die Anfrage hätte beantworten müssen.<sup>219</sup>

**Verkehrsclub Deutschland<sup>220</sup>**

Der VCD wurde als Gegengewicht zum ADAC und dessen Autopolitik gegründet. Das geschah 1986, also in einer Zeit, in der ein konfrontativer Stil der Umweltschutzarbeit auch



noch bei den etablierten Umweltverbänden vorkam. Der Deutsche Naturschutzring war Initiator des Verkehrsclubs, DNR-Geschäftsführer<sup>221</sup> Helmut Röscheisen auch lange in zentraler Funktion im VCD. Die Devise war einfach: Der Verkehrsclub sammelt mit umweltschutzorientierter Öffentlichkeitsarbeit und attraktiven Angeboten wie Schutzbriefe auch für AutofahrerInnen etliche Mitglieder und setzt sich dann mit entsprechendem Gewicht für eine andere Verkehrspolitik ein. Die Hoffnung war zudem, daß die Mitglieder dem ADAC und anderen autoorientierten Clubs davonlaufen. Zum Teil ging diese Rechnung auch auf. Der VCD hat in vielen Orten wesentliche Beiträge geleistet, wenn es um neue Verkehrskonzepte oder Verbesserungen im Detail ging.

In den 90er Jahren haben sich die Schwerpunkte aber in der Art verschoben, die auch bei den anderen Umweltverbänden zu beobachten war. Die politische Arbeit wurde unbedeutender, in den Vordergrund rückten das Werben um Mitglieder, die Service-, vor allem Schutzbriefangebote und andere Dienstleistungen. Dabei dehnte der VCD diese Angebote auch auf die Mitglieder anderer Umweltverbände aus und führte mit diesen gemeinsame Werbekampagnen durch. Eine Konfrontation mit Regierungen oder den Automobilclubs wurde selten. Zur Klimagas-Reduzierung führte der VCD 2001 eine gemeinsame Öffentlichkeitsaktion mit Deutscher Umwelthilfe, Umweltbundesamt, und ADAC durch.<sup>222</sup> Die Modernisierung auf einen Kampagnen- und Lobbyverein blieb aus, der VCD beschränkte sich auf klassische Arbeitsfelder. Am 28.5.2001 trat der vorherige Geschäftsführer Dirk Flege mit der Begründung zurück, daß er seine Idee einer grundlegenden Modernisierung nicht umsetzen könne und im Verband für seine Vorstellung Kritik geerntet habe. Vorstand und Geschäftsstelle sind stark an verkehrspolitischen Fragestellungen orientiert – Management ist weniger vertreten als bei anderen Umweltverbänden. Der VCD verfügt über einen Bundes-, etliche Landesverbände und regionale Gliederungen.<sup>223</sup>

### **Allgemeiner Deutscher Fahrradclub**

Der ADFC ist eine Mischung aus Freizeit- und Lobbyverein. Viele Untergliederung bieten als Hauptaktivität Radtouren für jedermann/frau an, seltener dagegen hört man sie heute noch mit Radwegekonzepten oder verkehrspolitischen Aussagen. Das war schon mal anders. In der Gründerzeit waren viele ADFC-Gruppen kreativ und teilweise rabiat in ihrem Aktionsstil. Es ging darum, überhaupt das Fahrradfahren als Fortbewegungsform in den Städten durchzusetzen.

Der ADFC hat ca. 90.000 Mitglieder und viele Ortsgruppen sowie Landesverbände, Geschäftsstellen oder Infoläden. Kooperationen gibt es auch mit Radläden. Für die Mitglieder werden Versicherungsabschlüsse geboten. Mitte der 90er Jahre wandelte sich der Gesamtverband zum Lifestyle-Verein, der politische Lobbyarbeit nur noch als Nebensache betreibt.<sup>224</sup> In der Verbandszeitung „Radfahren“ geht es mehr um die Tour de France, Trendkleidung oder neue Fahrradsportarten als um Verkehrspolitik. Serviceleistungen für RadfahrerInnen sind im ADFC umfangreich ausgebaut, z.B. Beratung und Fahrradkarten für ganz Deutschland.

### **Weitere Organisationen**

Neben den genannten gibt es viele weitere Verbände, die z.T. mit regionalen Untergliederungen bestimmte Themenbereiche abdecken. Oft zeichnet auch sie eine starre Verbandsstruktur und eine mangelnde Kooperationsbereitschaft über die Vereinsgrenzen hinweg aus. Die folgenden Beispiele sind nicht nach Wichtigkeit, Größe u.ä. ausgewählt, sondern sollen

besondere Aspekte von Organisations- und Abhängigkeitsformen, von Orientierung auf Markt und Staat aufzeigen.

- Pro Bahn: Organisation zur Interessenvertretung von Fahrgästen im öffentlichen Personennahverkehr, oft dominiert von MitarbeiterInnen der Bahn und Busunternehmen. Der Verein verfügt über ca. 5000 Mitglieder und arbeitet nach eigenen Aussagen ohne Hauptamtliche ([www.pro-bahn.de](http://www.pro-bahn.de)). Auf Protest stieß seine Ablehnung von Protesten gegen die Castor-Transporte, bei denen Pro Bahn die Darstellung von Regierungskreisen übernahm, die Aktionen gefährdeten die Sicherheit des Schienenverkehrs. Pro Bahn als Service- und Lobbyverband zeigte hier seinen Ein-Themen-Bezug und eine deutliche Distanz zu politischen Gruppen.
- Bäume für den Menschen – Trees for the World: Recht neu im Zusammenhang mit der Expo 2000 trat diese Organisation in die Öffentlichkeit. Sie verfolgt eine einfache Strategie: Großflächige Aufforstungen in sogenannten Entwicklungsländern mit Hilfe großer Konzerne, die intensiv öffentlich präsentiert werden. Zentrale PR-Arbeit ist, daß bei den Aufforstungen in der Waldfläche das Logo der jeweiligen Firma ausgespart bleibt und so vom Flugzeug oder Weltall aus sichtbar ist – das Verfahren ist beim Patentamt eingetragen und wurde auf der Expo 2000 präsentiert. Vor allem die Pressefotos der Gruppe wirken rassistisch: Die überlegenen Weißen erklären dunkelhäutigen Gästen, was wichtig ist. ([www.LogoWald.de](http://www.LogoWald.de))
- Initiative für Psychologie im Umweltschutz (IPU): 1993 gegründet, ist diese ehemals kritische Runde zu einer kommerziell orientierten AnbieterInnengemeinschaft von Dienstleistungen (Erfolgskontrolle, Beratung, Moderation) geworden – voll ausgerichtet auf die mainstream-Themen der Ökologie (vor allem Agenda), um in der Öffentlichkeit landen und Aufträge akquirieren zu können. Die internen Rundbriefe zeigten den Wandel. Noch Ende der 90er Jahre fanden sich kritische Texte zu Nachhaltigkeit oder Agenda. Inzwischen sind sie ganz verschwunden. ([www.umweltpsychologie.de](http://www.umweltpsychologie.de))
- Im Berliner Raum agierte der Volksbund Naturschutz, ein eher auf klassische Naturschutzarbeit ausgerichteter Verband. Innerhalb des Verbandes gab es Ende der 90er Jahre starke Auseinandersetzungen zum Stil des Verbandes, einige Personen, vor allem der Ex-Vorsitzende Heinrich Weiß, kritisierten Verfilzungsprozesse im VBN und auch darüber hinaus (z.B. die fehlende Transparenz bei der Stiftung Naturschutz Berlin sowie marktorientierte Umweltkonzepte. Den VBN-Vorstand dominierten Parteimitgliedern, der Vorsitzende war F.D.P.-Mitglied, der Schriftführer bei der CDU. Im Jahr 2000 eskalierte der Streit, zudem wurde öffentlich, daß rechtsradikale Verbindungen bestanden. Seitdem ist der VBN bedeutungslos.<sup>225</sup>
- Landschaftspflegevereinigungen, die im klassischen Naturschutz wichtige Bereiche der praktischen Umsetzung übernommen haben. Sie sind auf kommunaler Ebene organisiert und vermitteln die zur Verfügung stehenden Gelder an LandwirtInnen, Naturschutzgruppen oder andere, die Wiesenmahd, Obstbaumschnitt usw. übernehmen. Auf Bundesebene besteht ein Dachverband. In den Vorständen finden sich in der Regel LandwirtschaftsfunktionärInnen und PolitikerInnen neben den VertreterInnen der anerkannten Naturschutzverbände.

## Stiftungen

Stiftungen wurden mit zunehmendem Reichtum sozialer und Umweltverbände sowie der Vereinfachung des Stiftungsrechts immer häufiger als Rechtsform gewählt. Sie können über

die Vergabepolitik ihrer Gelder Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz steuern, viele finanzierten nur ihre eigenen Projekte oder die nahestehender Organisationen. Die meisten von ihnen haben Vorstände, in denen StaatsvertreterInnen und FunktionärInnen nur aus den anerkannten Verbänden dominieren.

- Die mit Abstand größte Stiftung ist die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. VertreterInnen von Bundestag, Regierung und Bundesbank dominieren die Organisation, deren Vermögen aus dem Verkauf der vormals bundeseigenen Salzgitter AG stammt.<sup>226</sup> Die DBU fördert vor allem Großprojekte deutscher Verbände und Regierungsstellen im Umweltschutz sowie Innovationen der Wirtschaft. Die Geldflüsse waren so hoch, daß die EU-Kommission zwischenzeitlich ein Überprüfungsverfahren wegen des Verdachts verdeckter Subventionen einleitete. Die DBU hat einen bedeutenden Anteil an der marktorientierten Ausrichtung von Umweltschutzprojekten. Viele Verbände richten ihre Aktivitäten danach aus, was die DBU fördert. Selbstbestimmte Projekte werden dadurch noch seltener. Emanzipatorische Umweltschutzprojekte haben keine Chance auf Förderung. Erst ab 200.000 DM Antragsvolumen beschäftigt sich überhaupt das Kuratorium mit der Geldvergabe, darunter entscheidet der Geschäftsführer Frick Brickwedde, vormals Landrat im Kreis Osnabrück. Die Bundesstiftung finanzierte teilweise die Expo 2000 und machte sich für die Teilnahme von Umweltverbänden stark. Im Kuratorium sitzt als einziger Umweltvertreter der ehemalige DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt. Welche Dimensionen die DBU-Förderung (insgesamt pro Jahr über 200 Mio. DM) hat, zeigt der jährliche Umweltpreis. Lag der höchstdotierte deutsche Umweltpreis vorher bei 40.000 DM, so beträgt das DBU-Preisgeld 1 Mio. DM.
- Verbandsnahe Stiftungen sind von verschiedenen Verbänden gegründet worden, um für sich zusätzliche Gelder zu sammeln – z.B. die Deutsche Umweltstiftung für den BBU.
- Parteistiftungen wie die grüne Heinrich-Böll-Stiftung, die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die PDS-Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzieren ebenfalls erhebliche Anteile an Projekten – auch hier entsteht aus der Gier nach dem Geld eine Orientierung von Umweltschutzprojekten an den Anforderungen der Parteien. Sehr stark orientieren sich die Parteistiftungen an den Themen Nachhaltigkeit und Agenda 21 sowie an marktwirtschaftlichen Ökologiekonzepten.
- Unabhängige Stiftungen gibt es kaum. Daher haben freie, selbstorganisierte Projekte auch kaum Geldquellen und Unterstützung in diesem Bereich.
- Ein neues Modell entstand aus dem Umfeld der Organisation „Attac“, die Bewegungstiftung. Ihr Ziel ist es, zentrale Personen aus verschiedenen politischen Bewegungen direkt zu fördern, um ihnen als „BewegungsarbeiterInnen“ die Möglichkeit zu geben, die volle Zeit und Kraft auf ihre Aktivität zu konzentrieren. Die Gefahr besteht aber, daß dadurch die Hierarchie zwischen den zentralen Personen und anderen AktivistInnen weiter steigt, zudem stehen viele derer, die sich noch nicht von Parteien, Konzernen oder Staatsgeldern abhängig gemacht haben, demnächst in finanzieller Abhängigkeit zu einer Stiftung, die selbst von Personen kontrolliert wird, die politisch sehr staatsnah agieren. Zudem hat „Attac“, das eine hohe Personalüberschneidung mit der Bewegungstiftung aufweist, deutlich und öffentlich radikale Aktionsgruppen angegriffen und teilweise deren Ausschluß aus der politischen Arbeit gefordert. Wie „Attac“ selbst wurde die Bewegungstiftung sofort von den bürgerlichen Medien mit großen Berichten in die öffentliche Wahrnehmung gehievt, auch Firmen und verschiedene Organisationen bewarben die Stiftung.<sup>227</sup>

## Landesweite Naturschutzorganisationen

In mehreren Bundesländern gibt es landesweite Verbände, die neben den Landesverbänden von BUND und NABU Bedeutung erlangt haben. Der Schwerpunkt liegt im klassischen Naturschutz sowie in der wissenschaftlichen und naturkundlichen Arbeit (vor allem Ornithologie). Beispiele sind die 1977 gegründete Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie (GNOR) in Rheinland-Pfalz, die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) sowie einige Überbleibsel der ehemaligen Staatsnaturschutzorganisation GNU (Gesellschaft für Natur und Umwelt) in den neuen Bundesländern. Die genannten Verbände weisen einen hohen Anteil „honoriger“ Personen auf, d.h. solcher Menschen, die in der Gesellschaft höhere Stellungen innehaben oder -hatten, z.B. in Konzernen, an Universitäten oder in Verwaltungen (Ministerien, Regierungspräsidien usw.). Durch eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Staat sowie Sponsorings mit Firmen verfügen diese mitglieder-schwachen Gruppen dennoch über erhebliche Finanzmittel und Zugänge zu politischen Zirkeln. Dieses können sie ausnutzen für eine gezielte Lobbyarbeit unter Verzicht auf Konfrontation mit den Regierenden.

Die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz, in den Führungsgremien stark dominiert von gutbezahlten Staatsbediensteten oder Unternehmern, wird wesentlich von der großen hessischen Brauerei Ihring-Melchior („Licher Bier“) gefördert, zudem von der Sparkasse Wetterau. Ihr langjähriger Vorsitzender und entscheidender „Macher“ war Willy Bauer, im Hauptberuf Manager der Metallgesellschaft mit Sitz in Frankfurt und unter anderem im Besitz von Daimler Benz, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Kuwait Investments. Die Metallgesellschaft wurde von den Nazis „arisiert“ und produzierte unter anderem Müllverbrennungsanlagen (Tochterunternehmen Lurgi) und Ölraffinerien. Das GNOR-Projekt einer Bildungsstätte „Wappenschmiede“ war registriertes Expo-Projekt, womit auch 2002 noch auf der Internetseite geworben wird.<sup>228</sup>

Eine Ausnahme bildet der Naturschutzverband Niedersachsen, der über eine erhebliche Zahl von Basisgruppen verfügt, darunter die in Westniedersachsen sehr starke Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems. Der NVN ist den BUND- und NABU-Landesverbänden auch von der Arbeitsstrategie sehr ähnlich. Daher rührt eine besonders ausgeprägte Konkurrenz, die sogar soweit führte, daß BUND und NABU sich gegen eine Anerkennung des NVN nach §-29 Bundesnaturschutzgesetz wehrten, um die Bevorzugungen allein zu behalten.<sup>229</sup> Aus naturschutzpolitischer Sicht war das nachteilig, da eine Anerkennung des NVN das Gewicht der echten Naturschutzverbände gegenüber den anerkannten Naturnutzer-verbänden wie JägerInnen und AnglerInnen gestärkt hätte. Aber das war offenbar nicht so wichtig wie die eigenen Vorteile. Aus dem NVN heraus wurde das Naturschutzforum Deutschland initiiert – ein Zusammenschluß regionaler und landesweiter Naturschutzverbände mit dem Ziel besserer Vernetzung und Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz. Mitglieder sind neben dem NVN der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz in Niedersachsen, der Botanische Verein zu Hamburg, der Ökologische Ärztenbund, der Verband Deutscher Biologen und andere. Der formulierte Anspruch, dezentral organisiert zu zeigen, steht in einem bizarren Mißverhältnis zu den Strukturen des Vorstandes – der Vorsitzende, Remmer Ackermann vom NVN, nennt sich Präsident.<sup>230</sup>

## Club of Rome<sup>231</sup>

Über 30 Jahre ist der Club alt, und seit über 25 Jahren liegt sein wichtigstes Werk „Die Grenzen des Wachstums“, vor. Dieses Buch hatte entscheidenden Beitrag daran, daß die Umweltschutzdiskussion in den 70er Jahren sehr breiten Raum einnahm. Spektakuläre po-

litische Forderungen gehen vom Club nicht aus, dennoch hatte er für die gesamte Umweltbewegung eine große Bedeutung, zum einen in der öffentlichen Debatte, zum anderen aber auch als Vorbild. Der Club of Rome stellte nämlich etwas dar, was viele Umweltverbände und -stiftungen werden wollten: Eine Ansammlung reicher und wichtiger Leute, die neben oder nach ihren sonstigen Tätigkeiten (im Ruhestand) die Belange des Umweltschutzes voranbringen wollten.

Auffällig war, daß Industrielle den Ton angeben, allesamt Manager von Großkonzernen, die nicht als umweltfreundlich gelten (ABB, Renault und VW). Hinzu kamen prominente PolitikerInnen und Adelige wie Jimmy Carter, Michail Gorbatschow, Juan Carlos, Königin Beatrix oder Carlos Menem. Aus einer solchen Schicht heraus blieben Skandale nicht aus. Eduard Pestel, einer der Deutschen im Club, war von 1977 bis 1981 Mitglied der CDU-Landesregierung von Ernst Albrecht (Niedersachsen) und steuerte als Wissenschaftsminister einen klaren Pro-Atom-Kurs. 1980 bezeichnete er vor CDU-Mitgliedern Plutonium als „kaum giftiger als Quecksilber oder Blei“. KernkraftgegnerInnen beschimpfte er als Menschen, „die von frühester Kindheit an den Weg zum Neurotiker gegangen sind“. Wenige Jahre vorher hatte er für den Club of Rome noch an einem Buch mitgewirkt, in dem Plutonium in seiner Giftigkeit viel dramatischer eingestuft wurde. Atomkraft war immer ein Problemfeld des Clubs, obwohl er Kritik an seiner unklaren Position immer abwies und behauptete, er sei klar gegen die Nutzung der Atomenergie. Das Buch „Die erste globale Revolution“ las sich aber anders.

**Im Original: Auszüge aus dem Buch „Die erste globale Revolution“ des Club of Rome (1991, Frankfurt, S. 126)**

Es sieht so aus, als müßten wir uns für die kommenden Jahre auf eine kritische Situation einstellen, wenn wir durch die Risiken der Erderwärmung zur drastischen Einsparung fossiler Brennstoffe gezwungen werden, ohne eine Alternative in der Hand zu haben. Unter diesen Umständen könnte allein noch die Kernspaltung als Mittel übrigbleiben, unsere Situation wenigstens zum Teil zu entschärfen. ... Deshalb sprechen triftige Gründe dafür, die nukleare Option offenzuhalten und Schnelle Brüter zu entwickeln.

Chef des Club of Rome war bis 2000 Ricardo Diez-Hochleitner, Spitzenmann im Medienbereich (Vizepräsident des Medienkonzerns Timon, der in Spanien und z.T. Südamerika wesentliche Marktanteile innehat). Er brachte den Club of Rome in die Nähe zur Expo 2000 in Hannover und war Vorsitzender des internationalen Beobachtergremiums der Expo. Nachfolger im Präsidentenamt ist Prinz Hassan bin Talal, Bruder des Ex-Königs von Jordanien, Hussein.<sup>232</sup>

Der Club of Rome war Vorbild für alle, die versuchen, Umweltschutz als ein Arbeitsfeld zu sehen, wo sich die Reichen und Mächtigen treffen,<sup>233</sup> um eine Sache zu bereden, die einfache Menschen nichts angeht. Sie organisierten Umweltschutz von oben und hatten dabei immer im Blick, was für ihre Klientel gut ist, also für die Reichen, die Firmen und die Politspitzen. In solchen Kreisen entstehen oft gute Ideen, denn unter den Reichen finden sich auch nachdenkliche und gebildete Menschen. Niemand dort hat aber weder Interesse an weitreichenden Veränderungen noch an sozialen Fragen.

## Quellen zu 3.2

<sup>1</sup> Es gibt eine größere Menge von Büchern, in denen die Geschichte der Umweltverbände nachgezeichnet wurde. Hier sind vor allem verwertet worden: **Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1996, „Umweltgutachten 1996“**, Metzler-Poeschel, Stuttgart. **Dirk Cornelsen, 1991, „Anwälte der Natur“**, C.H.Beck, München. **QUEM, 1997, „Gesellschaftliche Tätigkeit im Wandel“**, Berlin. Hinzu kommen zahlreiche Einzelveröffentlichungen aus den Verbänden

- selbst, vor allem Werbeprospekte. Eine Übersicht über Personal, Finanzen und Strukturen der Verbände, aber im Detail einige Fehler enthält die Titelstory in „Die Woche“ vom 13.12.1996.
- 2 Siehe in der inzwischen nicht mehr vertriebenen Chronik des DBV: **Horst Hanemann/Jürgen Simon, 1987, „Deutscher Bund für Vogelschutz – Die Chronik eines Naturschutzverbandes von 1899 bis 1984“**, Wiesbaden. Dort findet sich der Satz: „Diese neue Verpflichtung, in Zukunft als 'halboffizieller Verein' tätig zu sein, nahm der Bund für Vogelschutz begeistert auf“. Eine Kritik daran fehlt.
  - 3 Zudem wird es im zweiten Band dieser Buchreihe um die Geschichte der Anpassung politischer Forderungen an staats- und marktförmige Positionen gehen, u.a. der Nachhaltigkeitsdebatte.
  - 4 **Pressemitteilung des BUND** vom 30.7.2001.
  - 5 **Presseinformation des BUND** vom 24.2.2000
  - 6 Quellen sind die BUND-Schriften „Jahresbericht 2000“, „rückblick – 20 Jahre BUND“, „rückblick 96“, „Finanzen 1997“ (**Vorlage zur Bundesdelegiertenversammlung**), die Internet-Domain [www.bund.net](http://www.bund.net) sowie die unter 1 genannten Schriften.
  - 7 Zu den Verflechtungen des BUNDS mit rechten Gruppen siehe **Oliver Geden (1996), „Rechte Ökologie“**, Elefantentpress, Berlin (S. 186 ff).
  - 8 Später, nach seinem Scheitern beim BNUD, gründete er die Grüne Aktion Zukunft und schließlich die GRÜNEN. Als seine Idee konservativer Orientierung dort nicht mehr durchzusetzen war, baute er die rechtsorientierte ÖDP auf, aus der er später wiederum verschwand, um die rechtsextremen Unabhängigen Ökologen Deutschlands zu gründen, die auch bis heute und damit über den Tod von Herbert Gruhl hinaus, diese rechte Orientierung behielten (siehe Kap. 3.7).
  - 9 Diese Kommission hatte aber nur wenige Ergebnisse, z.B. die Einrichtung eines Verbandsrates, der die Kontrolle der Bundesgremien durch die Landesverbände stärken sollte. Stattdessen verschleppte die intensiv moderierte Debatte (Supervisionstechniken u.ä.) in der Kommission eher notwendige Reformen, so daß die zentralen Hierarchien unbeschadet erhalten blieben und KritikerInnen z.B. aus den Reihen der damals radikaleren BUNDjugend besänftigt wurden.
  - 10 Siehe in „**Umweltgutachten 1996**“ (siehe 1, S. 229), zudem Berichte über den Verlauf der Gründungsversammlung der Grünen Liga in Buna.
  - 11 Gemeinschaftsanzeigen von verschiedenen Firmen und Organisationen, darunter AEG und der BUND.
  - 12 Präsident des Wuppertal-Instituts war damals Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der SPD-Mitglied ist, für die SPD im Hamburger Wahlkampf 1997 Umweltslogans plakatiert ließ und in Hessen als Umweltministerkandidat auftrat. Seit 1998 sitzt er für die SPD im Bundestag. Das WI wird vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert.
  - 13 Eine präzise Beschreibung der Vorgänge gibt es unter [www.projektwerkstatt.de/oekofilz](http://www.projektwerkstatt.de/oekofilz).
  - 14 Die Anträge liegen schriftlich vor (siehe Unterlagen zur Delegiertenversammlung). Über den Verlauf der Delegiertenversammlung sind kurz danach umfangreiche Kritiken verbreitet worden, z.B. im ComLink-Netz auf den BUND- und Jugendumweltbewegungs-Brettern.
  - 15 Nach Aussagen von RednerInnen auf der Delegiertenversammlung 1997.
  - 16 **Pressemitteilung des BUND** vom 8.11.1998.
  - 17 Einige Landesverbände, z.B. in Hessen, besuchten sogar systematisch BIs, um sie für den BUND zu werben. In der BUND-Schrift „rückblick“ wird behauptet, der BUND sei z.T. aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen bzw. hätte diese früh entscheidend getragen (was nicht stimmt, der Bundesverband rang sich erst 1979 zu einem Nein zur Atomkraft durch). Ebenso verkaufte der BUND Anti-Gentechnik-Aktionen als seine Taten. Dahinter steht die Doppelstrategie, zum einen die PR-Arbeit und zum anderen das Gewinnen von unabhängigen Gruppen für den BUND.
  - 18 1997 wiesen die SprecherInnen von 8 der insgesamt 19 Arbeitskreise Dr. – oder Professor-Titel auf, einige weitere waren selbst BUND-FunktionärInnen.
  - 19 **BUNDaktiv** – Jahresbericht des BUND Baden-Württemberg 2000.
  - 20 Beispiele der Vergangenheit: Mitgliedschaft im DNR, Richtlinien für Kooperationen mit Firmen.
  - 21 Informationen aus der BUND-Delegiertenversammlung 1997.
  - 22 Nach der BUND-Satzung (§ 10) kann neben Vorstand, Delegiertenversammlung und Gesamtrat nur der wissenschaftliche Beirat selbständig nach außen treten. Ein genauerer Bericht erschien im Buch „Agenda, Expo, Sponsoring“ (1. Auflage) und ist jetzt unter [www.projektwerkstatt.de/oekofilz](http://www.projektwerkstatt.de/oekofilz) abzurufen.
  - 23 Siehe Paragraph 7, Absatz 2 der BUND-Satzung.
  - 24 Seine Befugnisse sind nach § 8 der Satzung aber eher gering. Der Verbandsrat entsendet einen VertreterIn in den Bundesvorstand. Seit Ende 1997 sitzt dort Renate Backhaus, BUND-Vorsitzende Niedersachsen.
  - 25 Beispiele: Ex-Bundesjugendsprecher Peter Westenberger wurde BUND-Geschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern und dann Verkehrsreferent des Bundesverbandes. Ex-Bundesjugendsprecher Marc Engelhardt wurde Beisitzer im Bundesvorstand.
  - 26 Im BUNDladen werden inzwischen selbst Weihnachtsbaumkugeln und Nistkästen angeboten – letztere bis 123 DM teuer und mit herzförmigem, rot umrandeten Einflugloch – Geldbeschaffung um jeden Preis.
  - 27 Aus einzelnen Teilen des BUND, z.B. aus der BUNDjugend kam Protest gegen die Kommerzialisierung, vor allem gegen die KFZ-Versicherungen. Auf der Delegiertenversammlung 1997 wurde der Verkauf von Nistkästen im BUNDladen kritisiert.
  - 28 Quellen: Telefonat mit Ralf-Uwe Beck, damals stellv. Bundesvorsitzender, im Frühjahr 1997. Kritikpapier an den Umweltverbänden von Sven Giegold zur Vorbereitung des „DUT von unten“, 1992. Am 24.1.98 schrieb der BUND-Pressesprecher Walter Schmidt in der „**Jungen Welt**“ als Entgegnung auf den Vorwurf, der BUND sei SPD-nah: „Der BUND-Bun-

- desvorstand wird nicht von SPD-Mitgliedern dominiert (und selbst wenn!). Dort sitzen auch Mitglieder der Bündnisgrünen.“
- 29 Bemerkenswert ist vor allem, daß es Ulrike Mehl selbst als amtierende stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende gelungen ist, ein SPD-Bundestagsmandat zu erhalten. Offenbar qualifiziert die BUND-Mitarbeit für hohe SPD-Ämter, obwohl die SPD angesichts ihrer Politik doch eher eine politische Gegnerin des BUND sein müßte – zumal Ulrike Mehl aus Schleswig-Holstein kommt, wo die SPD regiert, die Abschaltung von Atomanlagen verzögert oder verweigert, die A20 (Ostseeautobahn) bauen läßt usw.
  - 30 Onno Poppinga arbeitete später in leitender Position beim niedersächsischen Bingolotto, getragen von der (SPD-)Landesregierung mit Hauptsponsoren ADAC und VW. Der BUND hatte sich, wie einige andere Umweltorganisationen in Niedersachsen für diese Lotterie und gegen eine von den Umweltverbänden selbst getragene stark gemacht.
  - 31 **Presstext in der BZ** vom 13.1.2001, einzusehen unter [www.netzwerk-regenbogen.de/dat.html](http://www.netzwerk-regenbogen.de/dat.html). Greenpeace, BBU und Robin Wood lehnten damals die Mitwirkung mit Verweis auf die Abhängigkeit ab.
  - 32 **Pressemitteilung** der Firma Neckermann (28.8.1995).
  - 33 Mündliche Aussagen aus dem Jugendumweltbüro Göttingen, der Koordinationsstelle von „Total Tote Dose“.
  - 34 **BUNDmagazin 4/97** (S. 2, 28+29). Versicherungsangebote im **Katalog des BUNDladens 1997** und Übersicht im **Jahresbericht 2000, S. 27**.
  - 35 Der BN (bayerischer Landesverband) bot den Thüringern finanzielle Hilfe an.
  - 36 Das zeigt, in welcher Entwicklung sich der BUND zur Zeit befindet. Viele neue Mitglieder und FunktionsträgerInnen, ganz besonders aus der BUNDjugend, stehen für staats- und wirtschaftsnahe Positionen. Die „Alten“ versuchen, fundamentale Aussagen zu erhalten.
  - 37 Mündliche Mitteilungen aus dem BUND-Landesjugendvorstand.
  - 38 **Jutta Diefurth, 1997, „Feuer in die Herzen“**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 456+457).
  - 39 **Pressemitteilung des BUND vom 29.11.1995**.
  - 40 BUND-Broschüre **„rückblick 96“**, S. 27. **Vorstandsbericht** zur Delegiertenversammlung 1997.
  - 41 Das ist leider eine verbreitete Entwicklung – ein Kritik wird zurückgenommen und oft in eine Befürwortung gewandelt, wenn noch größerer Schaden droht. Damit sind politische Gruppen beliebig steuerbar.
  - 42 Verschiedene Presseveröffentlichungen, u.a. **FR vom 12.2.1998**.
  - 43 Für weitere Details siehe **Oliver Geden, 1996, „Rechte Ökologie“**, Elefantpress, Berlin und **Jutta Diefurth, 1997, „Feuer in die Herzen“**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg.
  - 44 1978, BLV-Verlag, München. Das Buch ist Standardlektüre für StudentInnen der Landschaftsplanung.
  - 45 Titel: **„Atomares Dilemma“**, Fischer Taschenbuch (vertrieben u.a. vom Weltbund zum Schutzes des Lebens).
  - 46 Siehe: Oliver Geden, S. 231.
  - 47 **„natur“ 11/88**, S. 32.
  - 48 So veröffentlichte Weinzierl 1966 einen Text im Unitarierorgan **„Glaube und Tat“**. Über weitere Kontakte des BUND zu den Unitariern siehe bei Oliver Geden (siehe 18).
  - 49 **Holger Schleip, 1986, „Zurück zur Natur-Religion?“**, Hermann-Bauer-Verlag, Freiburg.
  - 50 **Weitere Beispiele in Oliver Geden, 1996, „Rechte Ökologie“** (siehe oben).
  - 51 Quelle: **Peter Bierl, 1994, „Alles Öko?“** in *Weg und Ziel* 3/94, S. 44-50.
  - 52 Hermann Benjes, Erfinder der nach im benannten „Benjes“-Hecke, reist durchs Land und hält Vorträge unter dem Titel **„Wer hat Angst vor Silvio Gesell?“**, z.B. 1996 in der Umweltwerkstatt Wetterau.
  - 53 Siehe Zeitschrift **„Alternative 2000“**, Nr. 22 (S. 13).
  - 54 Inzwischen umbenannt in **BUNDmagazin** (ab Heft 4/1997).
  - 55 Die Liste der Druckprodukte findet sich im Vorwort von **„Naturschutz heute“ 1/96**, als diese erstmals bei Brühl gedruckt wurde.
  - 56 Die Tagung und die anschließende Arbeitskreisdiskussion führten zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Gentechnik, was eine der wenigen Ausnahmen gegenüber der Aufgabe oder Verwässerung von Positionen bedeutet. Als Folge wechselte einer der tragenden Sachbearbeiter in diesem Bereich, Jens Katzek, von der BUND-Geschäftsstelle direkt in eine Gentechnikfirma (KWS). Schon 1994 hielt Katzek einen Vortrag, in dem er für eine „Abkehr von der Dogmatik“ eintrat – blieb aber weitere 4 Jahre BUND-Gentechnik-Referent. Quelle: **Christoph Spehr, 1996, „Die Ökofalle“**, ProMedia, Wien (S. 41).
  - 57 Informationen aus der damaligen MOA-Versandstelle in Weilburg. Hintergrund war ein Streit zwischen den Verbänden, die im Trägerkreis saßen und vor allem eine positive Öffentlichkeitsarbeit erhofften, und einigen MOA-AktivistInnen, die radikalere politische Inhalte forderten.
  - 58 Die folgenden Erläuterungen zum Modernisierungsprozeß im BUND treffen auch auf andere Umweltverbände zu. Sie werden hier geschildert, um in den Kapiteln zu anderen Verbänden nur auf die Besonderheiten hinzuweisen.
  - 59 Der Rechtsträger von Attac (Share e.V.), die GründerInnen und große Teile von Geschäftsstelle und Führungsgruppe sind ebenso getragen von Ex-Aktiven der Jugendumweltbewegung wie viele Ortsgruppen von Attac. Immer stehen gutes Management, Werbemethoden und Pressearbeit, während politische Positionen und druckvolle Aktionen fehlen.
  - 60 Obwohl Angelika Zahrt hinter dem DUT stand, verhielten sich etliche KritikerInnen aus dem „DUT von unten“ ihr gegenüber sehr freundlich. Statt der notwendigen Kritik bekam sie sogar Selbstdarstellungsmöglichkeiten in der Zeitung des „DUT von unten“. Das zeigt die Nähe vieler Personen aus Jugendverbänden und Projektwerkstätten gerade zu Zahrt

- und dem wirtschaftsorientierten Umfeld im BUND, das einige Jahre später u.a. gemeinsame Aktivitäten zur ökologischen Steuerreform (mit Ausnahmegenehmigungen für Großenergieverbraucher) mündete. Zahrnt baute von Beginn an auf die jüngeren FunktionärInnen in der Umweltbewegung – mit Erfolg.
- 61 Die Heinrich-Böll-Stiftung ist innerhalb der Grünen Vorreiter für eine Orientierung auf die politische Mitte. So tritt HBS-Chef Ralf Fücks seit Jahren für deutsche Kriegsbeteiligungen und die Zustimmung der Grünen ein.
- 62 Es wird argumentiert, wie es paßt (je nach Kampagne, Geldquelle u.ä.). Der BUND unterstützt gleichzeitig den NGO Attac, der wiederum Mitglieder und Spenden einwirbt mit einer Kritik an der „Riester-Rente“.
- 63 Sexistisch ist die Äußerung deshalb, weil die Frau hier typischerweise auf die Rolle der Beifahrerin und der Bewundererin, der passiven Partnerin reduziert wird.
- 64 Der Brief reagierte auf einen Text in der taz und nachfolgende LeserInnenbriefe. Dort waren BUND-FunktionärInnen u.a. als „aalglatte Anpasser“ (W. Säuter, **taz vom 28.11.1998**) bezeichnet worden.
- 65 Auch Rubriken wurden umbenannt, z.B. der Länderbericht in BUNDland und das Magazin in „kurz&bund“.
- 66 Text auf der Ausstellung zur Delegiertenversammlung 1997.
- 67 Die Dominanz des BUND in der Öffentlichkeit und die Instrumentalisierung der Anti-Atom-Gruppen für die eigenen Positionen wird durch das Desinteresse an der Vermittlung von Positionen und Visionen seitens vieler radikalerer Gruppen allerdings auch sehr einfach gemacht. Und entsteht durch die Presse selbst: Mehrfach verweigerten PressevertreterInnen auch Interviews mit AkteurInnen aus unabhängigen Gruppen.
- 68 Zum Beispiel der BUND Kreisverband Darmstadt bei einer Heckenpflanzaktion 1989, obwohl sie sogar gemeinsam mit anderen Gruppen organisiert worden war.
- 69 In einem Text in der **FR vom 27.1.1998** („Zwischenruf“) forderte Kampagnenleiter Olaf Bandt am Beispiel der Overdose-Kampagne eine Veränderung der Umweltschutzstrategie hin zu Lifestyle und Erlebnisorientierung.
- 70 Berichte auf der Delegiertenversammlung 1997 und Finanzbericht 1996. Im Haushaltsplan 1997 waren Überschüsse von 96.000 DM vorgesehen.
- 71 Berichte auf der Delegiertenversammlung 1997.
- 72 Die Zahl lokaler Gruppen ist regional sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg und Hessen werden die höchsten Zahlen erreicht. So gab es Anfang der 90er Jahre allein im Kreis Gießen (18 Gemeinden) über 50 Ortsgruppen des Naturschutzbundes plus weitere ca. 30 unabhängige Vogelschutzgruppen. Fast alle beschränkten sich auf den reinen Vogelschutz und dort auf Nistkastenbau und Winterfütterung. Scheuklappen zeigte z.B. der NABU Gießen (obwohl er von fachlich gut ausgebildeten StudentInnen geprägt ist), als er die Wiederaufnahme von Truppenübungen auf einem stillgelegten Truppenübungsplatz befürwortete (**Gießener Allgemeine vom 25.2.1998**).
- 73 Nicht mitgezählt sind hierbei FördererInnen.
- 74 **Jahresbericht '96** des NABU. Weitere Quellen siehe 1.
- 75 [www.nabu.de/nabu/bericht00/Finanzen.htm](http://www.nabu.de/nabu/bericht00/Finanzen.htm) am 5.1.2002.
- 76 Siehe Quellenangaben unter 1, „**Naturschutz heute**“ 4.5/89, S. 5-8, der **Jahresbericht 1999** sowie [www.nabu.de/nabu/bericht00](http://www.nabu.de/nabu/bericht00).
- 77 Obwohl viele AkteurInnen und Basisgruppen die Kritik an den Vorständen mittrugen, wurden doch einige Namen immer wieder im Vordergrund genannt: Aus der Naturschutzjugend Thomas Schmidt und Marit Hansen (Schleswig-Holstein), Armin Torbecke (Niedersachsen), Jutta Sundermann, Jörg Bergstedt, Christoph Heinrich und einige andere (Hessen), Martin Tichy (Baden-Württemberg) sowie aus dem DBV selbst vor allem der Kreisverband Gießen, u.a. mit Alfred Görlach, Stephan Kannwischer und Martin Strein. Viele der genannten sind heute etabliert und müssen ähnliche Kritiken abwehren, wie sie früher formuliert haben. Umfangreiche Unterlagen sind im Archiv der Projektwerkstatt in Saasen zu finden.
- 78 In Niedersachsen gelang es dem NABU viele Jahre gar nicht, eine ihm ergebene Jugendorganisation zu schaffen. In Hessen und einigen kleineren Ländern wurden projektorientierte Personen verdrängt, übrig blieben aber oft nur von Erwachsenen geleitete und auf Naturerlebnis beschränkte Jugendgruppen.
- 79 Stand Mitte der 90er Jahre.
- 80 Quelle: <http://nabu.de/nabu/funktion.htm>, 5.1.2002)
- 81 Beide hatten im Konflikt zwischen projektorientierter und verbandlicher Jugendarbeit Ende der 80er Jahre phasenweise die Kritik am NABU mitgetragen. Heute sind sie Spitzenfunktionäre, obwohl sich der Verband in seinen Strukturen nicht verändert hat.
- 82 Z.B. in Niedersachsen die Kreisgruppen Osnabrück und Göttingen, allerdings schon vor etlichen Jahren (mündliche Mitteilungen aus den betroffenen Gruppen).
- 83 Eigene Erfahrungen. Die Aussagen treffen vor allem auf die vielen lokalen Vogelschutzgruppen in Hessen und den südlichen Bundesländern zu.
- 84 Die Einstellung zu politischer Arbeit zeigt ein Brief des Vorsitzenden des Hannoverschen Vogelschutzvereins, Dieter Wendt, vom 1.2.1985, in dem dieser eine Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen ablehnt, da der DBV zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet sei.
- 85 Listen der UnterstützerInnen fanden sich auf Werbeseiten im Verbandsorgan „**Naturschutz heute**“.
- 86 Michael Succow gilt insgesamt als hochverdienter Umweltschützer, 1997 erhielt er den alternativen Nobelpreis und weitere Ehrungen. Succow erreichte in der DDR-Wendezeit die Unterschutzstellung vieler Gebiete. Bis 1994 war er F.D.P.-Mitglied. Zudem gab er den Anstoß zu einer gemeinsamen Tagung von NABU und Expo vom 20.–23.3.1998 in Wörlitz. Quelle: **Presseinformation der Expo vom 2.3.1998**.



- 87 „Naturschutz heute“ 1/97.
- 88 Im **Jahresbericht 1998** schreibt NABU-Präsident Flasbarth im Vorwort dagegen noch: „Ausstiegszeiträume für Atommeiler von 20 Jahren sind für den NABU nicht hinnehmbar.“ (S. 3)
- 89 **Natur&Kosmos, November 2001**, S. 32f.
- 90 Mit dabei war u.a. der spätere Juso-Bundesfunktionär und Meinungsführer des rechten Juso-Flügels, Alexander Kaufmann.
- 91 Mündliche Mitteilungen aus DBV-Führungsgremien.
- 92 „Öko-Sponsoring“, (siehe 6, S. 35+36, 51-53). Anzeigen in „Naturschutz heute“. Tengelmann-Heft **„Die Natur braucht Schutz“**. **Presseinformation des NABU** (ohne Datum, Teil der Pressemappe). **Jahresberichte '96 und '99** sowie [www.nabu.de](http://www.nabu.de).
- 93 **Ford-Presseinformation, Februar 1997** (12).
- 94 Regionale Kooperation. **Informationsblatt „Nature support“** (ohne Datum).
- 95 **Jahresbericht 1999**.
- 96 [www.nabu.de/nabu/bericht00/kooperationen.htm](http://www.nabu.de/nabu/bericht00/kooperationen.htm) am 5.1.2002.
- 97 **Naturschutz heute 1/1996** (vorletzte Seite).
- 98 Die großen Umweltverbände, so auch der NABU, sind keine Mitträger des Boykotts gewesen.
- 99 **Faltblatt zur Einladung** sowie [www.leben-ist-vielfalt.de](http://www.leben-ist-vielfalt.de).
- 100 „Natur“ 5/85, S. 8.
- 101 [www.nabu.de/nabu/bericht00/Kuratorium.htm](http://www.nabu.de/nabu/bericht00/Kuratorium.htm) am 5.1.2002.
- 102 **NABU-Broschüre „Die Elbtalau“** (S. 22). **Mail von Michael Ganschow**, Grüne Liga, vom 1.10.1996.
- 103 Selbstdarstellungs- und Werbeunterlagen zum Wettbewerb, erstellt von Commerzbank und Zeitung „impulse“.
- 104 Quelle: Werbekataloge der Firmen und Anzeigen in der NABU-Zeitung „Naturschutz heute“.
- 105 Kornwestheim war historischer Sitz des DBV, weil der Verband hier gegründet wurde und eine seiner Hochburgen besaß. Noch in den 80er Jahren wurde ein neues Verwaltungsgebäude gebaut, das dann dem eigenständigen Verlag diente.
- 106 Vor allem in den Schriften lokaler Gruppen, z.B. Jubiläumsheften, prangen Anzeigen vieler umweltschädlicher Firmen.
- 107 Siehe **„Naturschutz heute“ 3/97**, S. 4-6.
- 108 Die aktuelle Struktur und die Bezeichnungen der Bundesfachausschüsse hat der NABU vom Naturschutzbund der DDR übernommen, der sich in der Wendezeit aus GNU-Gruppen gründete. Sie gehen auf die staatliche Naturschutzarbeit in der GNU der DDR zurück, ihre politische Enthaltensamkeit ist daher schon „historisch“.
- 109 Quelle: **Brief von GermanWatch an den BBU vom 1.7.1997**.
- 110 Quelle: [www.wwf.de](http://www.wwf.de), 6.1.2001.
- 111 Für weitere Details siehe Angaben unter 1. Ausgewertet wurden zudem Werbe- und Infoschriften des WWF.
- 112 Wobei zu den Projektmitteln auch der Anteil gerechnet wird, der in den zentralen Geschäftsstellen aufgewendet wird (Arbeitszeit usw.).
- 113 **Die Woche vom 13.12.1996**. Aktuellere Daten sind schwerer zugänglich, die Internetseite des WWF ist wenig informativ.
- 114 Zitate und Angaben im vorherigen Absatz aus Videoaufnahmen und -mitschnitten von Panthera e.V., zusammengestellt für das Archiv zu „Recherchen im Naturschutzfilz“, in der Projektwerkstatt in Saasen.
- 115 **Dirk Cornelsen, „Anwälte der Natur“**, (siehe 1). **„natur“**, 11/86, S. 23-29. **„WWF Journal“** 3+4/86, S. 6-7.
- 116 **Dirk Cornelsen, 1991, „Anwälte der Natur“**, C.H.Beck, München (S. 103-105). Zu Klaus Bellinger (S. 129).
- 117 Unter dem Namen Panda Renditefonds, Partner ist der DWS Investmentfonds, Investmentgruppe Deutsche Bank.
- 118 Liste der Panda-Lizenzen in „Grundlagen der Zusammenarbeit des WWF mit Industrie und Wirtschaft“ und „Beispiele für Kooperationen und Aktionen“, herausgegeben von der Panda Fördergesellschaft für Umwelt mbH (gleiche Adresse wie WWF Deutschland).
- 119 <http://www.pixelarts.de/pages/gaertner/dynadoc.pl?a=22&t=news.html>
- 120 **„Natur“ 11/1986** (S. 23-29)
- 121 **Süddeutsche Zeitung**, 31.3.1990.
- 122 **Spiegel special 2/1995** (S. 154)
- 123 **„Anwälte der Natur“** (S. 105-107)
- 124 **„Ökosponsoring“, NNA-Berichte 4/1994** (S. 17)
- 125 **„Natur“ 3/87** (S. 108), Spende von fünf Millionen Mark.
- 126 PR, Wettbewerb und Beratung für Jugendliche. Die AOK-Geschäftsstellen waren regionale Ansprechpartner.
- 127 **WWF-Schrift „Aktion 97“** (S. 31), gleichzeitig die Ausgabe der Zeitschrift „WWF“ 10/96.
- 128 **Weltwoche (Zürich) vom 13.9.1996 und 27.3.1997**.
- 129 Zitate aus dem Werbetext. Quellen: **AEG, 1997, „Grünbuch '97“** (S. 57-59), **WWF-Journal 2/97** (S. 37).
- 130 **WWF-Broschüre „Zirkel 2005: Klimaschutz“**.
- 131 In der Werbung wird richtig dargestellt, daß ökologische Kriterien fehlen. Hauptanlage sind internationale Staatsanleihen. Die DWS ist der größte Investmentfonds Europas. Quelle: Anzeigen zum Panda Renditefonds.
- 132 **Jutta Ditfurth, 1991, „Lebe wild und gefährlich“**, Kiepenheuer&Witsch, Köln (S. 248-251). **„Ökosponsoring“** (siehe 6, S. 21). Selbstdarstellung des WWF in **„Deutscher Umwelttag 1992 Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände“** (S. 242). Kooperationspartner ist auch die regierungsnahe GTZ. Quelle: **„Aktion 97“** (siehe 9, S. 37).
- 133 [www.wwf.de/sponsoring/unsere-partner/mitte.html](http://www.wwf.de/sponsoring/unsere-partner/mitte.html), 6.1.2002.

- 134 **Presseinformationen zur Preisvergabe 2000 und 1999**, versandt vom Pressedienst Gruner+Jahr.
- 135 So wie 1997 der Firma Hoechst. Diese hatte einige Jahre vorher einer ostdeutschen Jugendinitiative Geld zum Umweltschutz vermacht. Dahinter stand ein Trick. Das nicht an ein bestimmtes Projekt gebundene Geld wurde nur angenommen, um damit eine hoechstkritische Aktion zu finanzieren (**Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** verschiedener regionaler Umweltzeitungen, Frühjahr 1997).
- 136 WWF-Unterlagen **„Grundlagen der Zusammenarbeit des WWF mit Industrie und Wirtschaft“** und **„Beispiele von Kooperationen und Aktionen“**. Werbekataloge und Produkte der Firmen. *natur* 1/95 (S. 75)
- 137 WWF-Unterlagen **„Grundlagen der Zusammenarbeit des WWF mit Industrie und Wirtschaft“** und **„Beispiele von Kooperationen und Aktionen“**. Werbekataloge und Produkte der Firmen. *natur* 1/95 (S. 75). Zum aktuellen Stand gab es leider keine Informationen.
- 138 Katalog **„Internationale WWF-Collection 97/98“**. Kooperationen des WWF-International in *„Natur“* 11/1986, S. 29.
- 139 **WWF-Journal 3+4/86, S. 22.**
- 140 Über die internationale Zusammenarbeit des WWF mit Banken siehe bei **Jutta Dittfurth, 1991, „Lebe wild und gefährlich“**, Kiepenheuer&Witsch, Köln (S. 248ff).
- 141 **epd-Entwicklungspolitik 20+21/97**, S. 39.
- 142 Der Begriff „von oben“ meint hier einen Prozeß, es geht um die Form der Durch- und Umsetzung. „Von oben“ basiert auch Macht, bedarf keiner gleichberechtigten Diskussion. Gegenteil ist der „Umweltschutz von unten“ (siehe <http://go.to/umwelt>), der Umweltschutz als Teil einer freien Vereinbarung gleichberechtigter Menschen sieht.
- 143 Pressemitteilungen zufolge soll die Teilnahme des WWF an der Expo 2000 auch ein Grund für den Austritt des WWF aus dem Deutschen Naturschutzring gewesen sein. Das erscheint aber ungläubwürdig, weil der DNR selbst zwar nicht offen für die Expo eintrat, sehr wohl aber intern die Expo-Teilnahme prüfte und etliche der führenden Verbände im DNR auf dem zentralen Expogelände oder in einem dezentralen Expo-Projekt vertreten waren.
- 144 Siehe Videomitschnitte von Panthera e.V., zum Teil verdeckt aufgenommen bei Trophäenjagden.
- 145 **Pressemeldung „Positiver Trend für Greenpeace 1997: Mehr Förderer, stabile Einnahmen“ vom 22.1.98**. Greenpeace-Schriften **„Finanzen 1996“** und **„Finanzen 1995“**.
- 146 In einer Diskussion mit Greenpeace gab ein dortiger Mitarbeiter immerhin zu, daß z.B. die Aktionen von Greenpeace vor der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague noch mehr Wirkung gehabt hätten, wenn Basisinitiativen an den Kraftwerksstandorten in Deutschland rechtzeitig einbezogen worden wären.
- 147 Greenpeace-Schrift **„Greenpeace in Aktion“**, Stand 12/1996. **Die Woche vom 13.12.1996**. Verschiedene Selbstdarstellungen im **Taschenkalender „Greenpeace“**. Jahresberichte 1999 und 2000 unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de).
- 148 Greenpeace-Schrift **„25 Jahre Greenpeace“**.
- 149 Greenpeace-Schriften **„Struktur“** und **„Greenpeace in Aktion“**, S. 2-3. Text „Kritik an Greenpeace“ in **Robin Wood, 1984, „Vor uns sterben die Wälder“**, Rowohlt, Reinbek (S. 59-64). Interview mit Anne Scherer von Robin Wood in **Greenpeace-Magazin 4/1990**, S. 12).
- 150 Inzwischen dort wieder ausgeschieden.
- 151 Daran ändern auch die Mitmachaktionen wie Unterschriftensammlungen, Protestpostkarten (z.B. gegen Atomversuche) oder das EinkaufsNetz nichts. Sie laufen begleitend zu Spendenkampagnen. Greenpeace hat erkannt, daß Menschen am liebsten spenden, wo sie auch selbst ein bißchen Aktion mitmachen können. Die Verbindung von Spendenaufrufen mit kleinen Mitmachaktionen ist daher für Greenpeace auch ein Trick.
- 152 Z.B. im Verlag **„Die Werkstatt“**.
- 153 Ein Beispiel dafür, wie schwierig sich Greenpeace weiterhin mit Kooperationen tut, war die Idee eines gemeinsamen, verbandsübergreifenden Basisgruppeninfodienstes, als Greenpeacer durchaus Interesse vorgaben, aber nicht in der Lage waren, überhaupt Entscheidungen zu treffen. Drei Jahre wurde die Entscheidung immer wieder verschoben, während das Projekt unter dem Namen **„Ö-Punkte“** längst lief. Dann entschied Greenpeace, den Infodienst nicht an die eigenen Gruppen zu schicken.
- 154 Mündliche Mitteilung von Greenpeace.
- 155 Unter den 40 entscheidungsbefugten Mitgliedern von Greenpeace befinden sich nun auch 10 VertreterInnen der Regionalgruppen. Das bedeutet formale Mitspracherechte.
- 156 Siehe verschiedene Werbeschriften und den Leitfaden für die Gruppen, herausgegeben von Greenpeace. Alle Greenteams sollten eineN AnsprechpartnerIn aus einer Greenpeace-Regionalgruppe haben. Diese handhabten den Umgang sehr unterschiedlich. Viele akzeptierten aber auch Greenteams, die auf diesen Kontakt verzichteten.
- 157 Z.B. gemeinsames Tierfreund-Sonderheft zusammen mit Umwelt- und Projektwerkstätten. Verteilung der Öko-Aktiv-Mappe (herausgegeben von der Jugend-Umwelt-Info-Stelle) und anderen Schriften aus der Jugendumweltbewegung an die Greenteams.
- 158 Greenpeace-Schrift **„Jahresrückblick 1996“**, S. 18-19.
- 159 Mündliche Mitteilung.
- 160 Jahresbericht 2000 unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de).
- 161 Infos zu Greenpeace-Lizenzen unter [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de).
- 162 Greenpeace-Schrift **„Struktur“**. Beiträge in den jährlichen **Taschenkalendern „Greenpeace“**.
- 163 Neben Greenpeace trat hier Robin Wood verstärkt auf.
- 164 Die bekannteste Greenpeace-Gründerin, Monika Griefahn, auch Vorstandsmitglied bei Greenpeace International, wur-

- de Umweltministerin in Niedersachsen unter dem Wirtschafts- und Atomförderer Gerhard Schröder und steht heute wegen realpolitischer Entscheidungen z.B. bei der Genehmigung von Atomanlagen im Wendland in der Kritik.
- 165 So geschehen bei Plakatserien über VerursacherInnen von Klimabelastungen.
- 166 **Robin Wood, 1984, „Vor uns sterben die Wälder“**, Rowohlt, Reinbek. Verschiedene Selbstdarstellungen.
- 167 Robin Wood: **Rechenschaftsbericht 1996, Die Woche vom 13.12.1996** und [www.robinwood.de](http://www.robinwood.de) (die Internetseiten bieten keine Informationen über die Geschäftsführung und andere Interna).
- 168 Seit 1996 gibt es eine Ausnahme: Zusammen mit Greenpeace, dem BUND und Naturland wurde ein Gütesiegel für Holz aus naturnaher Forstwirtschaft entwickelt und öffentlich vorgestellt.
- 169 Bericht und Foto unter <http://www.de.indymedia.org/2002/03/18363.html>.
- 170 Mit Robin Wood lief der Versuch, einen bundesweiten Vernetzungs-Infodienst aufzubauen („Ö-Punkte“) genauso wie bei Greenpeace. Alle Anfragen blieben in den Geschäftsstellen hängen, selbst aus direkten Gesprächen heraus kam es nie zu Entscheidungen oder Antworten aus der Zentrale.
- 171 Die meisten Kampagnen richten sich an die Öffentlichkeit und sollen dort Verhaltensänderungen oder Spenden an Robin Wood bewirken. Der direkte Druck auf PolitikerInnen findet selten statt.
- 172 Ein trauriges Beispiel der Verbandsmeierei war der **Ökokalender 1998** (Verlag Die Werkstatt, Göttingen). Auf jedem Aktionsfoto ist groß der Verbandsname zu lesen. Und selbst auf dem Foto von der Schienenblockade gegen den Castor steckt auf dem Acker nebenan, völlig sinnlos, das Banner mit dem Namen.
- 173 Auf einer internen Arbeitsbesprechung, wo über den Vorwurf diskutiert wurde, RoWo trage die Ökosteuer mit, wies Jürgen Siebert diesen zurück – er selbst hatte aber in der Verbandszeitung „Robin Wood“ nur die fehlende Sonderbesteuerung für Atomstrom kritisiert, aber den Vorschlag insgesamt als guten Erstvorschlag begrüßt. Das war nicht die einzige Widersprüchlichkeit: Jürgen Siebert war zu der Zeit in seiner Heimatstadt Braunschweig in der Koordinationsstelle der Agendaarbeit tätig.
- 174 **Presseerklärung von Robin Wood** vom 1.12.1998.
- 175 Bei der Deutschen Umwelthilfe, die älter ist, kam als zweiter (anfangs sogar wichtigster) Grund hinzu, Haus-Spendensammlungen zu organisieren und die Einnahmen für Verbände und Projekte zur Verfügung zu stellen.
- 176 **„Natur“ 5/85**, S. 8.
- 177 **Selbstdarstellung** der Stiftung.
- 178 Roth arbeitete vorher in der Aluminiumproduktion (Zeitschrift **„euronatur“** 1/1997, S. 22). Sonstige Infos von [www.euronatur.de/koepfe1.htm](http://www.euronatur.de/koepfe1.htm), 15.2.2002.
- 179 DUH-Werbeblatt **„Projekte und Aktionen“**. Zeitschrift **„DUHwelt“** Nr. 3, S. 12+13.
- 180 **Presseunterlagen der Lufthansa von September 1994**.
- 181 Vorabkopien der Projektbeschreibungen von „natürlich mobil“, zugesandt als „unkorrigierte Fassung“ am 9.4.1997. **„euronatur“** 3/1995 (S. 2+3, 8+9).
- 182 Einige der benannten Gebiete sind Projekte der Umweltverbände BUND oder Naturschutzbund.
- 183 RWE-Tochterfirma, die weltweit mit Schwerpunkt Osteuropa die Trinkwasserversorgungseinrichtungen aufkauft und privatisiert.
- 184 Beteiligt an Atomkraftwerk.
- 185 Siehe u.a. **„euronatur“** 4/1994 (S. 7, 10, 13), 2/1996 (S. 3), 1/1997 (S. 6).
- 186 **„euronatur“** 2/1996 (S. 15), 1/1994 (S. 3), 1/1997 (S. 3).
- 187 **Handelsblatt vom 15.3.1995**.
- 188 **„euronatur“** 2/2000, eingehafteter Jahresbericht 1999.
- 189 **„DUHwelt“** Nr. 3, S. 29.
- 190 **„DUHwelt“** Nr. 3, S. 28.
- 191 Als Projekt wurde der Immobilienfonds für die Rommelmühle gegründet. Mindesteinlage: 30.000 DM – Geldanlagen ist nur für Reiche möglich (siehe Kap. 3.9). Der Zins soll an die DUH gehen, als Spende. Quelle: **Ökorespondenz Nov. 1997** (S. 1+19)
- 192 KritikerInnen des Ökosponsorings nahmen an der Talkrunde nicht teil. Moderator war Volker Angres, selbst oft im Mittelpunkt des Filzes von Umweltverbänden, Staat, Wirtschaft und Medien. Am Ende der Sendung rief Uppenbrinck zu Spenden für Euronatur auf.
- 193 **„euronatur“** 1/1997, S. 7.
- 194 Ganz anders der wissenschaftliche Beirat des BUND, der für einen Ausstieg votierte, und Hubert Weinzierl, der sich vom DUT distanzierte und nicht kam – im Vorstand für seine Position aber keine Mehrheit hatte.
- 195 Leiter der Akademie ist Euronatur-Präsident Claus-Peter Hutter.
- 196 Jürgen Resch warb auf einer Podiumsdiskussion beim Jugendumweltkongreß 1999 in Tübingen für die Teilnahme an der Expo. Am Ende wurde er für sein Expo-Engagement mit Torten beworfen – ein deutliches Zeichen für die Distanz führender FunktionärInnen von vielen Basisgruppen. Siehe [www.expo-no.de](http://www.expo-no.de).
- 197 DUH Welt 4/99, S. 27.
- 198 **„Öko-Sponsoring“** (siehe 6, S. 49).
- 199 Aufdruck der Firmenlogos auf der Titelseite der Information, Beschreibungen dazu auf der Rückseite.
- 200 A.U.G.E.-Veröffentlichung **„Die umweltfreundlichen Haushalte 1989“**. Pressemitteilung und Selbstdarstellung.
- 201 A.U.G.E.-Selbstdarstellungsbroschüre.

- 202 Infoblatt „Umwelt gewinnt“. Brief an Umweltverbände vom 13.6.1997 mit Anlagen (darin findet sich auch ein Bezug auf die Agenda 21). Pressemitteilung zum Einstieg von Spinnrad (ohne Datum, mit Begleitbrief vom 16.7.1997).
- 203 Quelle: „Wege“, Selbstdarstellungsbroschüre der AUGÉ Umwelt Holding AG, 1999).
- 204 Unterlagen zum K.U.K.I.-Konzept, ohne Datum. Copyright bei Maximilian Gege.
- 205 Selbstdarstellung in „Deutscher Umwelttag 1992 – Ein Portrait seiner Mitgliedsverbände“.
- 206 Übersicht über B.A.U.M., erstellt von B.A.U.M. Quelle: BUNDjugend, 1994, „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“, (S. 31).
- 207 [www.baumev.de/Mitglied/M\\_v\\_A-Z.htm](http://www.baumev.de/Mitglied/M_v_A-Z.htm), 15.2.2002
- 208 [www.umwelt-transfer.de/baum](http://www.umwelt-transfer.de/baum), 15.2.2002
- 209 Gege ist Chef von B.A.U.M., Weber Chef der Lufthansa.
- 210 Als Quelle wird dort angegeben: [www.vivergy.com](http://www.vivergy.com).
- 211 [www.baumev.de/Umwelt-Preis/u-preis.htm](http://www.baumev.de/Umwelt-Preis/u-preis.htm), 15.2.2002
- 212 Die Auszüge wurden von B.A.U.M. in der **News-Sonderausgabe** vom 21.12.2001 zum Umweltpreis selbst veröffentlicht – und zwar genau diese Passagen fettgedruckt. Maximilian Gege bezeichnete B.A.U.M. in seiner Rede als „umweltorientierten Unternehmensverband“.
- 213 **natur 9/2001**, S. 101
- 214 „Unser Wald“, Juni 1997, S. 5-8. Genaue Infos zur SDW in einem Manuskript von Frank Knoche, 1998.
- 215 Eine Liste der Vorsitzenden und Geschäftsstellen findet sich am Ende jede Ausgabe von „Unser Wald“ sowie unter [www.sdw-onlinde.de](http://www.sdw-onlinde.de).
- 216 Mit dabei war auch die CDU-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Der ADAC war Hauptpartner, obwohl gerade er in Ostdeutschland den Ausbau vieler Straßen und damit die Zerstörung von Alleen fordert.
- 217 **tacheles**, März 1998, S. 7.
- 218 [www.solingen.de](http://www.solingen.de).
- 219 **Presseinformation von Frank Knoche**, Solingen, mit Anlagen. Kontakt: [FrankKnoche@t-online.de](mailto:FrankKnoche@t-online.de).
- 220 Quellen: **Selbstdarstellungen und Zeitschriften des VCD**.
- 221 Der Posten wurde 1997 in Generalsekretär umbenannt.
- 222 **Presseinformation** vom 17.1.2001
- 223 Sowohl im NABU wie auch im BUND haben sich einzelne Basismitglieder über die KFZ-Versicherungsangebote beschwert.
- 224 Der ADFC lehnte die Mitwirkung an dem vernetzenden Infodienst „Ö-Punkte“ Ende 1997 mit der Begründung ab, der Verband wolle sein Image gerade weg vom verkehrspolitischen hin zu einem Freizeitverband verändern, da würde ein solcher Infodienst nicht ins Konzept passen (mündliche Mitteilung der ADFC-Pressesprecherin).
- 225 Mündliche Mitteilungen. LeserInnenbriefe in Berliner Naturschutzzeitungen.
- 226 Das deren Reichtum wiederum auf Enteignungen und Zwangsarbeit im Dritten Reich zurückging, wurde bislang verschwiegen.
- 227 Zu den Strategien von „Attac“, siehe unter <http://go.to/tobin-tax>. Die Bewegungstiftung ist unter [www.bewegungstiftung.de](http://www.bewegungstiftung.de) zu finden.
- 228 „Natur“ 9/1983 (S. 19-23). Mündliche Mitteilungen. Internetseiten: [www.gnor.de](http://www.gnor.de), [www.hgon.de](http://www.hgon.de).
- 229 Der NVN zog gegen die Landesregierung vor Gericht und mußte dann anerkannt werden.
- 230 [www.nafor.de](http://www.nafor.de), 16.2.2002.
- 231 **Jürgen Streich, 1997, „30 Jahre Club of Rome“**, Birkhäuser, Basel. **Jutta Dittfurth, 1997, „Feuer in die Herzen“**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 134-148).
- 232 [www.inter-cultural.de/artikel02.htm](http://www.inter-cultural.de/artikel02.htm), 11.4.2001.
- 233 Im Club finden sich fast nur Männer und kaum jüngere Menschen.